

Michael Lauber, James Patterson, glückliche Eritreer

Nummer 26 – 25. Juni 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Starker Franken, starke Schweiz



Wie gut es der Wirtschaft wirklich geht.
Von Beat Gygi und Florian Schwab

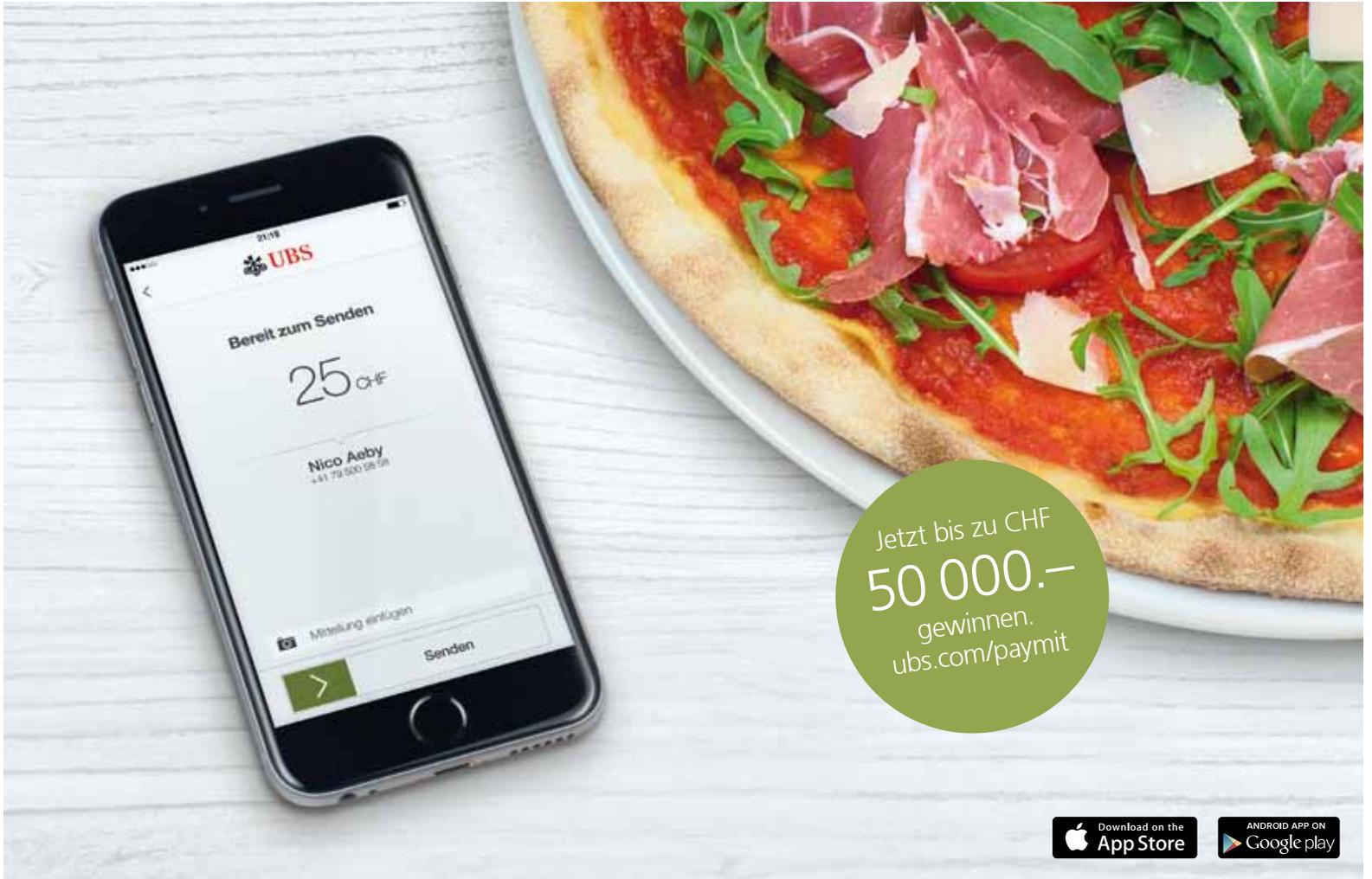
Der unglaubliche Fall Schlegel

Abgründe und FDP-Filz in St. Gallen. Von Philipp Gut

Hilfe, meine Tochter ist eine Schlampe

Zum richtigen Umgang mit freizügigen Kleidersitten. Von Antje Joel





Einfacher als «Lasst-uns-das-Essen- durch-5-teilen».



UBS Paymit: Geld senden und anfordern so einfach wie SMSen. Kostenlos. Für alle. Auch ohne UBS-Konto.

Paymit – powered by 

© UBS 2015. Alle Rechte vorbehalten.



Fände in der Schweiz eine Kundgebung «zugunsten der humanitären Tradition» mit tausend Teilnehmern statt, würden die Medien, von der Presse bis zur «Tagesschau», wohl breit darüber berichten. Am Montag ging in Genf eine solche Grossaktion über die Bühne: Etwa tausend Eritreer demonstrierten vor dem Uno-Gebäude gegen die Sanktionen gegen ihr Land. Eine hochpolitische Sache, für die Schweiz besonders brisant, weil Migranten aus Eritrea derzeit ein Top-Thema sind. Doch die Schweizer Journalisten mieden den Anlass. Sie schwiegen



Gegen Sanktionen: Eritreer-Demo in Genf.

ihn schlicht tot – wohl, weil dessen Botschaft nicht zu ihrem Weltbild passt. Die Reportage von Alex Reichmuth lesen Sie auf **Seite 34**.

Der nationale Finanzausgleich (NFA) ist eine Umverteilungsmaschine zwischen den Kantonen, in der immer weniger Geberkantone immer mehr Nehmerkantone gegenüberstehen. Bereits fließen mehr als 4,5 Milliarden Franken jährlich in die schwachen Kantone, mehr als ein Viertel davon in den Kanton Bern. Der Nationalrat wollte die Transferzahlungen leicht senken, biss sich aber am Ständerat die Zähne aus. Letzte Woche musste der Nationalrat entscheiden, ob er dem Ständerat entgegenkommt. In der Debatte verwies Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) ominös auf provisorische Zahlen für 2016, die «noch nicht offiziell» seien. Warum, fragte sich Redaktor Florian Schwab, wird dem Parlament in einer so wichtigen Frage eine solche Entscheidungsgrundlage vorenthalten? Er machte sich auf die Suche nach den vertraulichen Tabellen und wurde fündig. Die Bot-

schaft für die Geberkantone: Auch nächstes Jahr wird der NFA deutlich teurer. **Seite 40**

Einen Tag nach den Enthüllungen der *Weltwoche* über die Schuldenwirtschaft seiner Firmen ist der St. Galler FDP-Spitzenpolitiker Paul Schlegel von seinen politischen Ämtern zurückgetreten. Auch seine Nationalratskandidatur zog er zurück. Seine Partei forderte ihn auf, «volle Transparenz» herzustellen. Davon kann allerdings bis heute keine Rede sein. Das Ausmass der Missstände blieb verschleiert, wie die Recherchen von Inlandchef Philipp Gut zeigen. Jahrelange wurde der Fall Schlegel unter dem Deckel gehalten. Verantwortlich dafür ist nicht zuletzt ein FDP-lastiger Filz, an dem sich auch die lokalen Medien beteiligten. Der «König des Rheintals» blieb unbehelligt. Niemand rüttelte an seinem Thron. **Seite 30**

Während die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) sich in vielen Ländern ausbreitet, gerät sie in ihrem syrischen Kerngebiet zunehmend unter Druck. Unterstützt von der amerikanischen Luftwaffe, nähert sich eine Koalition aus kurdischen Kämpfern und arabischen Rebellen dem IS-Hauptquartier in Raqqa. Bei Redaktionsschluss war die Anti-IS-Koalition zirka 45 Kilometer von Rqqas Stadtrand entfernt. Zum ersten Mal seit der Ausrufung des Kalifats vor einem Jahr gerät der IS nun ernsthaft in Schwierigkeiten. Gelingt es ihm nicht, den kurdischen Vormarsch zu stoppen, drohen wichtige Verkehrsverbindungen zwischen den IS-Gebieten in Syrien und im Irak gekappt zu werden. Ausserdem befinden sich in der Nähe von Raqqa wichtige Staudämme, Kraftwerke und Erdölfelder. Der Verlust der Stadt wäre ein noch nie dagewesener Tiefschlag für die Terrororganisation und ihre staatlichen Strukturen. **Seite 44**

Ihre Weltwoche



www.stellen-anzeiger.ch



STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscicono, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Fabian Gimmi (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempster, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojaj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Aextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



JETZT ATTRAKTIVE RENDITEN SICHERN.



ATTRAKTIVE RENDITEN



FLEXIBLE LAUFZEITEN



MONATLICHES EINKOMMEN

Mit CreditGate24 erzielen Sie voraussichtlich zwischen 3% und 7% Rendite auf Ihre Geldanlagen und das bei flexiblen Laufzeiten! Investieren Sie in ausgewählte Kreditprojekte und unterstützen so zielgruppengenau, z.B. KMU, Selbständig-erwerbende, Unternehmer oder Private. **Be part of it: www.creditgate24.com**

CreditGate24

Für Europa

Die Schweiz zündet keine Freudenfeuer an, wenn in der EU die Lichter ausgehen.

Von Roger Köppel

Immer wieder muss ich mir aus Europa anhören, die Kritiker eines Schweizer EU-Beitritts oder auch nur einer weiteren institutionellen Annäherung der Schweiz an die EU seien «grundsätzlich», «fanatisch», «krankhaft» et cetera gegen die Europäische Union. Man wirft uns vor, wir würden nach jeder missratenen griechischen Schuldenreform, bei jeder neuen EU-Gurkenrichtlinie heimlich Champagnerflaschen entkorken, um jubelnd auf den baldigen Untergang Europas anzustossen.

Das ist Unsinn.

Niemand in der Schweiz freut sich, wenn es der EU schlechtgeht. Im Gegenteil. Die Schweiz ist ein von Natur aus armes Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie will mit der EU, sie muss mit allen Ländern weltweit möglichst eng zusammenarbeiten, um ihr Wohlstandsniveau zu halten. Ihre Weltoffenheit ist nicht das Resultat einer moralischen Überlegenheit ihrer Bewohner, sondern ein Gebot des Überlebens.

Allerdings: Gerade weil die Schweiz wirtschaftlich verwundbar ist, kann sie sich keine politischen Einbindungen und Schlagseiten leisten. Sie muss mit der EU geschäften, aber sie darf nicht mit ihr verschmelzen. Es ist offensichtlich: Die Schweiz sollte politisch frei und ungebunden sein, damit sie sich wirtschaftlich global bewegen kann. Man nennt das Flexibilität – oder die Vermeidung von Klumpenrisiken. Für die weltoffene Schweiz wäre der EU-Beitritt ein Akt der Selbstverstümmelung.

Irgendwie haben viele Berufseuropäer Mühe mit der Vorstellung einer unabhängigen Schweiz. Sie können das Abseitsstehen nur ertragen, indem sie die Schweiz schlechtmachen und zu einem Biotop unerfreulicher Eigenschaften erklären. Die meisten deutschen Journalisten sind EU-gläubig und wiederholen die politisch motivierten Vorurteile. Tatsache ist: Die Schweiz hat nichts gegen die EU, sie möchte aus Selbstschutz lediglich auf freundlicher Distanz bleiben.

Die meisten Schweizer sehen die EU realistisch: Sie sind heilfroh, dass sich der gewalttätige Kontinent nach zwei Weltkriegen aus Erschöpfung friedlich zusammenraufte. Sie anerkennen die gewaltigen Aufbauleistungen nach 1945. Trotz gelegentlicher Skepsis, vor allem, wenn sie in Scharen oder vorlaut auftreten, stehen die Deutschen bei den Einheimischen hoch im Kurs. Sie werden auf jeden Fall geschätzt und respektiert, auch bewundert und



«Europa wird auch mit der EU fertig.»

bestaunt, nicht zuletzt für ihre fast klaglose Zahlungsbereitschaft in der Euro-Krise.

Es ist den geschichtsbewussten Schweizern klar, dass die EU ihre guten Seiten hat. Gemeinsame Märkte, erleichterter, wenn auch kontrollierter Personenverkehr und ein möglichst enger wirtschaftlicher Austausch sind Pfeiler des Wohlstands. Dass die osteuropäischen Staaten nach Jahrzehnten unter der sowjetischen Knute in der EU einen Rettungsring der Freiheit und der Sicherheit erblicken, kann man nachvollziehen. Die Schweizer hoffen, dass es der EU irgendwie gelingen möge, die ihr eingebauten Konstruktionsfehler aus eigener Kraft zu be-



heben – warum nicht in Richtung einer locker geflochtenen Freihandelszone, deren natürliches Mitglied die Schweiz ohnehin schon wäre?

Von aussen sieht man auch die Schwächen klarer: Die EU ist institutionell verkorkst. Brüssel hat zu viel, die Bürgerinnen und Bürger haben zu wenig zu sagen. Verantwortungen sind nicht klar geregelt. Die EU versagt bei hoheitlichen Aufgaben: Die Sicherung der Aussengrenzen misslingt. Die Kosten für die Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Währung werden immer höher. Die EU krankt daran, dass sie weder Fisch noch Vogel, weder Bundesstaat noch Staatenbund, ist. Eigentlich müsste sie sich zu einem Staat verdichten, das aber machen die Völker nicht mit. Es ist keine leichte Aufgabe für Angela Merkel, die derzeit angesehenste und fähigste Politikerin.

Die Schweizer verfolgen die Vorgänge in der Euro-Zone wohlwollend, aber sorgenvoll. Sie wissen, dass die Schweiz mitleidet, wenn die EU leidet. Sie können nicht verstehen, warum man die Griechen nicht endlich in den wohlverdienten Bankrott und ins hausgemachte Chaos einer eigenen Landeswährung gleiten lässt. Nicht ohne Stolz nehmen sie zur Kenntnis, dass viele Missstände, die man in der Schweiz dank der direkten Demokratie seit zwanzig Jahren einigermaßen offen diskutiert, unter dem Druck der Wirklichkeit nun auch in der EU endlich zur Sprache kommen: unkontrollierte Migration, Asylmissbrauch, Euro-Wirren.

Die Schweizer beruhigen sich angesichts der Turbulenzen mit der Einsicht: Es wurden schon grössere Probleme überwunden. Europa wird auch mit der EU fertig. Es gibt Fortschritte. Fehlentwicklungen werden mittlerweile nicht mehr aggressiv verdrängt, sondern debattiert. Frankreich denkt über Reformen nach, die Briten wollen mehr Abstand. Die Deutschen sind so erfolgreich, dass sie nach der Wiedervereinigung nun auch die Finanzierung des Südens schultern können. Ohne zu verarmen. Sogar in Spanien oder in Griechenland sind Spurenelemente der Verbesserung erkennbar. Island hat sich in Rekordzeit erholt.

Menschen sind lernfähig. Brüssel ist nicht das Mass aller Dinge. Die EU wird sich in die richtige Richtung entwickeln. Die Frage lautet nur, wie hoch die Kosten und wie gross die Wohlstandsverluste auf dem Weg zur Vernunft sein werden. Man kann auf Dauer keine Politik gegen die Menschen und gegen die Wirklichkeit machen. Gemessen an früheren europäischen Experimenten, die oft in Blutvergiessen und Völkermord endeten, ist die EU trotz allen Irrtümern und Anmassungen ein erstaunlich sympathisches Unterfangen. Auch das ist ein Fortschritt, wenn auch einer, auf den man sich nicht allzu viel einbilden sollte.

Die Schweiz ist nicht das Problem der EU, aber vielleicht die Inspiration für eine Lösung. Die EU darf sich im Umgang mit der Schweiz daher etwas mehr Gelassenheit erlauben.

Voller Einsatz für die Schweiz.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Tablet verfügbar.

Probeabo
10 Ausgaben
nur Fr. 40.-





Martialische Trommelwirbel: Seite 46



Höchste Millionärsdichte: Schweiz. Seite 16



Party-Marathon: Art Basel 2015. Seite 60



«Oh, Mann, du kapiert es nicht»: Seite 42

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Reisen nach Absurdistan

11 Im Auge Ignacio Querada, Frauenkenner

12 Griechenland Angst vor Kosten

12 Politik Generation Mitte

13 Personenfreizügigkeit Das Seco legt Scheuklappen ab

13 Diskriminierung Über Hirnklappen

14 Personenkontrolle Rossini, Rutz, Fehner, Geissbühler etc.

15 Nachruf 1 Colt (1836–2015)

15 Nachruf 2 Laura Antonelli (1941–2015)

16 **Starker Franken, starke Schweiz**

In der Schweiz gibt es am meisten Millionäre

18 **«Den Wettbewerbsdruck suchen»**

Chefökonom Eric Scheidegger zur Frankenstärke

20 Währung Vierzig Jahre Training

21 Finanzplatz Ende eines Sonderfalls

22 **Ein Fall von Cron-Wirtschaft**

Unheimliche Allianz hinter dem Projekt «Innovationspark»

24 Die Deutschen Chefsache

24 Wirtschaft Hochpreisinsel der Glückseligen

25 Ausland Durchwursteln ist keine Strategie

26 Mörgeli Jacqueline Badran zum Dritten

26 Bodenmann Rapid: Mehr Hilfe für Ritter

27 Medien A4, 80 Milligramm, farbig

27 Gesellschaft Vater ungewiss

28 Einspruch / Leserbrief / Darf man das?

Hintergrund

30 **Der unglaubliche Fall Schlegel**

Das Ausmass der Misswirtschaft ist weit grösser als bekannt

32 **Kleine Soldaten**

Bundesanwalt Lauber und der Tessiner Mafia-Ermittler

34 **«Oase des Friedens»**

Eritreer protestieren für ihr Heimatland

36 Flüchtlinge Asyl für einen Geiselnnehmer

37 Bildung Fördergelder für sich selbst

38 Sozialwerke Bundesgerichtsurteil zu Schleudertraumata

40 Finanzausgleich Vertrauliche Zahlen von Widmer-Schlumpf

42 **Bin ich selbst mal so rumgelaufen?**

Der schwierige Umgang mit Teenagermädchen

44 **Erfolgreich gegen den IS**

Wachsender Widerstand in Syriens Norden

46 **Ein Hauch von kaltem Krieg**

Rhetorisches Wettrüsten zwischen Russland und der Nato

48 **Die falsche Schwarze**

Eine Weisse gab sich als Afroamerikanerin aus

50 **Die Lehren aus Fukushima**

Im Rückblick ist die Panikmache unverständlich

53 Geschichte Morgarten lebt

Einen Schritt voraus.

BILANZ
Das Schweizer Wirtschaftsmagazin



«Ich wollte tanzen, spielen, zum Film»: Sabina Schneebeli. Seite 66

Interview

66 «Kein Ellenbogen-Mensch»

Sie wurde beschrieben als Schweizer Jennifer Aniston: Gespräch mit der Schauspielerin und Ladenbesitzerin Sabina Schneebeli

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Unter Kojoten

56 Bestseller

56 Meuchelmord zur Entspannung

James Pattersons Thriller versetzen die Leser in Alpträume

57 Jazz Branford Marsalis Quartet

58 Top 10

58 Kino «Pas son genre»

59 Fernseh-Kritik Die Art Basel ist die neue Fifa

60 Basler Kunst-Fasnacht

Die schönsten Tage für die globale Kunstschickeria

62 Namen Pereiras Geweih

63 Hochzeit Naomi Thomas und Graham Thomas

63 Thiel Kynismós

64 Wein Château Monestier La Tour: Côtes de Bergerac 2011

64 Zu Tisch «The Mark Restaurant» by Jean-Georges, New York

65 Auto Jaguar F-Type RAWD Coupé

66 MvH trifft Sabina Schneebeli, Schauspielerin und Ladenbesitzerin

Autoren in dieser Ausgabe

Antje Joel



Ihre Reportagen im *Spiegel* und im Magazin der *Süddeutschen Zeitung* wurden mit dem Axel-Springer- und dem Egon-Erwin-

Kisch-Preis ausgezeichnet. Als Mutter beklagt sie, dass die Röcke ihrer Töchter immer früher immer kürzer werden und die Absätze immer höher. Seite 42

Irene Aegerter



Die Physikerin und Gründungspräsidentin von Women in Nuclear (WiN) ist seit mehreren Jahrzehnten führend auf dem Gebiet der Nuklear-

physik tätig. Die überzeugte Atomstrombefürworterin schreibt, was aus heutiger Sicht von der Panikmache nach dem Störfall in Fukushima übrigbleibt. Seite 50

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



DIE WELTWOCH



Hotelcard

Das erste Halbtax für Hotels

Mit der Hotelcard zahlen Sie in mehr als 500 Hotels nur noch die Hälfte. Weltwoche-Abonnenten erhalten das erste Hotel-Halbtax bis zum 30. November 2015 zum Sonderpreis!

Zur Auswahl stehen die schönsten Wellness-, Wintersport-, Stadt- und Familienhotels in der Schweiz und im benachbarten Ausland. Von der charmanten kleinen Herberge bis zum 5-Sternehotel ist für jeden Geschmack die passende Unterkunft dabei.

Die Hotelcard überzeugt durch einfachste Handhabung. In drei Schritten ist alles erledigt:

- Auf www.hotelcard.ch gewünschtes Hotel aussuchen
- Buchungsanfrage absenden
- Hotelcard beim Check-in vorweisen – fertig!

Die Vorteile auf einen Blick:

- Über 500 Tophotels
- Zahlreiche 4-Sterne- und 5-Sterne-Hotels
- Hotels im Schnitt 75% der Tage zum halben Preis buchbar
- Bestpreisgarantie in allen Hotels
- Beliebig oft einsetzbar
- Doppelzimmer mit einer einzigen Karte buchen
- Kein Konsumationszwang
- Keine Mindestaufenthaltszeit



Villa Principe Leopoldo*****, Sonderangebot siehe Kasten*

Platin-Club-Spezialangebot

Hotelcard – das erste Halbtax für Hotels

Exklusiv für Weltwoche-Abonnenten:

- 1 Jahr für Fr. 75.– (statt Fr. 95.–)
- 2 Jahre für Fr. 140.– (statt Fr. 165.–)
- 3 Jahre für Fr. 205.– (statt Fr. 235.–)

Angebot gültig bis 30. November 2015

*** Sonderangebot**

Villa Principe Leopoldo*****, Lugano, 1 Nacht in der Villa Deluxe (2 Pers.) inkl. Frühstück ab Fr. 300.– statt Fr. 600.– (pro Zimmer)

Bestellung:

Über www.hotelcard.ch/platinclub oder Telefon: 0848 711 717 (Mo–Do: 9–12 Uhr, 14–17 Uhr; Fr: 9–12 Uhr, 14–16 Uhr) mit Kennwort «Platinclub»

Informationen:

Hotelcard AG, Burgstrasse 20
3600 Thun
www.hotelcard.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Reisen nach Absurdistan

Von Philipp Gut — Anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber reisen zu Zehntausenden ins Ausland, viele davon in die alte Heimat, wo sie angeblich verfolgt sind. Merken Sie etwas?



Wer will, darf: Asylsuchende in der Schweiz.

Wer in der Schweiz Asyl erhält oder hier bleiben darf, auch wenn er keine Asylgründe geltend machen kann, der ist in seiner Heimat entweder an Leib und Leben bedroht, oder es ist unzumutbar, dass er zurückkehrt. Das ist der Kern des Asylgesetzes.

Mit Erstaunen nimmt man deshalb zur Kenntnis, dass anerkannte Flüchtlinge, aber auch vorläufig Aufgenommene und Asylbewerber in Massen auf Reisen gehen – viele von ihnen bewilligt von den Schweizer Behörden. Die meisten dürften nicht an der Côte d'Azur verweilen, sondern in ihren Herkunftsländern, wo sie angeblich politisch verfolgt und bedroht sind.

Fast alle Gesuche bewilligt

Die Zahlen: Zwischen 2010 und 2014 haben im Kanton Zürich 8931 anerkannte Flüchtlinge ein Reise gesuch gestellt. Fast alle davon, nämlich 8608, wurden bewilligt. Hinzu kommen 3281 Auslandsreisen von Asylbewerbern und vorläufig Aufgenommenen. In der ganzen Schweiz wurden im selben Zeitraum insgesamt 61 892 solcher Reisen bewilligt. Das entspricht der Bevölkerung der Stadt Luzern und einer Bewilligungsquote von 97 beziehungsweise 84 Prozent. Wer will, darf also praktisch ungehindert herumreisen. Zuständig dafür ist das Berner Staatssekretariat für Migration.

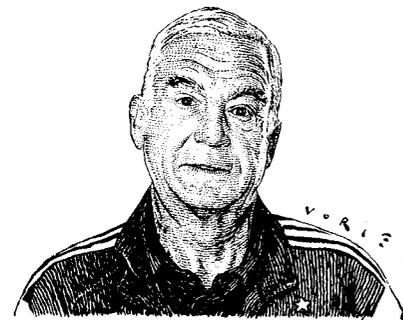
An der Spitze der Reisewilligen im Kanton Zürich liegen Somalier und Eritreer. Aber auch die Iraker, Syrer und Afghanen, in deren Herkunftsländern Bürgerkrieg herrscht, sind stark vertreten. Das überrascht. Der Verdacht drängt sich auf, dass viele dieser Personen in ihre Heimat fahren und dort Ferien verbringen oder Verwandtenbesuche absolvieren.

Heimaturlaube in Syrien und Eritrea

Recherchen zu konkreten Fällen bestätigen die Vermutung. Beispiel eins: Ein im Kanton Zürich lebender Eritreer, der schwer krank war, reiste in sein Herkunftsland, um seine Verwandten zu sehen. Die Reisekosten übernahm ein Hilfswerk. So edel das Motiv in diesem Fall sein mag, so stossend bleibt die Tatsache, dass ein Mann Asyl erhielt, der jederzeit gefahrlos heimreisen kann. Beispiel zwei: Ein Syrer, der in einer andern Zürcher Gemeinde wohnhaft ist, reiste unbehelligt in das Bürgerkriegsland. Zurück kehrte er mit seiner Frau, so dass die Behörden eine grössere Wohnung für die beiden organisieren mussten.

Das Staatssekretariat für Migration sieht in dieser regen Reisetätigkeit kein Problem und spricht bloss von «Einzelfällen». Realitätsnäher dürfte die Annahme sein, dass die meisten dieser Personen in der Schweiz eine Bleibe erhielten, ohne ernsthaft verfolgt zu sein.

Der faulste Trainer



Ignacio Quereda, Frauenkennner.

Sind Männer die besseren Rebellen? 1974 entmachteten die deutschen Fussballer um «Kaiser» Franz Beckenbauer ihren Bundestrainer Helmut Schön und wurden Weltmeister. 2010 putschten die Franzosen gegen ihren *sélectionneur* Raymond Domenech und wurden zu nationalen Schandtätern erklärt. Der Job muss Ignacio Quereda Lavina unheimlich gut gefallen. Er schiebt die ruhigste Kugel auf dem Erdball. Seit 1988, da war Sepp Blatter noch lange nicht Fifa-Chef, trainiert Quereda Generationen junger spanischer Fussballfrauen. Jetzt endlich meutern sie gegen den altgedienten Macho («Wer verhält sich wie eine richtige Frau und bringt mir einen Kaffee?»). Sie putschen, ladylike, per Brief nach der Rückkehr von der Weltmeisterschaft in Kanada, wo sie unter ihrem faulen Drillmeister mit nur einem Punkt aus den drei Vorrundenspielen ausgeschieden waren. Auch die Olympiateilnahme haben sie verpatzt. «Ungenügende Vorbereitung», «Verzicht auf Testspiele», «keine kompetente Analyse der Gegnerinnen», «Überheblichkeit» werfen sie ihm vor.

Fast alle erfolgreichen Frauenteam werden von Frauen trainiert. Quereda hatte vor Amtsantritt «noch nie fussballspielende Frauen gesehen» und nur dritt- und viertklassige Männertruppen befehligt, aber immerhin eine gewisse Sozialkompetenz aus seiner Kindheit mit neun Geschwistern sowie ein Diplom als Sportlehrer vorzuweisen. Auf die Frage, was ihm an seiner Arbeit gefalle, sagte er: «Die raschen Fortschritte, die ich bei Frauen immer feststelle.» Die WM in Kanada war die erste, die er nach 27 endlosen Jahren des Anlaufs erreichte. Was doch sehr überrascht, denn das fussballverrückte Spanien räumt mit dem FC Barcelona und Real Madrid serienweise Pokale ab, sogar die jungen Kickerinnen des U-19-Teams gewannen nicht weniger als sechs Titel. Doch unter Queredas Obhut versauerten die Talente wie durch ein Naturgesetz. Könnte es sein, dass Frauenfussball doch keine ernsthafte Sache ist? Silberlocke Quereda wird im Juli 65, «aber zurücktreten», verspricht er, «werde ich nicht».

Peter Hartmann

Angst vor Kosten

Von Beat Gygi — EU-Politiker wählen lieber die höheren, aber weniger gut sichtbaren Kosten.

Das Spiel zwischen griechischer Regierung, EU, Europäischer Zentralbank, europäischen Regierungen und Währungsfonds läuft weiterhin vor einer furchterregenden Kulisse ab. Auf einem dunklen Bild werden die Folgen einer Zahlungsunfähigkeit und eines möglichen Ausscheidens Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion in düsteren Farben dargestellt. Die Verhandlungsparteien und das Publikum haben so die drohenden Kosten eines Griechenland-Austritts immer vor Augen, deshalb sind die Hemmungen gross, die Spielregeln der Währungsunion wirklich durchzusetzen.

Die Kosten erscheinen beträchtlich. Zum Teil lassen sie sich abschätzen, beispielsweise auf vielleicht 300 Milliarden Euro, wenn die von den Euro-Partnern geleisteten Unterstützungen verloren sind. Schwieriger zu ermitteln sind mögliche Kursverluste auf Aktien und anderen Wertpapieren weltweit, wenn Griechenlands Fall an den Märkten wilde Bewegungen auslösen sollte wie seinerzeit der Zusammenbruch von Lehman Brothers. Für Griechenland selber müsste man etwa an die Vermögensverluste durch Währungsumstellung oder die Unordnung durch Vertrauensverlust und Kapitalflucht denken. Besonders fürchten dürften sich die Euro-Politiker vor politischen Kosten, vor dem Signal, das Projekt Währungsunion samt Disziplinierungsmassnahmen hätten versagt.

Die Anreize sind hoch, diese Kosten durch eine Fortsetzung der Rettungspolitik und der Nachsicht zu vermeiden, aber auch das hat Kosten – und fatalerweise sind diese viel schlechter sichtbar als die oben skizzierten. Wenn die Euro-Politiker Griechenland im Euro-Verbund halten wollen, obwohl das Land die Voraussetzungen nicht erfüllt, müssen sie damit rechnen, dass die anderen Länder ein ähnliches Spiel spielen und sich gleiche Rechte herausnehmen wollen wie Griechenland. Das würde bedeuten, dass die Euro-Mitglieder nicht mehr verantwortlich gemacht werden könnten für ihre Finanzpolitik; dann wären Schritte zur vollständigen Vergemeinschaftung der Finanzpolitik unumgänglich. Man hätte damit eine politische Klammer für die Währungsunion, aber der Preis wäre eine europaweite Umverteilung von Geld und Vorteilen, die einer Vervielfachung der heutigen Griechenland-Hilfen entspräche und das Leben auf fremde Kosten zur Normalität machen würde.

Generation Mitte

Von Wolfgang Koydl — Gute Nachrichten für die politische Rechte: Die Schweizer Jugend teilt weitgehend deren Ziele. Linke und Grüne sehen buchstäblich alt aus.



Jugend mit Verstand – und Empathie.

Wer in seiner Jugend nicht links ist, hat kein Herz, und wer im Alter immer noch links ist, hat kein Hirn. Dieser Spruch schien die normale politische Entwicklung eines Menschenlebens bündig und präzise zu umschreiben. Darüber hinaus hatte er einen Nebeneffekt: Linke Politiker sogen aus dem ersten Satzteil einen Nimbus immerwährender romantisch-revolutionärer Jugend – und zwar unverdrossen bis hinauf in jenes Alter, da eigentlich der zweite Teil des Satzes greift.

Doch nun hat die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) eine Umfrage vorgelegt, die vermeintlich unerschütterliche Gewissheiten auf den Kopf stellt. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die heutige Jugend über ziemlich viel Verstand verfügt – ohne es freilich an Empathie mangeln zu lassen. Auch dies hat einen Nebeneffekt: Linke und grüne Parteien sehen plötzlich ziemlich alt aus. Voll im Zukunftstrend segelt hingegen die oft als altväterlich verspottete SVP: Die Jugendlichen teilen die meisten ihrer Ansichten und Ziele.

Die EKKJ befragte männliche und weibliche Teenager des Jahrgangs 1997, die bei den Nationalratswahlen im kommenden Herbst zum ersten Mal ihre Stimme abgeben dürfen. Diese sogenannte «Generation Z» bewegen demnach dieselben Sorgen wie ihre Eltern: An

erster Stelle steht die Immigration (19 Prozent), dann folgen das Asylwesen (14 Prozent) und das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union (12 Prozent). Links-grüne Top-Themen wie Umwelt und Klima hingegen kamen noch nicht einmal auf 10 Prozent.

Graben zwischen den Geschlechtern

Noch aufschlussreicher ist die Haltung der Jungen in der Schweiz zu gesellschaftlichen Fragen. Glaubt man Thesenpapieren, Themenabenden und Talkshows, so brennt den Eidgenossen kaum etwas so schmerzhaft unter den Nägeln wie die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und anderswo. Doch die Siebzehnjährigen entpuppen sich auch hier als wertkonservative Verteidiger eines traditionellen Familienbildes: Insgesamt 61 Prozent der Jugendlichen halten es für richtig, dass der Vater entweder allein oder zumindest massgeblich den Lebensunterhalt der Familie verdient. Hier öffnet sich allerdings ein Graben zwischen den Geschlechtern: Frauen wünschen sich eher, dass beide Elternteile gleich viel zum Familieneinkommen beitragen.

Ob EU-Beitritt (77 Prozent dagegen), Kopftuchverbot (knapp 50 Prozent dafür) oder Ausländerstimmrecht (rund zwei Drittel dagegen) – die Jungwähler fühlen sich in vielen Bereichen bei der SVP am besten aufgehoben. Sie kann denn auch im Hinblick auf die Jung- und Erstwähler den Parlamentswahlen mit Zuversicht entgegenblicken. Themen wie Energiepreise, Arbeitslosigkeit oder soziale Probleme hingegen, die von Grünen und Sozialdemokraten bewirtschaftet werden, tauchen oft gar nicht erst auf dem Radar junger Menschen auf.

Nur in einem wesentlichen Punkt gehen die Meinungen der Erstwähler und der Volkspartei auseinander: An der Personenfreizügigkeit möchten 62 Prozent der Jugendlichen nicht rütteln. Bei näherem Hinsehen stellt man freilich fest, dass sie in erster Linie an sich selbst denken: 73 Prozent der Schweizer Teens wollen selber überall in der EU leben, arbeiten oder studieren können. Nur 61 Prozent wollen dieses Recht im Gegenzug allen EU-Bürgern zugestehen.

Nüchtern, pragmatisch, familienorientiert – mit so einer Jugend kann die Schweiz unbesorgt in die Zukunft blicken. Gut, vielleicht sind die Teenies ein bisschen langweilig. Aber die Schweiz ist mit Langeweile schon immer recht gut gefahren.

Seco legt Scheuklappen ab

Von Florian Schwab — Ein neuer Bericht des Bundes lässt aufhorchen. Die Verwaltung scheint die Probleme mit der Masseneinwanderung plötzlich ernst zu nehmen.

Klartext hat – wie in der Diplomatie – auch in der Verwaltung Seltenheitswert. Am Schluss entscheiden Nuancen, oftmals zählt das Nichtgesagte mehr als das Gesagte. Am Dienstag stellte der Ökonom Boris Zürcher, der die Direktion für Arbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) leitet, eine Abhandlung unter dem sperrigen Titel «11. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU» vor. Darin werden die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen in der Schweiz untersucht. Wer die Publikation mit feinem Sensorium liest und sie neben einen früheren Bericht legt, den Zürchers Vorgänger Serge Gaillard (SP) im Juni 2013, also ein halbes Jahr vor der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative (MEI), veröffentlicht hat, gerät ins Staunen.

Alarmierende Tendenzen

Zürcher spricht erstmals Probleme der Personenfreizügigkeit an, welche seine Vorgänger wortreich versteckt haben. Das wichtigste Problemfeld, das man erkannt hat, liegt bei den Grenzgängern. Vier Mal verweist der neue Bericht auf markante und teilweise steigende «Lohndifferenzen» zwischen Grenzgängern und der ansässigen Bevölkerung. Zudem stellt er fest, dass die Grenzregionen im Vergleich zur übrigen Schweiz eine schwächere Lohnentwicklung aufweisen. Ein Zusammenhang mit den Grenzgängern sei «nicht auszuschliessen». Das sind neue Töne.

Vor zwei Jahren sang das Seco noch das hohe Lied der Personenfreizügigkeit: Überwiegend Hochqualifizierte würden auf den Schweizer Arbeitsmarkt strömen. Negative Auswirkungen auf die Löhne und die Arbeitslosigkeit in der Schweiz seien zu vernachlässigende Grössen. Allenfalls gebe es «geringfügige Verdrängungseffekte bei höher qualifizierten Arbeitskräften».

Ganz anders der neue Bericht. Erstmals schreibt das Seco an dieser Stelle ausdrücklich, dass der Tieflohnsektor sehr viele Zuwanderer anziehe: Es gebe Anzeichen für eine negative Auswirkung auf «Beschäftigung und Arbeitslosigkeit» bei Hoch- sowie Niedrigqualifizierten. Dies mit Verweis auf eine Studie des Basler Arbeitsmarktökonom George Sheldon aus dem Jahre 2011, deren Befunde man 2013 noch verschwiegen hatte.

Hat man im Jahr 2013 noch gewunden erörtert, ob die zunehmende Einwanderung aus



Umdenken: Seco-Ökonom Zürcher.

Südeuropa allenfalls etwas mit der Euro-Krise zu tun haben könnte (was man eher verneinte), kündigt der neue Bericht eine detaillierte Untersuchung der «Erwerbsverläufe und der Arbeitsmarktintegration von Neuzuwandernern aus den EU-Krisenstaaten» für kommenden Herbst an.

Der Bericht zeigt auf, zu welchem Prozentsatz die einzelnen Bevölkerungsgruppen durch Beiträge an die Arbeitslosenversicherung (ALV) für die Auszahlungen an ihre jeweiligen Landsleute aufkommen. Offenbar zeichnen sich hier alarmierende Tendenzen ab. Trugen französische Staatsangehörige laut Bericht von 2013 die Kosten ihrer Landsleute in der ALV noch zu 182 Prozent, so schrumpfte dieser Wert innerhalb von nur drei Jahren auf 93 Prozent. Der Selbstfinanzierungsgrad der Deutschen beträgt heute noch 112 Prozent – gegenüber 126 Prozent vor drei Jahren. Für die Einwanderer aus allen 27 EU-Staaten verschlechterte sich der Wert innert dreier Jahre von 98 Prozent auf 80 Prozent. Kamen Staatsangehörige der EU-Staaten im Jahr 2010 noch fast selber für die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zugunsten ihrer Landsleute auf, muss heute die übrige Bevölkerung einen Fünftel beisteuern. Die Einwanderung in den Sozialstaat ist eine Tatsache. Das merkt jetzt auch der Bund.

Über Hirnlappen

Von Rico Bandle — Wer Lesben oder Schwule verunglimpft, ist neuerdings kriminell.

Die Schweiz ist um eine staatlich anerkannte Opfergruppe reicher. Bisher stand unter Strafe, wer Personen oder Gruppen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion pauschal verunglimpft, neu kommt die sexuelle Ausrichtung hinzu. Nach dem Nationalrat hat letzte Woche der Ständerat einer entsprechenden Initiative des Walliser Parlamentarier Mathias Reynard (SP) zugestimmt. Jetzt fehlt nur noch, dass auch abschätzbare Äusserungen über Frauen verboten werden, um die Kriminalisierung des politisch inkorrekten zu vollenden.

Was bedeutet die beschlossene Ergänzung des Antirassismogesetzes konkret? Muss SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi mit einer Gefängnisstrafe rechnen, wenn er seine flapsige Erklärung wiederholt, gleichgeschlechtliche Paare hätten «einen Hirnlappen, der verkehrt läuft»? Was, wenn jemand sagt, Homosexualität sei etwas Unnatürliches? Reynard möchte sich nicht festlegen: Wie das Gesetz ausgelegt werde, sei Sache der Gerichte, er respektiere die Gewaltentrennung. Bei der Schwulenorganisation Pink Cross allerdings werden genau diese beiden Beispiele als Gründe aufgeführt, weshalb ein gesetzlicher Schutz der Homosexuellen dringend nötig sei.

Das System schlägt zurück

Dass sie nun unter besonderem Schutz stehen, ist für die Homosexuellen höchstens auf den ersten Blick ein Sieg. Erstens zeigt die bisherige Erfahrung mit dem Antirassismogesetz, dass sich die Öffentlichkeit im Zweifel instinktiv auf die Seite des Zensierten stellt, nicht auf jene des Zensors. Zweitens schlägt das System früher oder später zurück: In Deutschland ist kürzlich die linke Tageszeitung wegen Geschlechterdiskriminierung belangt worden, weil sie eine Praktikumsstelle explizit für eine Frau mit Migrationshintergrund ausgeschrieben hatte. Ein männlicher Bewerber klagte – und erhielt recht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis eine Frau oder ein heterosexueller Mann gegen eine Schwulendisco oder eine Schwulensauna vorgeht, weil das Etablisement Nichtschwule diskriminiere.

Dass sich Minderheiten nur dann vollwertig fühlen, wenn sie als Opfergruppe juristisch anerkannt werden, ist eine fatale Entwicklung. Offensichtlich unsinnige Aussagen, wie jene über die Hirnlappen, muss man nicht vor Gericht anfechten, man kann sie mit Argumenten leicht entkräften. Oder noch besser: einfach mal darüber lachen.

Personenkontrolle

**Rossini, Rutz, Frehner,
Geissbühler, Freysinger,
Derder, Perrinjaquet,
Wasserfallen, Naef, Trede,
Oberle, Eberle, Herzog,
Franziskus, Huonder,
Gracia, Schellhuber, Gore**

Der von links-grüner Seite lancierte Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» feierte am vergangenen Donnerstag im Parlament einen knappen Sieg: Das Eintreten auf das wirtschaftsfeindliche Ansinnen beschloss der Nationalrat im Verhältnis 90:90 mit Stichtscheid **Stéphane Rossini** (SP). Das Zufallsergebnis hatte in erster Linie biologische Gründe: Die SVP-Nationalräte **Gregor Rutz** (ZH) und **Sebastian Frehner** (BL) waren krankheitsbedingt abwesend. Ihre Fraktionskollegin **Martina Geissbühler** (BE) war zehn Tage zuvor Mutter geworden und wäre ihrer finanziellen Ansprüche aus dem Mutterschaftsurlaub verlustig gegangen, hätte sie für die Abstimmung kurz im Parlament vorbeigeschaut. Einen nichtbiologischen Grund hatte die Abwesenheit von **Oskar Freysinger** (SVP), der als Walliser Staatsrat bei einer Zeugnisfeier an der Kantonsschule gebraucht wurde. Endgültig zum Kippen brachte die Abstimmung über Eintreten, dass sich die beiden Freisinnigen **Fathi Derder** (VD) und **Sylvie Perrinjaquet** (NE) der Stimme enthielten – sehr zum Ärger ihres Parteifreunds **Christian Wasserfallen** (BE), der seinem Missfallen über die beiden Welschen unüberseh- und unüberhörbar Ausdruck verlieh. (fsc)

«Ich hoffe, Sie hatten einen gefreuten Jahreswechsel und sind gut im 2015 angekommen», stand in einem Brief, den Frau L. im Januar von Nationalrat **Martin Naef** (SP) erhielt. Der Präsident der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) bat sie, mit ihrem Mitgliederbeitrag bei den nationalen Wahlen «pro-europäische, konstruktive» Kandidaten zu unterstützen. Der Ehemann von Frau L. schrieb dem Sekretariat, dem Präsidenten und der Vizepräsidentin der Nebs, Nationalrätin **Aline Trede** (GP), Frau L. zähle seit geraumer Zeit nicht mehr zu den Mitgliedern: «Sie hiess seit 1998 nicht mehr so. Und sie ist seit 2010 tot.» Eine Antwort der Nebs blieb aus. Dafür traf dieser Tage ein weiterer Bettelbrief ein, damit die Nebs ihren Einsatz für eine «aktive EU-Mitgliedschaft» der Schweiz weiterführen könne: «Ein Beitritt ist die einzige Möglichkeit, die Interessen unseres Landes würdig, effizient und demokratisch zu verteidigen.» Hauptsache, die Nebs lebt. (sär)



Biologische Gründe: Martina Geissbühler.

Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass an der Klimakonferenz von Paris im nächsten Dezember erneut kein Abkommen zur Reduktion von Klimagasen erreicht wird. Die Protagonisten der Klimapolitik schrauben darum die Erwartungen an die Konferenz so tief, dass diese faktisch gar nicht scheitern kann. Da arbeitet auch **Bruno Oberle**, Chef des Bundesamts für Umwelt, kräftig mit. «Wir erwarten nicht, dass in Paris alle anstehenden Probleme gelöst werden», sagte er gegenüber *Global+*, einer Zeitschrift der Entwicklungshilfeorganisation Alliance Sud. «Wir müssen aber vermeiden, allzu hohe Erwartungen zu wecken, um Enttäuschungen vorzubeugen.» Überrascht nimmt man zur Kenntnis, dass Oberle das Ergebnis der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009, die krachend scheiterte, nun plötzlich als «gar nicht so schlecht» einschätzt. Sein Argument: «Immerhin haben wir 100 Milliarden US-Dollar Klimafinanzierung pro Jahr für arme Entwicklungsländer ab 2020 beschlossen; und wir hatten die Staatsoberhäupter versammelt, also das Thema dort platziert, wo es hingehörte.» An der Pariser Konferenz werden die Industriestaaten sicher erneut viel Geld versprechen, das sie dann aber nie einbezahlen. Und es werden sich wieder ganz viele Staatsoberhäupter einfinden, die sich besorgt zeigen. Welch ein Erfolg! (are)

Jetzt ist es amtlich: Zum Tagesprogramm von Bundesangestellten gehört die Lektüre des *Blicks*. Am Mittwoch der letzten Woche meldete das Boulevardblatt, die SVP-Lokalpartei im thurgauischen Ermatingen lade zu einer Schifffahrt mit Ständerat **Roland Eberle** und Nationalrätin **Verena Herzog** ein – aus Kostengründen auf einem deutschen Schiff. «Aus der Presse haben wir erfahren», mailte um 11.24 Uhr ein Experte der Eidgenössischen Zollverwaltung dem Veranstalter, «dass die SVP Thurgau [korrekt: die SVP Ermatingen] am 23. Juni 2015 eine Schifffahrt auf dem Bodensee [korrekt: Untersee] seinen Mitglie-



Nebs lebt: Martin Naef.



Welch ein Erfolg! Bruno Oberle.

dern und interessierten Personen anbietet» (Grammatik aus Original). Dazu müsse er ihm mitteilen: «Es besteht kein grundsätzlicher Anspruch auf die Verwendung unverzollter ausländischer Beförderungsmittel (dies beinhaltet auch Schiffe), die in der Schweiz für gewerbliche Binnentransporte eingesetzt werden.» Dafür sei ein Gesuch zu stellen, samt Nummer, Namen und Foto des Schiffs sowie «Nachweis, welche Stellen Sie bereits angefragt haben betreffend Vorhandensein von entsprechenden Schiffen in der Schweiz». Der Veranstalter, schon von einem öffentlichen Proteststurm geplagt, teilte dem eifrigen Experten in Bern mit, das deutsche Unternehmen sei eine registrierte Firma: «Sie hat die schriftliche Bewilligung, auf dem Rhein und bis Kreuzlingen Passagierfahrten auszuführen – und sie muss am Ende des Jahres die MwSt-Abrechnung mit der Eidg. Zollverwaltung vollziehen.» Der Experte, das sei ihm zugutegehalten, entschuldigte sich. Die Schifffahrt wurde gleichwohl abgeblasen. (sär)

Man müsse die Enzyklika von Papst **Franziskus** sehr oberflächlich lesen, um darin «die Dogmatisierung einer links-grünen Klima-



Schiffahrt abgeblasen: Verena Herzog.



«Öko-Spiesser»: Giuseppe Gracia.

politik» zu sehen, schimpfte **Giuseppe Gracia**, der eloquente und originelle Sprecher von Bischof **Vitus Huonder**, in der *Schweiz am Sonntag*. Dabei warf er alle Medien in den Topf des «politisch korrekten Mainstreams», wenn es um echte Glaubensfragen wie Abtreibung oder Sterbehilfe gehe, vom *Tages-Anzeiger* über das Schweizer Fernsehen bis zur *Weltwoche*. Ihr billigte er wenigstens zu: «Sicher, manchmal gibt man sich kritisch und schreibt Positives über Putin oder Berlusconi, um noch angepasste Berufskollegen zu ärgern.» Giuseppe Gracia liegt richtig, wenn er über ungläubige «Öko-Spiesser» spottet, die den Papst plötzlich toll finden, nur weil er ihnen nach dem Mund redet. Aber er liegt falsch, wenn er darüber schweigt, dass der Papst sich die Passagen über den Klimawandel vom führenden Weltklimarat-Aktivisten **Hans Joachim Schellnhuber** schreiben liess und dass er die Enzyklika mit perfektem Timing im Hinblick auf die Klimakonferenz von Paris herausgab: am 18. Juni, für den Live-Earth-Konzert-Event von **Al Gore** auf allen sieben Kontinenten inklusive Antarktis. Kurz: dass sich der Papst von der Uno für ihre Klimapolitik instrumentalisieren liess. (sär)

Nachruf



Inbegriff bezahlbarer Gerechtigkeit: Colt.

Colt (1836–2015) — Es mag pietätlos sein, über den Tod der legendären Waffenfirma Colt zu schreiben, da sie nach wie vor Revolver produziert, also noch lebt. Aber dem Unternehmen droht der Bankrott. Es liegt auf der finanziellen Intensivstation, es sieht nach Tod durch Insolvenz aus. Dass ausgerechnet die amerikanische Armee die Todesnot verursacht hat, weil sie vor zwei Jahren ausländischen Lieferanten den Vorzug gab, ist eine Schmach.

Sollte der Firma nicht in letzter Minute eine Geldspritze verabreicht werden, ginge ein Teil amerikanischer Kultur verloren. Der Revolver mit der drehbaren Trommel, von Sam Colt 1836 patentiert, war während Jahren ein kräftiges Symbol für Recht und Ordnung des Wilden Westens, stand für Sicherheit à la Amerika. Der Colt eignete sich zudem für publikumswirksame Filmszenen. Ihn setzte zum Beispiel Buffalo Bill ein, der Bisonjäger und Showman.

Der Colt wurde zum Mythos, weil er sowohl bei edlen als auch bei verwerflichen Gestalten stets griffbereit war. So besass Al Capone seinen Colt, aber auch General George Patton oder der ehemalige US-Präsident Theodore Roosevelt. Bereits nach dem amerikanischen Bürgerkrieg war *made by Colt* zum Inbegriff bezahlbarer Gerechtigkeit geworden. Abe Lincoln habe vielleicht alle Menschen befreit, hiess es damals in einem Bonmot, «aber Sam hat sie alle gleich gemacht».

Der Nachruf auf einen Lebenden hilft vielleicht, Colt doch noch vor dem Untergang zu retten. Die Pietätlosigkeit hätte dann ihren Zweck erfüllt. *Pierre Heumann*



«Das nackte Cello»: Laura Antonelli.

Laura Antonelli (1941–2015) — Die Schönheit mit den Augen wie dunkle Teiche und den sinnlichen Lippen hatte das Pech, genau in jener Zeit heftig umworben worden zu sein, als die puritanische Verklemmung dem Credo unverkrampfter Liebe wich. Und wie bei solchen Zeitenwenden üblich, wurde das Kino, dieses ideale Einmachglas für Lebensgefühle, sofort mit Sexfilmen und Softpornos aktiv und umgarnte die schöne Antonelli. Zunächst hatte sie eine Lehrerausbildung absolviert, liess sich aber von den Bildermedien verführen, zeigte ihr Gesicht zunächst in Werbespots, trat als Moderatorin eines Kulturmagazins auf, spielte in Fotoromanen und schliesslich in Filmen wie «Venus im Pelz» (1969) oder «Das nackte Cello» (1971). Mit ihren körperlichen Reizen geizte sie nicht und war bald als Sexsymbol des italienischen Films abgestempelt. Zeitweise wurde sie gar als neue Sophia Loren gehandelt, war lange die Lebensgefährtin von Jean-Paul Belmondo und geriet, nach dem damaligen Freiheitsmotto «Sex, Drugs & Rock 'n' Roll», in Drogenabhängigkeit. Von den Männern angehimmelt, wurde sie auch noch Opfer des Schönheitsdiktats. Auch wenn sie den Sprung ins anspruchsvolle Fach schaffte und mit Regisseuren wie Luchino Visconti («Die Unschuld», 1976) und Dino Risi («Sesso matto – Niemand ist vollkommen», 1973) arbeitete, liess sie sich zugleich weiter von Sexfilmen locken. Nach etlichen Querelen mit der Justiz aufgrund ihrer Drogenabhängigkeit und vor allem nach missglückten Schönheitsoperationen war sie Anfang der neunziger Jahre gezwungen, sich vom Beruf zu verabschieden. *Wolfram Knorr*

Wo Millionäre sind, da lass dich ruhig nieder

Von Beat Gygi — In der Schweiz gibt es mehr Millionäre pro Einwohner als in jedem anderen Land der Erde. Das ist ein Zeichen für wirtschaftliche Gesundheit. Aber in der Politik gibt es zu viele Helfer und Förderer.

Die Chance, im Alltag zufällig einem Millionär zu begegnen, ist in keinem anderen Land so hoch wie in der Schweiz. Die Schweiz ist trotz zunehmender Drangsalierung durch Hochsteuerländer und trotz allen wirtschaftlichen und politischen Problemen in der europäischen Umgebung offensichtlich immer noch ein attraktiver Standort für Leute mit hohem Vermögen. Jedenfalls sind dieser Tage gleich zwei Untersuchungen erschienen, die bei summarischer Betrachtung den Schluss nahelegen, die Schweiz sei so etwas wie ein Mekka der Millionäre. Das Land hat laut der Studie «Global Wealth 2015: Winning the Growth Game» der Beratungsfirma Boston Consulting Group (BCG) die höchste Millionärsdichte der Welt. Von 1000 Haushalten hatten da im Jahr 2014 deren 135 netto ein privates Vermögen von mehr als einer Million Dollar (ohne Immobilien), einige unter ihnen sehr viel mehr.

Weltweit gibt es je nach Zählweise zurzeit etwa 15 bis 17 Millionen dieser sogenannten *high net worth individuals*, die zusammen über ein Vermögen von wahrscheinlich über 150 Billionen Dollar verfügen; und die Gruppe wächst seit längerem mit Jahresraten in der Nähe von zehn Prozent, sie gewinnt in der Gesellschaft also «Marktanteile». Nach Angaben in der zweiten soeben veröffentlichten Untersuchung, dem «World Wealth Report 2015» der Beratungsfirma Capgemini und der Royal Bank of Canada, sind gut 340 000 dieser Millionäre in der Schweiz zu Hause. Wie die Grafik rechts zeigt, bedeutet dies den siebten Platz in der Rangliste der Länder mit den meisten Millionären. Dass die USA, Japan, Deutschland, Grossbritannien oder China weiter oben platziert sind, leuchtet ein.

Wie gut geht es der Schweiz wirklich?

Bemerkenswert ist aber, dass die Schweiz deutlich vor etlichen weitaus grösseren Ländern liegt und dass auch Namen wie Saudi-Arabien, Russland, Hongkong oder Singapur, die man relativ rasch mit Reichtum und Millionären in Verbindung bringt, erst weiter unten in der Liste auftauchen. Geht es um die Millionärsdichte, sind freilich Bahrain, Katar, Singapur und Kuwait dicht hinter der führenden Schweiz. Mit Blick auf die Präsenz der ganz Reichen, der *ultra high net worth individuals* mit – je nach Messart – über 30 bis über 100 Millionen Dollar Vermögen, steht die Schweiz ein wenig im Schatten von Hongkong und Singapur, rangiert aber doch weit vorne. Das galt für 2014. Seither dürf-

Die Top-25-Standorte für grosse Vermögen

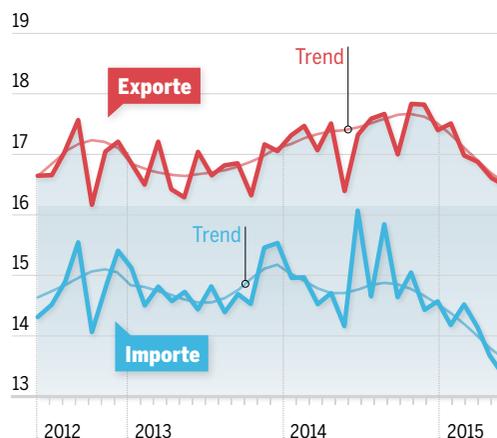
Rangliste der Länder nach Anzahl Millionären



QUELLEN: CAPGEMINI UND ROYAL BANK OF CANADA

Kein Bruch in der Exportentwicklung

Monatszahlen zu Exporten und Importen (nominal) saisonbereinigt, in Milliarden Franken



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT

Ein Standort für Vermögende und Exporteure.

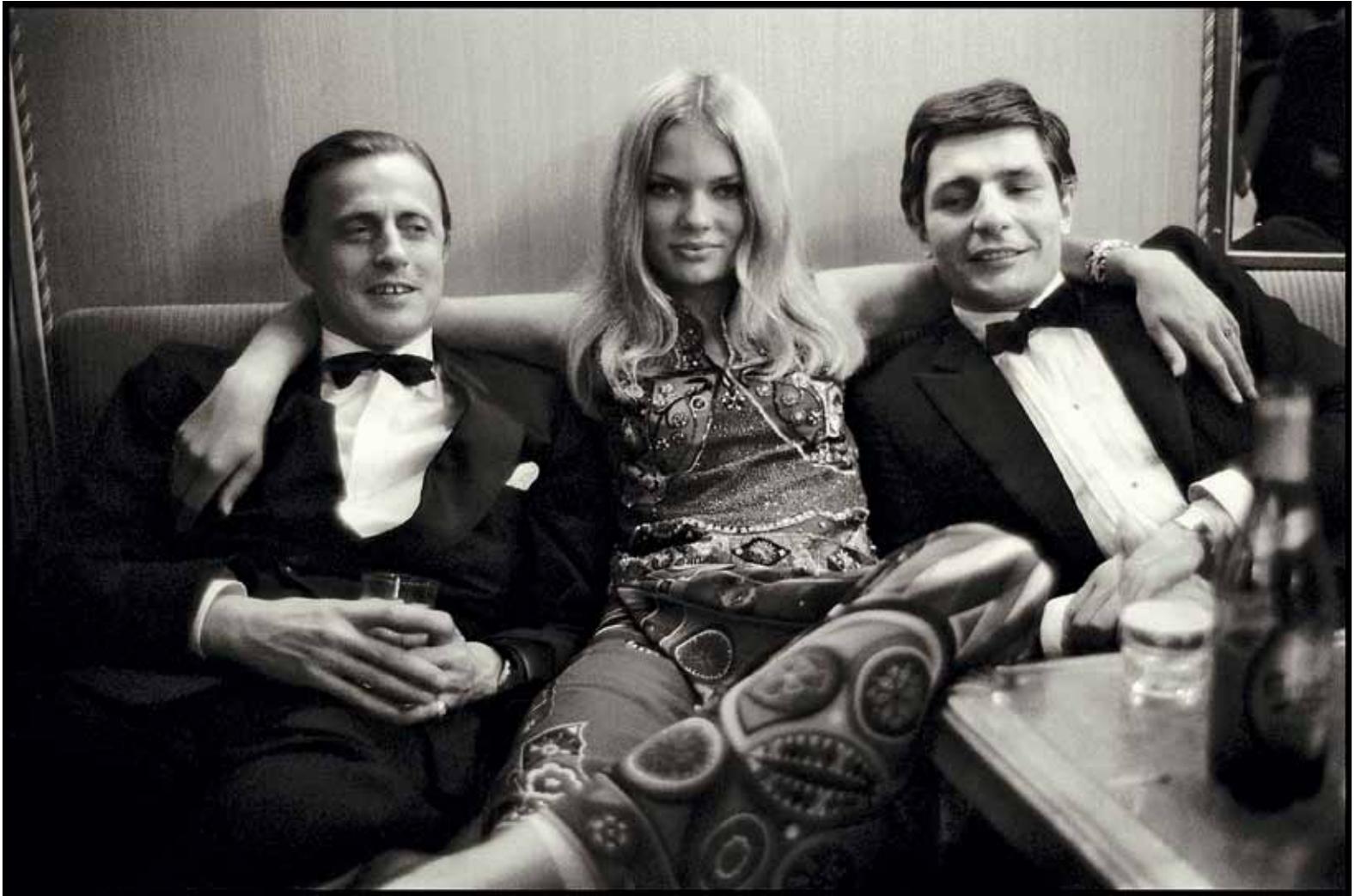
te der starke Franken die Vermögen ja nach Anlageform noch etwas aufgewertet haben, da man Geldwerte weltweit meist in Dollar misst.

Die Vermögenslandkarte sieht also nicht schlecht aus, aber wie gut geht es der Schweiz wirklich? Wirtschaft bedeutet ja mehr, als Vermögen zu haben und zu bewirtschaften. Wie steht es um den Arbeitsplatz? Ist eine Skizze der Millionärspräsenz nicht fast etwas frivol in einer Zeit, in der der starke Franken viele Schweizer Exporteure tonnenschwer belastet und ihnen die Luft abzudrücken droht? Vielleicht haben ja all jene, die ihren Lohn mit harter Arbeit verdienen und die Grundlage des Arbeitsplatzes Schweiz ausmachen, wenig davon, wenn die Vermögenslandschaft blüht – wobei man sich selten bewusst macht, dass hohe Vermögen durch ihre Geschäftsbeziehungen und Steuern ziemlich anregende Wirkungen auf ihre Umgebung haben. Zudem ist in der Schweiz der Anteil der Lohneinkommen am Gesamteinkommen höher als in allen andern modernen Industrieländern; am Standort für hohe Vermögen wird also auch besonders fleissig gearbeitet.

«Schweizer Aussenhandel bricht ein»

Dennoch – seit der Freigabe der Franken-Euro-Kursuntergrenze durch die Nationalbank am 15. Januar ist die Stimmung unter Ökonomen, in der Politik, in vielen Unternehmen und Medien pessimistisch geworden. Rasch wurden Konjunkturprognosen nach unten korrigiert, etliche Experten sagten für den Herbst sogleich eine Rezession voraus, und auch heute rechnen einige mit einer bald schrumpfenden Wirtschaft.

Und die Medien nehmen ihre Aufgabe als Multiplikatoren von Tag zu Tag eifrig wahr, indem sie die trübe Stimmung immer wieder ins Publikum bringen. «Schweizer Aussenhandel bricht ein» oder «Tiefschlag für die Schweizer Exporteure», lauteten beispielsweise die Schlagzeilen zu den jüngst publizierten Aussenhandelszahlen des Monats Mai. Der negative Trend bei den Exporten setze sich fort, die Frankenstärke bremse vor allem die Ausfuhren nach Europa. Dabei war der Inhalt der betreffenden Mitteilung seitens der Bundesverwaltung gar nicht so deprimierend. Wird nämlich die Tatsache berücksichtigt, dass der Mai dieses Jahr zwei Arbeitstage weniger aufwies als im Vorjahr, macht das Exportminus im Jahresvergleich noch 0,8 Prozent aus. Und zieht man in Betracht, dass die Preise der Exportgüter im Jahresverlauf gesunken



Die Vermögenslandkarte sieht nicht schlecht aus: Gunther Sachs (r.) und Hans von Thyssen mit Begleitung in St. Moritz, 1965.

sind, ergibt sich sogar das Resultat, dass diesen Mai eigentlich 9 Prozent mehr Waren ins Ausland geliefert wurden als ein Jahr zuvor. Klar, zu niedrigeren Preisen, vielleicht weil man den Kunden im Euro-Raum entgegenkommen musste, aber immerhin.

Die Grafik unten zeigt, wie stark die monatlichen Zahlen der Exporte und Importe der Schweizer Wirtschaft typischerweise schwanken und wie launisch es auf- und abgehen kann. Gegen den rechten Rand hin ist zwar eine etwas sinkende Exportlinie zu erkennen, aber einen Trendbruch, wie er in Medien manchmal beschworen wird, kann man daraus nicht ableiten. Es zeichnet sich auch keine Reduktion des Exportüberschusses ab, wie man sie eigentlich von einer (zu) starken Währung erwarten würde – ja eher das Gegenteil. Es kann also gut sein, dass die Exportmaschine Schweiz auch mit dem erstarkten Franken weitgehend so weiterläuft wie in den vergangenen paar Jahren. Dies wäre auch nicht speziell verwunderlich, da mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte aus Pharma- und Chemie-spezialitäten sowie Uhren und Schmuck besteht. Diese Warenströme sind nicht so schnell aus der Ruhe zu bringen, Preise und Wechselkurse sind da oft weniger wichtig als die Qualität und die speziellen Lieferbeziehungen.

«Was ist denn schlimm daran, wenn Medienleute ein wenig Stimmung machen?», könnte man sich fragen. «Die Medien sollte man nicht überschätzen, die reale Entwicklung wird dies ja kaum beeinflussen.» So belanglos ist das Ganze aber nicht. Es gibt in Exportbranchen wie dem Tourismus oder der Maschinenindustrie sowie im inländischen Handel, in Gewerk-

Über drei Dutzend GAV hat der Bundesrat in den letzten Jahren für allgemeinverbindlich erklärt.

schaften und der Politik viele, die auf eine Chance warten, um ins Geschehen einzugreifen und dabei wenn möglich Vorteile für die eigenen Interessen herauszuholen. Eine pessimistische Stimmung begünstigt einen solchen Aktionismus, düstere Farben sind heute begehrt.

Die Gewerkschaften zeigen sich am angriffigsten und heizen nun einen neuen Kampf zwischen Werkplatz und Finanzplatz an, allerdings nicht im alten Stil von «Industrie gegen Banken». Es geht um eine neue Spielform, die unter dem Titel «Fetter Franken gegen Arbeit» steht. Angeprangert wird «der mörderische Franken», den die SNB durch ihre Geldpolitik zu verantworten habe. Unter Schlagworten wie

«Ein fairer Wechselkurs muss her», «Der Franken ist ein tödliches Gift», «An Löhnen wird nicht geschraubt», «Ohne Industriepolitik geht nichts» stellen die Gewerkschafter einen stilreinen Staatshilfe-Katalog zusammen. Gefordert wird, dass für die Euro-Franken-Beziehung sofort wieder ein höheres Wechselkursziel festzulegen sei, dass man es den Firmen verbieten soll, Kostenentlastungen über Lohnreduktionen zu suchen, dass Sparprogramme der öffentlichen Hand zu stoppen und Sozialversicherungen von Negativzinsen auszunehmen seien. Besonders pikant ist die Idee, der Bund solle für «echte» Exporte aus der Schweiz einen speziellen Wechselkurs offerieren, der etwa der Kaufkraftparität entspricht. Unter dem Motto «Das muss in den Deal» steht ein ganzes Aktionsprogramm, das man Unternehmen via Vereinbarungen aufzwingen möchte.

Jede Krise erfolgreich genutzt

Vereinbarungen kann man der Gegenseite freiwillig nur aufzwingen, wenn die Politik mithilft und die Gewalt der Gesetzgebung zur Verfügung stellt, um den Firmen den Tarif durchzugeben. Das ist nicht ganz neu. Es gibt bereits zahlreiche Muster für diese Strategie, eine Art Vorstufen, welche die Gewerkschaften gegen die Arbeitgeber erkämpft haben: Dutzende von

Gesamtarbeitsverträgen hat der Bundesrat in jüngerer Zeit für allgemeinverbindlich erklärt, also Unternehmen und Angestellten gesamtschweizerisch den Befehl erteilt, wie Arbeitsverträge auszusehen haben. Dies war die Gegenleistung an das linke Lager für dessen Zustimmung zur Personenfreizügigkeit, und dessen Appetit ist nun angeregt.

Arbeitgeber in bedrängten Branchen zeigen auch die Neigung, den Staat um Hilfe anzufragen, man äussert sich aber zurückhaltender. Hans Hess, Präsident des Branchenverbandes der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Swissmem, folgt etwa dem Kurs, den sein Vorgänger und der heutige Bundesrat Johann Schneider-Ammann eingeschlagen hatte. Nach der Finanzkrise 2008 hatte Schneider-Ammann Pläne für einen brancheneigenen Finanzierungsfonds lanciert, Versuche unternommen, den Firmen den direkten Zugang zu öffentlichen Geldern für Forschung und Entwicklung zu ermöglichen und die Exportrisikogarantie auf eine breitere Absicherung auszuweiten.

Im Grunde genommen haben die Interventionsliebhaber jede Krise erfolgreich genutzt, um Wirtschaft und Staat enger miteinander zu verhandeln. Die Finanzkrise 2008 führte zu so

Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass das Thema «Innovation» zum neuen Tummelfeld wird.

vielen neuen Finanz- und Bankengesetzen, dass die Regulierungswelle noch nicht überblickbar ist. Der erste «Frankenschock» vom Sommer 2011 mit dem Fall des Euro-Franken-Kurses von 1.50 auf 1.20 hat in der Politik sofort hektische Aktionen ausgelöst; man erliess spezielle Hotelkredite für 100 Millionen Franken oder stockte die Forschungsförderung in Firmen um 100 Millionen Franken auf – bis man sich dann beim Thema «Hochpreisinsel» in gemeinsamer Aufregung zusammenfand.

Plötzlich stand der Kampf um tiefe Konsumentenpreise und die Weitergabe von Währungsgewinnen im Zentrum. Die Politiker liessen sich von kurzfristigen Stimmungen hinreissen und polten die damals laufende Kartellgesetzrevision völlig um auf den Kampf gegen die «Hochpreisinsel». Man konnte sich nach dieser Verirrung dann auf nichts mehr einigen und gab das Projekt auf.

Die Förderer- und Helfernaturen finden sicher auch dieses Mal Wege, um ihre Energie in hoheitliche Aktionen umzusetzen. Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass das Thema «Innovation» gross in Mode kommt. Wenn der bernische Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher von einer «Währungskrise» spricht und Innovation als Schlüssel zum Erfolg preist sowie wenn das Bundes-Parlament grünes Licht für einen Innovationspark gibt, ist das neue kollektive Tummelfeld schon klar in Sicht. ○

Wirtschaft

«Den Wettbewerbsdruck suchen»

Von Beat Gygi und Florian Schwab — Die Frankenstärke könne eine Chance für die Schweizer Wirtschaft sein – sagt Eric Scheidegger, der Chefökonom des Bundes.

Wie wird sich die Schweizer Wirtschaft gegen den Herbst hin entwickeln? Wie wahrscheinlich ist eine Rezession?

Eine milde Rezession mit zwei Quartalen leichter Schrumpfung ist denkbar, aber einen krisenhaften Einbruch des Bruttoinlandprodukts übers ganze Jahr mit stark steigender Arbeitslosigkeit wird es aus heutiger Sicht nicht geben.

Welche Branchen haben am meisten unter dem starken Franken zu leiden?

Der Exportsektor steht seit der Aufgabe der Wechselkursuntergrenze unter Druck. Besonders betroffen sind Firmen, die stark auf die Euro-Zone ausgerichtet sind und deren Produkte auf Wechselkursänderungen empfindlich reagieren, etwa Maschinen- und Elektroindustrie oder die Tourismuswirtschaft. Auch Gross- und Detailhandel spüren den Druck aus dem Ausland über den Einkaufstourismus stark.

Sehen Sie Möglichkeiten, dass der Staat den stark betroffenen Branchen helfen könnte? Regulatorisch oder finanziell?

Die starke Aufwertung ist ein monetäres Phänomen, da kann nur die Geld- und Wechselkurspolitik Gegenmassnahmen ergreifen. Die Nationalbank hat betont, dass sie die Lage im Auge behalten und notfalls eingreifen werde. Auch wenn sich die Konjunktur jetzt stark abkühlt, stützen die Arbeitslosenversicherung und die Staatsausgaben die Nachfrage. Kurzarbeit erlaubt den Betrieben, die Flaute zu überbrücken. Wichtig ist zudem die Entlastung der Wirtschaft von bürokratischem Ballast.

Welches sind die wirksamsten Massnahmen?

Allein der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer würde Hunderte von Millionen an administrativen Einsparungen bewirken. Die Harmonisierung der Baunormen brächte ähnlich grosse Entlastungen.

Aber im Arbeitsmarkt läuft es doch in die Gegenrichtung. Der Bundesrat zwingt den Arbeitsmarkt in ein Korsett, indem er Dutzende Gesamtarbeitsverträge als allgemeinverbindlich erklärt.

Das muss im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit gesehen werden. Bundesrat und Parlament wollten durch flankierende Massnahmen einen ausserordentlichen Lohndruck verhindern. Grundsätzlich gibt es aber in der Schweiz vergleichsweise wenig limitierende Arbeitsmarktregulierungen. Diesen Standortvorteil müssen wir halten.

Immerhin sind etliche Volksinitiativen abgelehnt worden, die den Arbeitsmarkt belastet hätten.

War es denn nötig, die Arbeitszeiterfassung einzuführen?

Die gesetzliche Pflicht der Arbeitszeiterfassung besteht seit je. Die Sozialpartner haben nun einen Kompromiss gefunden, wie auf diese Pflicht verzichtet werden kann beziehungsweise wie diese vereinfacht wird.

Es sieht danach aus, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) einseitig Gewerkschaftsinteressen nachgibt.

Das Selbstverständnis des Seco ist das eines neutralen Vermittlers. Es ist ja gerade das Wesen der Sozialpartnerschaft, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber untereinander gute Lösungen finden, damit der Staat nicht eingreifen muss.

Im Gegensatz zu anderen Märkten gibt es im Arbeitsmarkt keine Wettbewerbskommission (Weko), die einschreitet, wenn es zu wenig Wettbewerb gibt.

Es gibt durchaus so etwas wie eine aussenstehende Weko, nämlich die internationalen Vergleiche zur Arbeitsmarktregulierung. Die OECD attestiert der Schweiz immer noch einen liberalen und verhältnismässig schlank regulierten Arbeitsmarkt.

Die Verhandlungen mit Griechenland sind das Top-Thema an den Finanzmärkten. Rechnen Sie mit einem «Grexit»?

Persönlich gehe ich davon aus, dass ein Kompromiss weiter möglich ist. Den grossen Durchbruch im Sinne einer langfristigen, nachhaltigen Lösung im Rahmen einer stabilen Währungsunion werden wir aber so schnell nicht sehen.

Was würde bei einem Griechenland-Schock mit der Schweizer Wirtschaft passieren?

Es ist zu vermuten, dass es weiteren Aufwertungsdruck gäbe. Wie stark, ist schwer abzuschätzen. Es würde davon abhängen, was genau passiert: Tritt Griechenland aus der Währungsunion aus? Wie würde ein solcher «Grexit» abgewickelt?

Könnten die Verwerfungen ein Ausmass erreichen, in dem die Nationalbank alleine nicht mehr Herrin der Lage ist und die Politik beispielsweise Kapitalverkehrskontrollen anordnen muss?

Kapitalverkehrskontrollen sind das alleräusserste Mittel im Arsenal geldpolitischer Massnahmen. Darüber kann ich nicht spekulieren.



«Entlastung von bürokratischem Ballast»: Ökonom Scheidegger, stellvertretender Seco-Direktor.

Zudem geht das Schreckgespenst einer Deindustrialisierung um. Muss man nicht damit leben, dass diese vor sich geht?

Seit den 1960er Jahren gibt es eine fortschreitende Verschiebung vom klassischen zweiten Industriesektor in den dritten Sektor, also den Dienstleistungssektor. Anfang der sechziger Jahre war jeder zweite Erwerbstätige in der Industrie tätig. Heute ist es noch ungefähr jeder fünfte. Dieses weltweite Phänomen geht zurück auf den technischen Fortschritt, die veränderten Bedürfnisse einer Dienstleistungsgesellschaft und die Entwicklungen im Kommunikations- oder Gesundheitswesen.

Also kein Grund zur Sorge?

Heute stellt sich die Frage: Ist die Frankenaufwertung derart massiv, dass der bisherige Strukturwandel überschießt und in einer Art und Weise forciert wird, welche industrielle Aktivitäten zum Verschwinden bringt, die ohne die extreme Wechselkursentwicklung noch eine gute Zukunft gehabt hätten? Entscheidend ist, ob sich das Wechselkursgefüge wieder einpendelt, was man aus ökonomischer Sicht innert Jahresfrist erwarten darf. Sollte sich der Franken über längere Zeit nicht deutlich abschwächen, wird die Herausforderung für viele Firmen gross bleiben.

Einige der am meisten herausgeforderten Branchen sind energieintensiv. Diese werden die Rechnung für die Energiewende zahlen müssen. Sollte das Projekt nicht auf die lange Bank geschoben werden, bis die Industrie sich stabilisiert hat?

Das ganze Paket Energiestrategie 2050 ist jetzt beim Parlament. Da kann der Bundesrat nicht mehr aktiv intervenieren. Es ist sicher eines der wichtigen Dossiers, das seit dem 15. Januar unter einem anderen Licht beurteilt werden muss. Im Parlament nimmt das Bewusstsein zu, dass man in der Energiepolitik die langfristige Perspektive für den Standort Schweiz jetzt erst recht nicht aus den Augen verlieren darf.

Gibt es noch weitere kritische Dossiers?

Aus Sicht der Exportwirtschaft einen noch höheren Stellenwert haben die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative respektive die Aufrechterhaltung der bilateralen Abkommen mit der EU.

Was unternimmt das Seco konkret?

Im Herbst präsentieren wir das Massnahmenpaket zur Wachstumspolitik 2016–2019. Mit den Departementen untersuchen wir derzeit, wie in der Schweiz die Arbeitsproduktivität als Treiber des Wachstums erhöht werden kann. Ein zweiter Fokus ist die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaft gegenüber Krisen, wie etwa der aktuellen Frankenkrise. Ein dritter Themenbereich sind gute ökonomische Ansätze, um die Nebenwirkungen des Wirtschaftswachstums abzumildern. Ein solches Paket muss angesichts der Frankenstärke ambitiös sein. Die Politik muss jetzt erst recht an den langfristigen Rahmenbedingungen arbeiten.

Wie sieht die ideale Wirtschaftsstruktur aus Sicht des Seco-Chefökonom aus?

In einer Marktwirtschaft ergibt sich diese aus der Wettbewerbsfähigkeit und den komparativen Vorteilen der nationalen Volkswirtschaft. Es ist daher wichtig, dass man sich dem internationalen Wettbewerbsdruck stellt und diesen sogar sucht. Das stachelt zu Innovation und effizientem Einsatz der knappen Ressourcen an. Langfristig ist es kein Nachteil, wenn sich die Schweiz durch den Währungsdruck auf wertschöpfungsintensive Aktivitäten spezialisieren muss. Darum bleibe ich optimistisch, dass die Wirtschaft aus dem harten Anpassungsprozess gestärkt hervorgeht.

Hätte das Seco in den letzten zwei Jahren offensiver für Liberalisierungen Partei ergreifen müssen?

Im Hintergrund kämpfen wir beherzt für eine liberale und offene Wirtschaftspolitik. Dass wir damit nicht immer durchdringen, gehört zum Wesen der Politik.

Also wäre die Schweizer Wirtschaftspolitik ohne das Seco noch weniger liberal?

Davon bin ich überzeugt. ○

Vierzig Jahre Training

Von Beat Gygi — Die Schweizer Exporteure leiden unter dem starken Franken. Aber sie wissen, dass ihnen das eigentlich guttut.

Die Maschinen in der Fabrikhalle stehen in einer Reihe, sie stanzen, schneiden und biegen kleine Teile für Motoren und Autotüren – jede nach ihrer Spezialisierung, und an jeder steht der Spezialist, der die Maschine bedient. Der Chef erklärt beim Firmenrundgang die Teile, und man kann sich knapp vorstellen, welche Funktion die Stahlhülsen dereinst im Auto erfüllen werden. Die Maschinen sehen gepflegt aus, und die Spezialisten machen einen motivierten Eindruck, aber es ist offen, wie lange diese Produktion noch laufen wird.

«Seit der Aufhebung der Kursuntergrenze verdienen wir da nicht mehr viel», hatte der Chef bei der Vorstellung der Firma durchblicken lassen. Die Produktion war vor sechs Jahren bei einem Euro-Franken-Wechselkurs von 1.50 gestartet, damals hatte der Preis zu den Kosten gepasst. Dann war der Euro-Kurs 2011 auf 1.20 abgesackt und liegt seit Mitte Januar nun bei etwas über 1.00. Heute müssen die gleichen Teile also ein Drittel billiger nach Deutschland geliefert werden als früher, denn der Kunde bezahlt ja weiterhin in Euro. Sonst geht der Auftrag verloren, der Schweizer Lieferant opfert also seine Marge, um im Geschäft zu bleiben. Laut der Schweizer Maschinenbranche sind die Bestellungen aus dem Ausland im ersten Quartal um zwanzig Prozent zurückgegangen, das entspricht gut dem Kursverlust.

Das könnte der Anfang eines langen Niedergangs und des Ausblutens einer Branche sein – aber in der Schweizer Wirtschaft gilt das nicht. Was unternimmt obiger Firmenchef? Mehr Rohmaterialien im Euro-Raum einkaufen geht nicht, schon heute kommt alles aus dem Ausland. Die Produktion nach Tschechien verlagern? Das wäre schwierig, denn viele Produkte und Prozesse sind zertifiziert, das müsste man im Ausland alles wieder teuer durchspielen.

Nein, die Lösung sieht er in seinem Fall in der Automatisierung der Schweizer Fabrik; Roboter senken die Arbeitskosten. Viele andere haben die in Franken angefallenen Kosten durch die Verlagerung eines Teils ins Ausland verringert. Oft gelang die Entwicklung neuer Produkte, die der Kunde stärker honorierte. Die Branchen Pharma, Chemie und Uhren haben sich auf Spezialitäten konzentriert, bei denen die Preise nicht das zentrale Thema sind; sie sind heute die Exportschwergewichte. Es gibt in der Schweiz Chip- und Sensorhersteller, die vor zwanzig Jahren noch nicht existierten und heute an der Weltmarktspitze sind. Dies tönt alles einfach, es bedeutet aber einen Dauerstress für die Firmen.

Diesen Stress gibt es seit Jahrzehnten. Die Schweizer Unternehmen leben seit 1970 mit einem fast stetig stärker werdenden Franken. Die Grafik zeigt, welch gewaltige Entwertung

der US-Dollar seit den siebziger Jahren durchgemacht hat; 1972 musste man noch fast vier Franken für einen Dollar bezahlen, heute ist dieser keinen Franken mehr wert. Besonders eng war die Beziehung der Schweizer jeweils zur D-Mark. In den siebziger Jahren musste man Fr. 1.20 dafür bezahlen, am Ende ihrer Karriere, als sie durch den Euro beseitigt worden war, galt sie noch achtzig Rappen. Die hiesigen Firmen haben die Aufwertung des Frankens meist gut bewältigt – ausser als die Mark gegen Ende der siebziger Jahre so rasch an Wert verlor, dass die Nationalbank signalisierte, bei etwa achtzig Rappen sei die untere Grenze erreicht. Diese Grenze hielt, weil die D-Mark eine Hartwährung war.

Wellness-Phase und Ernüchterung

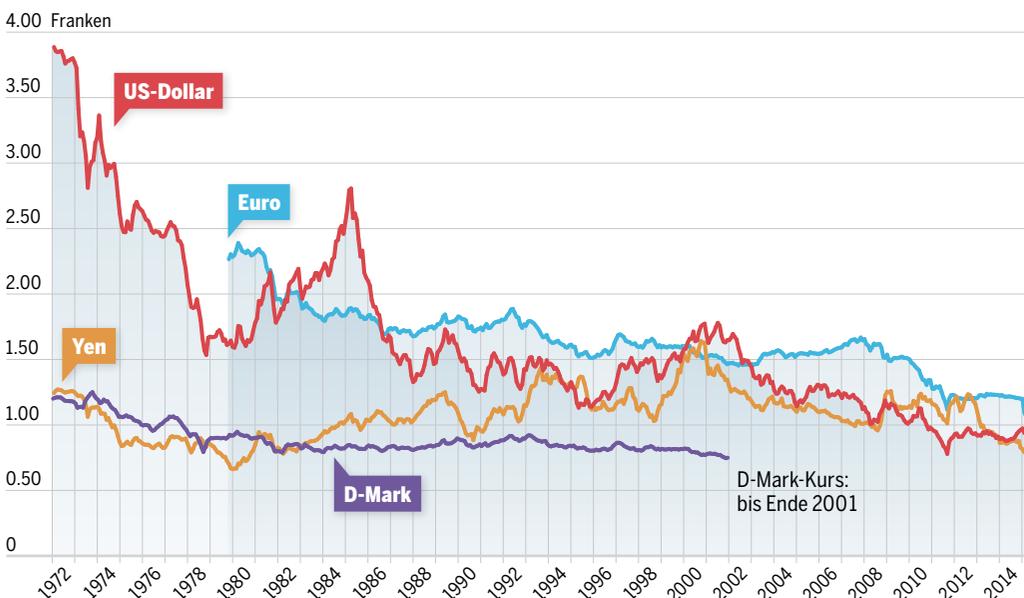
Und die ersten zehn Jahre des Euro-Regimes brachten dann sogar eine vorübergehende Umkehr. In der Euro-Zone herrschte damals Euphorie, weil allgemein die Auffassung dominierte, deutsche Solidität und Bonität gälten für den ganzen Kontinent. Der Wertgewinn des Euro brachte auch Schweizer Exporteuren nach dem Stress eine vorübergehende Wellness-Phase.

Dann kam die Ernüchterung. Es wurde klar, dass die Währungsunion nur eine Scheinsolidität dargestellt hatte, der Euro wurde ab 2010 zur Weichwährung. Die Einschätzung, dass die Währungsunion eine Fehlkonstruktion ist, die zu gigantischen Fehlinvestitionen, Verschwendung und aufgeblähten Staatsapparaten geführt hat und die Wirtschaft untergräbt, spiegelte sich auch im Wechselkurs. Wie viel besser es der Schweiz geht, zeigt sich etwa bei der Arbeitslosenquote: drei Prozent gegen zehn Prozent ergeben einen grellen Kontrast, und die Arbeitszeiten sind in der Schweiz erst noch länger als anderswo. Dass die Schweiz in Ranglisten der Wettbewerbsfähigkeit wie auch der Wirtschaftsfreiheit oft an der Spitze ist, passt ins Bild. Und dazu passt eben auch der harte Franken.

Aber die Währung ist auch ein Spiegel der Geldpolitik. Die grossen Notenbanken der Welt liefern sich seit Jahrzehnten eine Art Abwertungswettlauf: Jede will die eigene Wirtschaft durch lockere Geldpolitik und damit niedrige Wechselkurse in einen Vorteil versetzen. Wenn die Grossen so spielen, steht die kleine Schweiz vor der Frage: mitmachen oder nicht? Die Nationalbank war und ist nicht voll dabei, sie hat praktisch immer dafür gesorgt, dass die Inflation in der Schweiz geringer war als in den meisten andern Währungsräumen. Das treibt den Frankenwert langfristig nach oben und lockt Investoren an, die sichere Anlagen suchen und auf weitere Aufwertungen hoffen. Der Chef der Metallfirma wird sich wohl kaum mit ihnen anfreunden, auch wenn er sieht, dass eine starke Währung ihm letztlich guttut.

Die anderen werden immer schwächer

Aufwertung des Frankens seit 1972 gegenüber D-Mark/Euro, US-Dollar und Yen



QUELLE: SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK

Stress seit Jahrzehnten: Währung als Spiegel der Geldpolitik.

Ende eines Sonderfalls

Von Florian Schwab — Vom Bankkundengeheimnis bis zum freien Bargeld: Die Schweiz gibt reihenweise Alleinstellungsmerkmale ihres Finanzplatzes auf. Nur die Nationalbank bleibt eigensinnig.



Das letzte Pfund: harter Franken.

Für die Vermögensverwaltung ausserhalb der eigenen Landesgrenze gab es bis vor kurzem einen unangefochtenen Weltmarktführer. Europäer, Asiaten und Amerikaner trugen ihr Vermögen in die Schweiz. Die starke Stellung im sogenannten Cross-Border- oder Offshore-Geschäft füllte jahrzehntelang die Kassen. Mehr als ein Drittel aller ausserhalb des eigenen Landes verwalteten Privatvermögen lagerte bis vor zehn Jahren in Helvetien. Noch im Jahr 2009 wies eine Studie der Unternehmensberatung Boston Consulting Group dem Schweizer Finanzplatz einen Anteil von 28 Prozent am grenzüberschreitend verwalteten Vermögen aus. Dieselbe Quelle vermeldete vor einer Woche den neuen Tiefpunkt: 25 Prozent. Relativ zu anderen Finanzzentren geht es also abwärts. Die Schweiz ist nicht mehr der unangefochtene Tresor der Wohlhabenden.

Alles andere wäre erstaunlich. Immerhin ist der Finanzplatz Schweiz seit Ende der 1990er Jahre einem Trommelfeuer ausgesetzt: nachrichtenlose Vermögen, Steuerstreitigkeiten mit den USA, Deutschland und Frankreich, Milliardenbussen, gestohlene CDs mit sensiblen Kundendaten, die älteste Privatbank des Landes, die Bank Wegelin, im Orkus der Geschichte.

Die Welt ist gefährlich geworden für helvetische Finanzinstitute. Nicht mehr aktuell ist deshalb auch das Modell der persönlich haftenden

den Gesellschafter – einst der Stolz der ganzen Zunft. Heute überführen die ehemals haftenden Partner ihre Banken lieber in weniger verhängliche Organisationsformen.

Der diskrete Privatbankier, der in Zürich, Genf und Lugano still auf Kundschaft wartet und keine Fragen nach den Steuern stellt, ist schon bald Vergangenheit. Geht es nach dem Finanzdepartement, so soll nicht nur der automatische Informationsaustausch (AIA) den Zugriff der OECD-Staaten auf das hier liegende Vermögen erleichtern, sondern es sollen die Banken zudem mit «erhöhten Sorgfaltspflichten» den steuerlichen Status sämtlicher ausländischer Kunden ausforschen müssen. Von Simbabwe bis Vanuatu.

Bewusste Kollateralschäden

Fast die ganze Finanzbranche hält es mittlerweile mit Hans J. Bär, dem 2011 verstorbenen Doyen der Privatbank Julius Bär: Das Bankgeheimnis habe den Berufsstand «fett und impotent» gemacht. In einer Welt ohne Bankkundengeheimnis könne die Schweiz ihre Stärken erst recht ausspielen. Die derzeit laufenden Anpassungsprozesse seien zwar schmerzhaft, aber es gehe doch darum, einen erfolgreichen und zukunftsfähigen Finanzplatz auf den Grundlagen der Steuerehrlichkeit neu zu errichten.

Zusammen mit der Abschaffung des Bankkundengeheimnisses für Ausländer möchten die Finanzministerin und ihre Amtskollegen auf Kantonsebene am liebsten auch den automatischen Informationsaustausch für Inländer, also zwischen Banken und Schweizer Steuerämtern, einführen. Die letzte Sicherungsmassnahme dagegen, die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» von Thomas Matter, wird sogar von der Bankiervereinigung bekämpft.

Gleichzeitig wird weiter reguliert, was das Zeug hält: Im Gleichschritt mit der internationalen Entwicklung schränkt die Schweiz das Barzahlungen ein. Die Grenze liegt derzeit noch bei 100 000 Franken; einmal eingeführt, kann sie aber bei Bedarf beliebig nach unten angepasst werden. Aus der EU-Finanzdienstleistungsrichtlinie Mifid 2 hat das Finanzdepartement das Schweizer Finanzdienstleistungsgesetz Fidleg abgeschrieben, das von einem Finanzinstitutsgesetz (Finig) und einem Finanzmarktinfrastrukturgesetz (Finfrag) flankiert wird. Was hier unter dem Begriff «Kundenschutz» verkauft wird, ist eigentlich die Aushebelung der privatrechtlichen Vertragsfreiheit zwischen Kunden und Bank durch detaillierte staatliche Vorschriften. All dies in der vagen Hoffnung, die EU möge die «Gleichwertigkeit» erkennen und Schweizer Anbietern Marktzutritt gewähren.

Als Kollateralschaden nimmt man in Kauf, dass der gewerbliche Finanzsektor, also die kleinen Banken, die unabhängigen Vermögensverwalter oder Treuhänder, massiv geschwächt werden und dass somit ein weiterer Erfolgspfeiler des Finanzplatzes verkümmert.

Das Gleichmachen von Schweizer Finanzplatz und Ausland folgt vor allem der industriellen Logik der Grossbanken. Für sie ist es teuer und unergiebig, Schweizer Extrawürste zu braten. Da sie auch längst in den aufstrebenden Zentren der Vermögensverwaltung etabliert sind, also in den USA, Singapur und Hongkong, ficht es sie nicht an, wenn ihre dortigen Kunden das Geld nicht in Zürich buchen lassen, sondern vor Ort.

Sicher, auch die USA und die südostasiatischen Finanzzentren haben den automatischen Informationsaustausch unterschrieben. Doch die USA haben sich eine Sonderregelung ausbedungen, die den AIA weitgehend umgeht. Singapur kann der AIA egal sein, weil seine Kunden eher aus Staaten kommen, die von der OECD noch nicht ins AIA-Regime gezwungen wurden. Die frühere Forderung unserer Schweizer Verhandlungsführer nach «gleich langen Spiesen» ist ungehört verhallt. Selbst im Parlament kräht kein Hahn mehr danach.

So gesehen ist der beinharte Franken das letzte ursprünglich Schweizerische auf dem Finanzplatz. In Zeiten staatlich organisierter Vermögensvernichtung und finanzieller Repression ist dies ein Pfund, mit dem es sich wuchern lässt.



Relikt aus den sechziger Jahren: So soll der Innovationspark in Dübendorf einmal aussehen.

Politik

Ein Fall von Cron-Wirtschaft

Von Alex Baur — Hinter dem milliardenschweren Projekt Innovationspark steht eine unheimliche Allianz von Immobilienspekulanten, Planwirtschaftlern und Subventionsjägern. Geführt wird die Seilschaft neuerdings vom illustren Netzwerker Raymond Cron.

Ob auch über die Fliegerei gesprochen worden sei, wollte Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH) anlässlich der Beratung zur Vorlage «Nationaler Innovationspark» im Parlament vor zwei Wochen wissen. «Nein», erwiderte Fathi Derder (FDP/VD) im Namen der Kommission knapp, «wir sprechen heute von Innovationspolitik, von nichts anderem.» Der Erfindergeist, so der parteiübergreifende Konsens im Bundeshaus, sei das wichtigste Kapital der Schweiz. Und der soll nun auch noch mit staatlicher Hilfe gefördert werden.

Nun erschöpft sich der Erfindergeist des Staates in der Regel im Austüfteln neuer Regulierungen und Abgaben, die echten Erfindern tendenziell im Wege stehen. Wenn der Staat Innovation fördern will, geschieht dies über finanzielle Entlastung und Deregulierung. Doch darüber wurde im Parlament höchstens beiläufig gesprochen. Eine Bürgschaft des Bundes über 350 Millionen Franken für den Innovationspark, so belehrte Christian Wasserfallen (FDP/BE) die störrische SVP-Fraktion – sie stellte sich wieder mal als einzige quer –, sei eben keine Subvention.

Nun könnte man lange über den Unterschied zwischen Fördergeld und Bürgschaft sinnieren. Doch das lenkt vom wahren Kern ab. Die dicke Subvention liegt versteckt in einer 71 Hektaren grossen Wiese auf dem Gelände des bisherigen Militärflugplatzes von Dübendorf, die dem Verein Swiss Innovation Park im Bau-recht abgetreten wird. Der Clou: Der Verein muss den Zins nicht etwa dem Bund zahlen, sondern an sich selber, zwecks Förderung neuer Projekte. Doch darüber wurde im Bundeshaus so wenig debattiert wie über die Fliegerei. Obwohl gerade hier die Crux der Vorlage liegt.

«Kontaktbörse für Erfinder»

Das aviatische Problem wurde in diesem Blatt schon dargelegt (*Weltwoche* Nr. 13/15, «Ideologische Immissionen»). Der just am Pistenkopf geplante Innovationspark verträgt sich schlecht mit dem geplanten Business-Flugplatz, der für den Wirtschaftsraum Zürich von vitaler Bedeutung ist. Eine aviatische Alternative zu Dübendorf gibt es nicht. Doch «die letzte grosse Landreserve in Zentrumsnähe» (Zürcher Baudirektion) beschert Politikern, Architekten, Städ-

teplanern und Baulöwen nicht nur feuchte Träume, sie hat auch ihren Preis. Und der ist fast unbezahlbar.

In Anbetracht der Lage (Nähe zu Flughafen/City, Anschluss Autobahn/S-Bahn) und der vorgesehenen Ausnutzung (20 bis 25 Meter hohe Bauten, 80 Meter für ein Hochhaus) ist die grüne Wiese in Dübendorf vergleichbar mit dem Glattpark in Opfikon. Die Bodenpreise lagen dort vor fünf Jahren zwischen 1500 Franken (Bauland) und 3000 Franken (Dienstleistung) pro Quadratmeter. Rechnet man einen Wert von 2000 Franken pro Quadratmeter (Mischzone) auf 71 Hektaren hoch, kommt man auf eine Grössenordnung von 1,4 Milliarden Franken. Selbst wenn gemäss Gestaltungsplan rund ein Drittel für Strassen und Grünflächen wegfällt, bleibt immer noch ein Milliardenbetrag, den der Verein Swiss Innovation Park gratis und franko bewirtschaften kann.

Ob die «Kontaktbörse für Erfinder», welche die NZZ kampagnenmässig lobpreist, dem Innovationsgeist wirklich bekommt, erscheint mehr als fraglich. Abgesehen davon, dass wirtschaftlich erfolgreiche Tüftler den Kontakt zu Konkurrenten eher meiden, macht die mo-

derne Kommunikation derartige Megazentren obsolet. Die auf die grüne Wiese hinbetonierte Retortenstadt ist ein mannigfach gescheitertes, planwirtschaftliches Relikt aus den sechziger Jahren. Mit der Innovation ist es wie mit der Kunst: Sie findet dort statt, wo sie begehrt wird – und selten dort, wo Politiker, Volkserzieher und Planer sie gerne hätten. Organisch gewachsene Strukturen passen sich automatisch den Bedürfnissen an und bieten Erfindern ein ungleich besseres Umfeld.

Auf Kosten der Wissenschaftlichkeit

Bis anhin galt in der Schweiz eine bewährte Trennung: Der Staat fördert und finanziert die Bildung und die Grundlagenforschung, doch die Anwendung in der Praxis überlässt er der Wirtschaft. Die Zusammenarbeit von Forschung und Industrie ist natürlich erwünscht, doch Staat und Politik haben hier nichts zu suchen. Wenn nach ideologischen und politischen Kriterien geforscht wird, geht dies immer auf Kosten der Wissenschaftlichkeit und der Wirtschaftlichkeit.

Die starke Präsenz von linken und grünen Politikern im Vereinsvorstand von Swiss Innovation Park passt zur planwirtschaftlichen Grundausrichtung. Es ist auch kein Zufall, dass die Energiewender von Swissecleantech um Nick Beglinger zu den lautesten Promotoren des Projektes gehören. Beglinger schwärmte einst von einer Co-kompensierten Designerstadt nach dem Muster von Masdar City. Nach dem grandiosen Scheitern des Vorzeigeprojekts in Abu Dhabi redet zwar keiner mehr von «Abu Dübi». Doch es ist klar: Das politisch induzierte Projekt ist massgeschneidert auf die rot-grüne Erfinderszene, die im Schönreden von Subventionen (*kostendeckende Einspeisevergütung*), Filz (*Netzwerk*) und Planwirtschaft (*Lenkungsabgaben*) eine veritable Meisterschaft entwickelt hat.



Innovationspark-Chef Raymond Cron.

Eher kurios mutet auf den ersten Blick die starke Präsenz von Raron und Turtmann (je ein Vertreter von Bürgergemeinde und politischer Gemeinde) aus dem Oberwallis im Stiftungsrat des Innovationsparkes an. Des Rätsels Lösung: Auch in den Bergen gibt es alte Armeeflugplätze, die nun filetiert werden sollen. Die Walliser erklären wenigstens unverblümt, wovon es geht. Erst kürzlich forderte die CVP-Fraktion die Kantonsregierung in Sitten auf, «sich aktiv hinter den Swiss Innovation Park in Raron/Turtmann zu stellen und damit zu verhindern, dass die Fördergelder des Bundes und die Abtretung von Bundesböden am Kanton Wallis vorbeigehen». Das Postulat wurde im Parlament mit grossem Mehr angenommen.

Die unappetitliche Allianz zwischen Subventionsjägern und Planwirtschaftlern, Betonlobby und Bodenspekulanten findet ihre perfekte Inkarnation in der Person des kürzlich ernannten neuen Geschäftsführers von Swiss Innovation Park: Raymond Cron. Als Sprössling eines Basler Baumeisters, dessen Unternehmen später in der Batigroup auf-

ging, hat er den Mörtel quasi im Fleisch. Politisch verdiente sich der Bauingenieur seine Sporen bei der CVP ab, sein grosser Förderer war jedoch Georges Theiler (FDP). Crons weitverzweigtes Netzwerk reicht von den Rotariern über die Armee (Oberst im Generalstab) bis zum Arbeitgeberverband, dem er einst vorstand, an der Seite seines langjährigen Compagnons, des heutigen Wirtschaftsministers Johann Schneider-Ammann (FDP).

Seinen wichtigsten Karrieresprung verdankt Raymond Cron einem Genossen: 2004 ernannte ihn Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) zum Chef des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (Bazl). Daraus auf eine Affinität für die Fliegerei zu schliessen, wäre indes voreilig. Unter Crons vierjähriger Regentschaft wuchs das Bazl zu einem bürokratischen Apparat heran, in dem anstelle der Aviatiker die Advokaten den Ton angaben. Cron regulierte und behinderte die Fliegerei, wo er nur konnte.

Kaum im Amt, wurde Cron indes von einer Korruptionsaffäre eingeholt, die auf seine Führungsfunktion bei der Batigroup zurückging. Wie die Strafuntersuchung zeigte, hatte er schwarze Konten beim Baukonzern einrichten lassen, über die er heimlich eine Reihe von Günstlingen reich beschenkte. Wegen Veruntreuung und Urkundenfälschung wurde Cron 2007 zu 260 Tagessätzen bedingt verurteilt. Ein Jahr später verliess er das Bazl und heuerte, nach einem Intermezzo bei Samih Sawiris, beim Bauriesen Allreal an.

In jüngerer Zeit wurde Cron des Öfters in der Umwelt-Arena in Spreitenbach gesichtet und abgelichtet, an der Seite von Energiewendern wie Walter Steinmann (SP, Bundesamt für Energie), André Borschberg («Solar Impulse») oder etwa Nationalräten wie Bastien Girod (Grüne), Eric Nussbaumer (SP) und Ruedi Noser (FDP). Die perfekte Seilschaft für das Milliardenunternehmen Swiss Innovation Park. ○

bb businessbroker

Erfolgreich in die Zukunft

Business Broker AG
Florastrasse 44 CH-8008 Zürich
T +41 (0)44 420 11 11 info@businessbroker.ch

	Umsatz:	Preis:
Ingenieurbüro im Bereich Förder- und Transportanlagen	CHF 650'000.-	CHF 250'000.-
Spezialist für Veredelungen im Druckbereich	CHF 8'000'000.-	CHF 4'700'000.-
Etablierter und bekannter Pizza-Lieferdienst	CHF 930'000.-	CHF 220'000.-
High-End Video-Produktionsfirma im Medizinalbereich	CHF 157'000.-	CHF 350'000.-
Fachverlag mit breiter und treuer Leserschaft	CHF 230'000.-	CHF 150'000.-
Spezialist für Eventdekorationen und Messegestaltung	CHF 1'200'000.-	CHF 1'250'000.-
Marktführender Grosshändler von medizintechn. Produkten	CHF 600'000.-	CHF 1'000'000.-
Traditionsreiche Druckerei mit breitem Dienstleistungsspektrum	CHF 1'900'000.-	CHF 750'000.-
Österreichischer Hersteller von biologischer Rosenkosmetik	100% biologisch	CHF 500'000.-
Langjährige Autogarage an gut frequentiertem Standort	CHF 950'000.-	CHF 430'000.-
Spezialist für gesunde Schuhe und Orthopädietechnik	CHF 880'000.-	CHF 355'000.-
Verarbeiter von hochwertigen, asiatischen Lebensmitteln	CHF 3'200'000.-	CHF 2'950'000.-

www.businessbroker.ch

Chefsache

Von Henryk M. Broder — Masst sich Angela Merkel im Fall Athen zu viel an?



Angela Merkel sieht nicht gut aus in diesen Tagen. Die Mundwinkel hängen noch tiefer als sonst, und das «Mutti»-Lächeln, mit dem sie Freund und Feind verzauberte, ist

auch weg. Kein Wunder, denn die Kanzlerin hetzt von Gipfel zu Gipfel. Sie hat sich nicht nur vorgenommen, das Klima zu retten, kurzfristig muss sie auch entscheiden, ob Griechenland in der Euro-Zone bleibt oder den Verbund verlässt. Keine leichte Entscheidung, denn sie hat sich längst festgelegt: «Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!» So kommt es, dass man in fast jedem Bericht zur Lage in Griechenland lesen und hören kann, die Kanzlerin habe die Angelegenheit «zur Chefsache» erklärt und «an sich gezogen». Schaut man aber in den Verträgen von Maastricht oder Lissabon nach, findet man dafür keine Grundlage, kein Wort, wonach der deutsche Kanzler beziehungsweise die deutsche Kanzlerin im Falle einer Krise die Steuer übernehmen sollte. Haben wir es mit einem Fall von kalter Amtsanmassung oder überbordender Fürsorge zu tun?

Weder noch, sagt der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert. Die europäischen Verträge räumten «keinem der Staats- und Regierungschefs eine herausgehobene Rolle oder eine besondere Zuständigkeit ein», das gelte «selbstverständlich auch im Falle Griechenland». Er könne es weder beeinflussen noch verhindern, «dass Journalisten immer wieder von «an sich gezogen» und «Chefsache» schreiben» würden. Allerdings: «Als Vertreterin eines wichtigen Euro-Landes hat die Bundeskanzlerin zahlreiche Gespräche mit Ministerpräsident Tsipras geführt, häufig gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten.»

Also, ein wenig hat die Kanzlerin die Sache doch «an sich gezogen», allerdings war sie mit dem griechischen Ministerpräsidenten nie allein im Raum, häufig war auch der französische Staatspräsident dabei, wenn auch meistens schweigend, als ob ihm klar wäre, dass er nur anstandshalber mitgenommen wurde. Nun, da sich das Griechenland-Drama dem Grande Finale nähert, rückt die Kanzlerin wieder stärker in den Fokus. Sie habe das «Krisenmanagement an sich gezogen», hiess es noch letzten Montag in den «Tagesthemen».

Was nun, Herr Seibert?

Hochpreisinsel der Glückseligen

Von Silvio Borner — Die Politik hat es auf das Preisschild des Nivea-Shampoos abgesehen. Dabei sind die hohen Preise in der Schweiz vor allem politisch verursacht.

Konsumentenschützer, die Migros und Politiker verschiedenster Couleur wollen das Kartellgesetz ändern, um das sogenannte «Nivea-Problem» zu lösen, das offenbar die Schweiz existenziell bedroht. Es geht um die überhöhten Importpreise, primär von Markenartikeln. Dabei ist das hohe Preisniveau in der Schweiz politisch gewollt, die «Hochpreisinsel» somit eine «eingebildete Krankheit».

Wenn wir auf die Schweiz blicken, sehen wir zuerst eine Wohlstands- und Glücksinsel, die allerdings nicht gottgegeben ist, sondern nur durch marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen bestehen bleibt. Hinter der Wohlstandsinsel verbirgt sich nämlich auch eine Lohninsel, die wir mit hohem Aufwand verteidigen: mit flankierenden Massnahmen gegen angebliches Lohndumping (159 000 Fälle wurden letztes Jahr behördlich untersucht). Wenn die Löhne den Löwenanteil des Volkseinkommens ausmachen, dann muss auch ein enger Bezug zwischen Lohn- und Preisniveau bestehen. Wie kommen nun die hohen Konsumentenpreise zustande?

1 — Leicht erklärbar ist dies bei Agrarprodukten und Lebensmitteln. Der Grund ist der extreme Protektionismus der Landwirtschaft (Fleisch, Milchprodukte etc.). Wenn wir diese Schutzinsel abbauen wollen, müssen wir zum umfassenden Freihandel übergehen und den Agrarsektor dem Wettbewerb aussetzen. Aber offensichtlich marschiert die Politik genau in die entgegengesetzte Richtung.

2 — Diverse Leistungen werden in der Schweiz von staatlichen Monopolen oder stark regulierten halbstaatlichen Anbietern erbracht, etwa in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Post, Energie, Radio und TV und im Gesundheitswesen. Hier haben wir keinen wirksamen Wettbewerb, sondern diffusen Service public. Die staatlich regulierten Preise in diesem Bereich werden vom Preisüberwacher kontrolliert. Weil er dabei aber von der gegebenen Kostenstruktur ausgeht («cost-plus»), ist dies kontraproduktiv. Es entstehen Anreize für Verschwendung und Überversorgung. Der Ansatz für eine Heilung wäre hier Liberalisierung, also Marktöffnung und Entstaatlichung/Privatisierung.

3 — Ein dritter Grund sind nichthandelbare und arbeitsintensive Dienstleistungen, für die es lokale Märkte, aber kaum internationale Konkurrenz gibt. Weil auch diese Sektoren wie Coiffeurgeschäfte, Restaurants et cetera ihr Personal auf dem inländischen Arbeitsmarkt beschaffen, müssen sie Löhne zahlen, welche durch hochproduktive Exportbranchen bestimmt werden. Deshalb zahlt man in Basel fünfzig Schweizer Franken für einen Haarschnitt, im Elsass jedoch weniger als die Hälfte. Die Leistung ist identisch, die Technologie ebenso und sogar die Nationalität der Coiffeusen. Hier könnte man durch ein Abkommen über die Dienstleistungsfreiheit mit der EU oder die Erhaltung der Personenfreizügigkeit eine gewisse Abhilfe schaffen. Ein Teil der höheren Preise ist aber gesellschaftlich erwünscht, weil man keine «Hungerlöhne» akzeptieren will. Das ist widersprüchlich: Bei den Importgütern wollen wir die Preise auf

das ausländische Niveau hinunter-, aber bei den Löhnen der Einwanderer auf unser Niveau hinaufdrücken.

4 — Ein vierter und rein schweizerischer Grund liegt im schwachen Preiswettbewerb im Detailhandel. Coop und Migros bilden eine Art «Kuschel-Duopol», das wohl keine formellen Abreden

trifft, aber der Preiskonkurrenz im Vergleich zum Ausland ausweicht. Man schaue sich nur mal die TV-Werbung an (Bauernromantik in extremis)! Solche horizontal und vertikal verflochtenen Konglomerate brauchen hohe Margen und könnten im freien Wettbewerb nicht überleben. Beide sind denn auch bei allen Auslandsexperimenten kläglich gescheitert. Meine amerikanischen Kollegen schütteln nach jedem Rundgang oder einem Blick auf deren Strukturdiagramme nur ungläubig den Kopf!

5 — Der überbewertete Schweizer Franken führt schliesslich zu einer Kaufkraftillusion. Indem der Wechselkurs die Kaufkraftparität um etwa zwanzig Prozent abhängt, können wir im Ausland eigentlich zu billig einkaufen. Die Auslandspreise empfinden wir dementsprechend im Vergleich zu Deutschen oder Franzosen als tiefer. Andererseits erscheinen uns dann unsere eigenen Schweizer Preise als zu hoch, selbst wenn Niveau und Struktur eigentlich in Ordnung wären.



Durchwursteln ist keine Strategie

Von Hansrudolf Kamer — Die Euro-Zone kann Griechenland nicht bändigen und die EU sich nicht von ihrem historischen Materialismus lösen. So werden die fünf Jahre Erfolglosigkeit und Elend verlängert.



Unaufhaltsam treibt Griechenland der Staatspleite zu. Das ist das Resultat eines mehr als fünf Jahre dauernden Versuchs, das Land in der Euro-Zone zu halten. Es mag von den Lenkern der EU-

Staaten neues Geld erhalten oder nicht. Auch dieses würde bald im Fass ohne Boden verschwinden.

Das Schlagwort lautet: «Extend and pretend.» Neues Geld altem nachwerfen und behaupten, das nütze etwas. Das krampfhaft Bemühen der deutschen Regierung, Reformdruck aufrechtzuerhalten und auf die Zahlungstermine hin jeweils eine Krise zu inszenieren, ist keine Strategie. Strategie ist die Kunst, zwischen Wichtigem und weniger Wichtigem zu unterscheiden.

Man kann mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel argumentieren, dass ihr bisheriges Durchwursteln der Euro-Zone Zeit gekauft hat, um die wirtschaftlichen Folgen eines unabwendbaren Austritts Griechenlands zu mildern. Der dabei angerichtete Flurschaden – der Bruch des EU-Beistandsverbots, die Schuldenfalle, griechische Wohlstandsverluste und allgemeine Euro-Skepsis – ist mit Blick auf das höhere Ziel in Kauf zu nehmen.

Griechenland war zu Beginn des Kalten Krieges als frühes Bollwerk gegen sowjetischen Expansionismus im Westen verankert worden. Der Beitritt zur Nato diente diesem Ziel, die Mitgliedschaft in der EU ebenso. Die Aufnahme in den Euro-Verbund dagegen nicht. Sie war ein Fehler der damals neugewählten rot-grünen deutschen Regierung und des europapolitischen Machbarkeitsglaubens, der sich nach dem Kollaps der Sowjetunion breitgemacht hatte.

So taumelt die EU von Krise zu Krise. Und das ist für die Apologeten gut so, denn das sei notwendig, damit sie sich weiterentwickle. Doch die Weiterentwicklung soll immer im Sinne eines engeren Zusammenschlusses und nicht einer freiheitlichen Lockerung erfolgen. Prompt hat deshalb die neuste Runde im Griechenland-Poker neue zentralistische Vorschläge zur Reform der EU geboren.

Schwer zu glauben, aber alle diese Vorstöße – jene von Merkel und Hollande und jene der

Brüsseler Institutionen – sehen mehr Bürokratie und mehr Eingriffe in die Entscheidungsbefugnisse der Mitgliedstaaten vor. Alle sollen so ausgestaltet werden, dass sie als rein technische Massnahmen verkauft werden können und keine Vertragsänderungen mit Volksabstimmungen bedingen.

Griechenland ist auch ein Lehrstück, wie Demokratien zugrunde gerichtet werden, wenn sich die Wähler von Politikern verführen lassen, die ihnen nicht finanzierte Wohltaten versprechen. Die erst im Januar gewählte Linksregierung hat den geringen Spielraum bei den Staatsfinanzen verspielt, den ihre Vorgängerinnen mühsam erarbeitet hatten. Die Primärüberschüsse im Staatshaushalt sind verschwunden.

Wenn die üblichen Argumente, die für die «Rettung» Griechenlands verwendet werden, einbrechen, müssen andere herhalten. Ein noch höheres Ziel wird beschworen. Griechenland sei ein wichtiges Mitglied der Nato und müsse unter allen Umständen in der Allianz gehalten werden. Eine zusätzliche Schwachstelle – neben der Türkei – im Südosten Europas wäre fatal.

Doch selbst die griechische Linksregierung will in der Nato bleiben. Dank des schnellen und drastischen Rückgangs der griechischen Wirtschaftsleistung (minus 21 Prozent seit

2010) erfüllt Hellas sogar die Vorgabe der Nato, zwei Prozent davon für die Verteidigung auszugeben. Selbst die Sanktionen der EU gegen Russland trägt Ministerpräsident Tsipras mit. Sein jüngster Moskau-Besuch war nur eine Ansage im Pokerspiel mit Berlin.

Der russische Präsident Putin lässt sich nicht in die Falle locken. Er weiss selber, dass Griechenland ein Sanierungsfall ist und die russischen Wirtschaftsperspektiven auch schon besser waren. Im Kontrast zur EU sind seine strategischen Prioritäten klar: militärische Aufrüstung und Destabilisierung der Ukraine und wenn möglich Osteuropas. Geld für reale griechische Abenteuer hat er nicht.

Trübe Aussichten

Putins Gelassenheit kontrastiert mit amerikanischer Geschäftigkeit. Die Administration Obama hat die deutsche Regierung mehrmals wissen lassen, dass sie eine griechische Staatspleite aus weltwirtschaftlicher und geopolitischer Sicht für gefährlich halte. Doch Rezepte hat sie nicht. Die europäischen Probleme sind ihr längst entglitten; Amerikas Einfluss schwindet auch in Europa.

Die Europäische Union hat einst unter ganz andern Umständen ihre lange Reise angetreten – nämlich mit dem Versprechen, dass die schrittweise und unwiderrufliche Abgabe von staatlicher Souveränität an eine europäische Zentrale mit einem Gewinn an Wohlstand für alle abgegolten werde. Europa werde mehr sein als die Summe seiner Einzelteile.

Das ist, was Boris Johnson, der klassisch gebildete Bürgermeister von London, einen faustischen Pakt nennt. Nun fordert der Geist, der stets verneint, den ihm zustehenden Tribut. Trübe Aussichten für alle.



Faustischer Pakt: Ministerpräsident Tsipras, EU-Kommissionspräsident Juncker.

Jacqueline Badran zum Dritten

Von Christoph Mörgeli

Die Klatsche sass. Es war ein Zufallssieg. Noch immer hängen die Verantwortlichen unserer Medienmonopolanstalt SRG ziemlich benommen in den Seilen. Generaldirektor Roger de Weck ist angezählt. Statt sich angesichts der ohnehin sprudelnden Billag-Milliarden vornehm zurückzuhalten, stürzte sich der Aristokrat ins populistische Abstimmungsgetümmel. Jetzt steht der Intelligente dumm da. Eigentlich hätte SRG-Präsident Raymond Loretan den Kampf führen müssen. Doch der geschmeidige Christdemokrat zockt lieber im Gesundheitsfilm und bastelt an seiner Nationalratskarriere.

Nur SP-Präsident Christian Levrat und CVP-Präsident Christophe Darbellay feierten den Abstimmungsabend ausgelassen beim Weisswein: im SRG-Studio – und noch vor ihrem Fernsehauftritt vor der Nation. Die beiden Herren hatten gute Gründe für ihr Zechgelage. Die Existenz unseres allmächtigen Zwangsgebührenfernsehens tröstet SP und CVP darüber hinweg, dass diesen Linksparteien schon vor Jahren ihre Parteipresse vor die Hunde ging. Radio und Fernsehen SRF verkündeten ihre Botschaft besser.

Dabei ist es genau diese politische Einseitigkeit, die zum Debakel beigetragen hat. Unsere Staatsmedien bilden inhaltlich das Gegenteil ab von der nach wie vor real existenten Mitte-rechts-Mehrheit in diesem Land. Wer offen Sympathie für die Blocher-Schweiz hegt, würde vom System SRG in Kürze ausgespuckt. Unser «Echo der Zeit» unterscheidet sich nur in Nuancen von der früheren «Stimme der DDR». Linke Politiker werden von den SRG-Mitarbeitern wie selbstverständlich geduzt. Man kennt sich. Man umarmt sich. Man küsst sich.

SP-Nationalrätin Jacqueline Badran darf innert knapp dreier Monate dreimal in der Polit-sendung «Arena» gestikulieren. Für die SRG ist sie aus unerfindlichen Gründen Expertein bei den Themen starker Franken, Erbschaftssteuer, Service public. Ihrer Parteikollegin Jacqueline Fehr wurde während deren Regierungswahlkampf jedes erdenkliche SRG-Mikrofon hingestreckt. Trotz seines Ausrutschers in den Privatmedienbereich erbarmte sich das soziale Schweizer Fernsehen sogar Roger Schawinskis. Dabei hat dieser 2007 im *Tages-Anzeiger* verkündet: «Ich habe zum ersten Mal in meinem Leben nicht SP gewählt.» Dank seiner späten Karriere beim Staatsfernsehen hat er diesen einmaligen Fehltritt inzwischen wohl wieder korrigiert.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Rapid: Mehr Hilfe für Ritter

Von Peter Bodenmann — Warum es vielleicht zwei Milliarden mehr Direktzahlungen für die Bauern braucht.



Raubritter mit Feinstaubschleuder: Bio-Bauer und CVP-Nationalrat Markus Ritter.

Der CVP-Nationalrat Markus Ritter ist Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes. Der Bio-Bauer posiert gerne mit seinem alten Rapid-Traktor. Freunde der Umwelt wissen: Alte Traktoren ohne Katalysatoren sind die grössten Feinstaubschleudern der Schweiz. Viele Schweizer sterben deshalb zu früh an Lungenkrebs. Der *Sonntagsblick* fragte die Bauern, die im Nationalrat sitzen, wie viel Direktzahlungen sie pro Jahr erhielten. Viele haben ihre Höfe bereits lange vor der Pensionierung an ihre Kinder oder an Verwandte abgetreten.

Ritter gab im Gegensatz zu Toni Brunner korrekt Auskunft: Er bewirtschaftet 28 Hektaren und bekommt vom Bund 85 000 Franken Direktzahlungen pro Jahr. Das sind gut 3000 Franken pro Hektare. Kein Pöstler in der Schweiz hat einen so grossen Zahltag. Alle Bauern zusammen erhalten pro Jahr 2,8 Milliarden Franken Direktzahlungen. Und somit durchschnittlich 2800 Franken pro Hektare. Das Beispiel zeigt: Bio-Bauern wie Markus Ritter fahren etwas besser. Die Untersuchungen des Bundes haben ergeben: Schweizer Haushalte bezahlen durchschnittlich pro Jahr 3500 Franken mehr für ihre Lebensmittel als Haushalte in Deutschland. Vorab Familien mit kleinen und mittleren Einkommen leiden unter den zu teuren Lebensmitteln.

Die Differenz pro Jahr macht zwölf bis vierzehn Millionen Franken aus. Tendenz wegen

des zu starken Frankens: weiter steigend. Die Schweiz müsste endlich alle Import-Kontingente streichen und die Zölle für Lebensmittel auf europäisches Niveau senken. Leider haben fast alle Bedauern mit den Bauern.

Die unproduktiven Schweizer Bauern könnten diese Rosskur locker wegstecken, wenn sie pro Hektare 2000 Franken mehr Subventionen erhielten. Unser Markus Ritter bekäme pro Jahr statt 85 000 ganze 140 000 Franken. So viel verdient ein Mittelschullehrer im Wallis nie. Die zwei Milliarden mehr Direktzahlungen – Ironie der Übersubventionierung – wären trotzdem gut investiertes Geld. Denn unter Druck kämen die Verarbeiter und Verteiler von Lebensmitteln. Coop und Migros arbeiten heute mit drei Mal so hohen Margen wie die Konkurrenz im Ausland. Die Fenaco würde vom Markt gefegt. Coop und Migros, Joos Sutter und Herbert Bolliger müssten endlich lernen, Waren effizient zu verarbeiten und zu verteilen. Zusammen mit den bereits eingeschlafenen Trittbrettfahrern Aldi und Lidl. Verschwinden Arbeitsplätze, wenn die Margen von Coop und Migros sinken? Logisch. Entstehen neue Arbeitsplätze, wenn die Menschen dank tieferen Lebensmittelpreisen mehr Kaufkraft haben? Ebenso logisch. Erhöht dies unter dem Strich die Lebensfreunde und Lebensqualität? *Claro*.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

A4, 80 Milligramm, farbig

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn SRG-Chef Roger de Weck schlau ist, dann sammelt er Unterschriften für die «No Billag»-Initiative.

Die Sammlung geht etwas harzig voran. Erst 70000 Unterschriften sind für die «No Billag»-Volksinitiative beisammen. Ende Dezember läuft die Frist ab.

Die Billag AG ist die Inkassostelle der Zwangsgebühren für den Radio- und TV-Empfang. Die Initiative «No Billag» will diese Gebühren verbieten. Sie ist die radikalste Verbots-Idee in der Verbots-Welle, die wir rund um die nationale Sendeanstalt SRG derzeit erleben.

Doch «No Billag» ist für die SRG ein Segen.

Die Initiative zur Abschaffung der Radio- und TV-Steuer kommt im glücklichsten Moment. SRG-Generaldirektor Roger de Weck müsste sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Initiative möglichst schnell zustande kommt.

Warum das so ist, erklären wir gerne. Seit ihrem Abstimmungsdebakel am vorletzten Wochenende hängt die SRG entkräftet in den Seilen. Die opportunistischen Windhunde aller Parteien haben darum die Witterung aufgenommen. Sie haben eine ganze Kaskade an möglichen Verboten für den Service public losgetreten.

Die Linke will ein Verbot von Unterhaltungssendungen wie «Glanz & Gloria». Die Rechte will ein Verbot von Sendern wie SRF 3 und Radio Virus. Die Mitte will ein Verbot von zusätzlichen Internetaktivitäten. Alle wollen ein Verbot neuer Ausgaben.

Die zuvor so selbstbewusste SRG ist in eine unerwartete Defensive geraten. Deutlich wurde dies etwa bei der «Arena» von letzter Woche zum Thema in eigener Sache. Statt dezidierte SRG-Kritiker wie SVP-Nationalrätin Natalie Rickli einzuladen, holte man rhetorische Blindgänger wie die FDP-Nationalrätin Petra Gössi ins Studio. Die Debatte, wie intern erhofft, erreichte knapp die Temperatur eines Eierwärmers.

Auch Generaldirektor de Weck, sonst kein Kind von Demut, wirkt derzeit merkwürdig angeschlagen. Noch immer fabuliert er davon, dass es an der Urne bloss um eine neue Gebührenordnung und nicht um die SRG an sich gegangen sei. Das ist ungefähr so weltfremd, wie wenn es bei der Abstimmung zur Masseneinwanderung um die technische Ausgestaltung der Grenzkontrollen gegangen wäre. Nein, es ging ums System.

Nun ist gerade die Masseneinwanderung ein gutes Beispiel dafür, warum de Weck am Schluss doch noch gewinnen wird. Ihm kommen nun die Segnungen unserer direkten Demokratie zugute. Denn in der direkten De-



Sedative Wirkung: «No Billag»-Initianten.

mokratie gibt es ein festes Prinzip. Die Verlierer der Vergangenheit werden stets durch die Verlierer der Gegenwart gerettet.

Ein paar Monate nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative folgte mit der Eco-pop-Abstimmung eine viel schärfere Vorlage zum gleichen Thema. Sie wurde klar abgelehnt. Das Nein wurde zum Beweis, dass die Schweizer doch nicht so radikal sind wie gedacht. Der Problemfall Immigration konnte nun eingeschlafert werden.

Bei der SRG wird dasselbe passieren. Die viel schärfere «No Billag»-Initiative wird an der Urne klar abgelehnt werden. Das Nein wird somit zum Beweis werden, dass die Schweizer doch nicht so radikal sind wie gedacht. Der Problemfall SRG kann dann eingeschlafert werden.

Die «No Billag»-Initiative muss also zügig vors Volk, damit ihre sedative Wirkung auf die Diskussion um den Service public schnell wirksam wird. Wenn es gut läuft, kann Medienministerin Doris Leuthard, in Absprache mit Staatsfunk-Obmann de Weck, den Abstimmungstermin schon 2017 ansetzen.

Wenn de Weck schlau ist, sammelt er darum eigenhändig Unterschriften für die «No Billag»-Initiative.

Bei «No Billag» bekommt er die Unterschriftenbögen, auf A4-Papier 80 mg, farbig, Auflage 50 bis 500 Stück, lieferbar innert 10 Tagen.

Vater ungewiss

Von Beatrice Schlag — Ein Erzeuger und sein Bruder.

Manche Geschichten scheinen zu wild, um nicht erfunden zu sein. Diese hier wurde von zwei italienischen Gerichten geprüft und erst für eindeutig, dann für nicht klär-



bar befunden. Sie begann vor fünf Jahren, als eine damals über sechzigjährige Frau, nennen wir sie Luisa, in Verona einen Neunzigjährigen dazu bringen wollte, anzuerkennen, dass er ihr Vater sei. Die späte Klage erklärte Luisa damit, dass ihre Mutter ihr erst auf dem Totenbett gestanden habe, dass ihr Vater jener Neunzigjährige sei. Ihre wichtigste Zeugin war ihre ältere Schwester, die bekräftigte, im fernen Jahr 1945 ihre Mutter im Bett mit genau diesem Mann, einem alten Bekannten der Familie, überrascht zu haben. Es gab weitere Zeugen des heimlichen Seitensprungs, die aussagten, die beiden bei Knutschereien gesehen zu haben. Ausserdem hatte der Mann beim Begräbnis von Luisas Mutter sein Foto auf ihrem Sarg hinterlassen. Der Neunzigjährige verfolgte die Gerichtsverhandlung mit grosser Aufmerksamkeit, bestritt aber entschieden, Luisas Erzeuger zu sein. Bereitwillig unterzog er sich einem Bluttest. Für den Gutachter gab es keinen Zweifel: Der Greis war Luisas biologischer Vater. Als das Gericht 2012 seine Vaterschaft bestätigte, war der alte Mann bereits verstorben.

Kurz nach seinem Tod legte sein Sohn Berufung gegen das Veroneser Urteil ein. Das zuständige Obergericht in Venedig beugte sich erneut über das Beweismaterial und befand letzte Woche, dass es nicht ausreiche, die Vaterschaft eindeutig festzulegen, auch wenn das Gericht weder am Geständnis von Luisas Mutter noch an den Aussagen ihrer Schwester zweifelte. Der springende Punkt war der Bluttest. Denn Luisas vermeintlicher Erzeuger hatte einen inzwischen ebenfalls verstorbenen Bruder gehabt, genauer, einen Zwillingenbruder, eineiig, der zum Zeitpunkt von Luisas Empfängnis ebenfalls in Verona lebte. Da eineiige Zwillinge dasselbe Chromosomenmaterial haben, besage der Bluttest also lediglich, dass Luisa entweder die Tochter des einen oder des andern Zwillingen ist. Welcher von beiden bei Luisas Mutter im Bett lag und wen das Bild auf ihrem Sarg zeigte, bleibt ungeklärt. Vielleicht war es derselbe Mann, vielleicht nicht.

Einspruch

Unter US-Druck

Die Bankkonten von Auslandschweizern müssen erhalten bleiben.

Zurzeit leben mehr als eine halbe Million Schweizer im Ausland, die Bankkonten in der Schweiz brauchen, um irgendwelche Zahlungen zu tätigen. Wichtig ist, dass wir Auslandschweizer als vollwertige Schweizer im Ausland angesehen und als Schweizer Bürger behandelt werden. Wir sehen nicht ein, wieso wir die Suppe auslöffeln müssen, welche bestimmte Banken angerichtet haben.

Zurzeit haben wir offensichtlich eine sehr schwache Regierung in Bern, welche den Forderungen der USA blind nachkommt, obwohl diese nicht zu sagen haben, was in der Schweiz vorgeht. Es liegt auf der Hand, dass die Regierung der USA rücksichtslos die Welt beherrschen will und nicht davor zurückschreckt, die europäischen Länder kaputtzumachen. So gesehen, tragen sie die Hauptschuld an dieser Bankenmisere. In ihren nicht erklärten Kriegen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Ägypten und anderswo beweisen sie ununterbrochen ihre Arroganz und Selbstherrlichkeit. Unter dem Deckmantel der Terroristengefahr verfolgen sie ihre aggressive Politik und kümmern sich weder um fremde Kulturen noch um Religionen und Mentalitäten.

Die wirtschaftlichen neuen Knebelverträge mit Europa sind bachab zu schicken, denn dies führt zu einer Katastrophe für die europäische Landwirtschaft und die gesamte Wirtschaft. Dass gewisse Banken auf die Forderungen der amerikanischen Regierung eingehen, ist bedenklich und nicht nachvollziehbar. Durch die Auflösung der Konten von einer halben Million Auslandschweizern geht unseren Banken sehr viel Geld verloren, das sie vielleicht eines Tages bitter nötig hätten. Auch die Boni der Banker müssen massiv gekürzt werden.

Es ist aber nicht nur eine Frage der Solidarität mit den Landsleuten im Ausland, sondern auch eine Verpflichtung, ihnen Transaktionen und Geldanlagen im Heimatland zu ermöglichen. Was in dieser Beziehung hier abgeht, ist wohl in keinem anderen Land denkbar. Wenn wir horrenden Kontogebühren akzeptieren müssen oder keine neuen Konten mehr eröffnen können, ist sicherlich bald Ende mit «Trittst im Morgenrot daher».

René Spinnler, Costa Rica

Leserbriefe

«Es ist höchste Zeit, dass unsere Bundespräsidentin im Interesse der Schweiz handelt.» Hans Furrer

In guter Verfassung

Nr. 25 – «Falsche Flüchtlinge»;
Berichterstattung über die Zuwanderung;
von Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Nicholas Farrell, Florian Schwab und
Roger Köppel

Die Artikel der *Weltwoche*, die das Flüchtlingsproblem behandeln, sind von eminenter Wichtigkeit und Brisanz. Ich bin erstaunt, dass Tageszeitungen und Fernsehen wenig kritisch darüber berichten.

Das Asylwesen, so wie es gegenwärtig praktiziert wird, ist für uns und für Europa eine tickende Zeitbombe. Das Verhalten unserer Bundespräsidentin Sommaruga und ihrer Entourage unterstützt den Einwanderungstrend kräftig. Sie handelt sehr im Interesse der Ankommenden und sieht dabei nicht den Schaden, den sie gegenüber dem eigenen Land anrichtet. Zudem: Schaut man die Flüchtlingsbilder an, sind eine grosse Anzahl von jungen Männern im besten Alter und in guter Verfassung zu sehen. Sind das wirklich die notleidenden Flüchtlinge? Es ist höchste Zeit, dass unsere Bundespräsidentin im Interesse der Schweiz handelt.

Hans Furrer, Schwyz

Bewegung in der Szene

Nr. 25 – «König des Rheintals» am Abgrund»;
Philipp Gut über Paul Schlegel

Mein Kompliment für diesen Beitrag, er brachte Bewegung in die Szene. Paul Schlegel stellt sich als Nationalratskandidat nicht mehr zur Verfügung, und er tritt als Kantonsrat und als Vorstandsmitglied des Vereins Expo 2027 zurück. Die regionale Presse hält sich erstaunlich zurück, denn wer weiss, ob nicht noch ein Job bei der Expo 2027 Ostschweiz-Bodensee für Paul Schlegel herausausschaut. Das nächste Schrittchen auf dem Vielleicht-Weg zu dieser Expo kostet 9,5 Millionen Franken.

Die Trägerkantone haben die Kreditschichten verabschiedet. Die Vorlage ist so konstruiert, dass sie nicht vors Volk muss. Die Expo-Geschäftsstelle beansprucht für 500 Stellenprozent auf vier Jahre 3,7 Millionen Franken. Eine Vollzeitstelle kommt somit im Jahr auf stolze 185 000 Franken zu stehen. Die Drittaufträge schenken mit 5,4 Millionen Franken auch ganz schön ein. Das Koordinationsmandat ist darin mit 0,5 Millionen Franken veranschlagt. Wer wird wohl zu den privilegierten Honorarempfängern gehören?

Christof Ammann, Grabs



«Im Interesse der Ankommenden.»

Haben wir nichts gelernt?

Nr. 25 – «Männer, bitte weiterblättern»;
Kathy Lette über Liebesbeziehungen

Ihr Artikel könnte amüsant sein, wenn er mich nicht daran erinnern würde, wie Frauen sich bewusst in einer Beziehung kleiner und schlechter machen, damit der Mann sich dabei klug und grossartig fühlen darf. Dies scheint auch heute noch eine bewährte Taktik der Frau zu sein, um sich durch eine Beziehung zu mogeln. Haben wir denn nichts dazugelernt? Somit finde ich die Gebrauchsanleitung, wie man sich mit einem Mann arrangieren müsse, eher öde als inspirierend. Es hilft den Frauen nicht, sich in den Schatten eines Mannes zu stellen, deshalb rate ich der Autorin, sich nochmals extra hundert Paar Schuhe zu kaufen und endlich ihre Brillanz walten zu lassen, als Zeichen ihrer wahren Stärke!

Beatrix Kruger, Zürich

Wie Herrscher, die das Volk ausbeuten

Nr. 25 – «Privatsache Bundesratspension»;
Beat Gygi über die Ruhegehälter der Bundesräte

Nun ist es also doch wahr. Wenn in Freundeskreisen die Ruhegehälter der Bundesräte zur Sprache kamen, hielt ich die vermuteten Zahlen immer für Gerüchte. Da wir meiner Meinung nach nicht in einer sogenannten Bananenrepublik wohnen, wo die Herrscher das Volk ausbeuten, kann ja so etwas nicht möglich sein. Es scheint aber, dass mit zunehmenden

der politischer Macht das Gefühl für Anstand und Fairness abnimmt. Warum muss ein normaler Bürger mit dem Bezug des Ruhegehaltes, das sich nach den einbezahlten Prämien richtet, warten, bis er 65 Jahre alt ist? Es wäre schon interessant zu wissen, welche Alt-Bundesräte genügend Gerechtigkeitssinn und Grösse haben, um auf das Ruhegehalt zu verzichten. Kann man wirklich nichts gegen diese Absurdität unternehmen?

Max Knecht, St. Gallenkappel

Geduldige Milchkuh

Nr. 25 – «Personenkontrolle»
von Florian Schwab

National- und Ständeräte sind vom Volk gewählte Parlamentarier. Es dürfte somit erwartet werden, dass diese Parlamentarier vorwiegend die Interessen der Bürger vertreten. Wie die Beratungen zur Energiestrategie 2050 im Dezember 2014 im Nationalrat jedoch zeigten, trifft dies nicht zu: Mit der Giesskanne wird das Geld (respektive die Subventionszusagen) gegenseitig unter den Protagonisten verteilt, und diese werden so zufriedengestellt. Das kostet die spendierfreudigen Parlamentarier keinen Cent. Dem Volk kommt hingegen die Rolle der geduldigen Milchkuh zu – man kann es ungefragt durch seine eigenen Repräsentanten melken.

René Weiersmüller, Meilen

Unterschiedliche Denkweisen

Nr. 25 – «Eidg. dipl. Quacksalber»; Alex Reichmuth über Alternativmedizin

Es ist zumindest fragwürdig, die Komplementär- bzw. Alternativmedizin als Quacksalberei zu bezeichnen. Zu Zeiten Galileo Galileis stiessen ebenfalls zwei unterschiedliche Denkweisen, die zu Streitereien führten, zusammen. Heute sind wir wieder gleich weit. Die Quantentheorie verträgt sich nicht mit der Mainstream-Wissenschaft. Die Widersprüche sind jedoch nur scheinbar und lassen sich lösen, wenn man sich vorurteilslos mit beiden Denkweisen befasst.

Guido Meyer, per E-Mail

An unsäglicher Ignoranz und Arroganz ist der Artikel kaum zu überbieten! Was der Autor den Naturheilpraktikern an Scharlatanerie und Dilettantismus unterstellt, grenzt meines Erachtens an Ehrverletzung. Bitte schweigen Sie zu Themen, von denen Sie offensichtlich keine Ahnung haben!

Barbara Peter, Wil

Ich fühle mich durch diesen Artikel sehr angegriffen. Zum einen ist die Aussage für viele Leser schlicht und ergreifend unwahr und zum anderen sehr polemisch. Ich bin selbst langjähriger Naturheilpraktiker mit Praxis und

behandle jeden Tag Menschen, die schulmedizinisch keine Option mehr haben oder sich nicht pharmakologisch behandeln lassen wollen. Ich finde, dass ist das Recht jedes Einzelnen. Seit Jahren laufen Bestrebungen, den aktuell nur teilweise auf kantonaler Ebene zugelassenen Beruf eidgenössisch auf sehr hohem Niveau zu regeln. Und dies ist nun endlich gelungen – und zwar äusserst professionell, wie ich finde. Bitte forschen Sie da besser nach, und lassen Sie nicht nur Ihr physikalisch-mathematisches Denken zu.

Bei richtiger Recherche hätten Sie bemerkt, dass es zwar heutzutage viele Quacksalber gibt, durch diese Berufszulassung jedoch genau die Spreu vom Weizen getrennt wird und der Patient künftig weiss, wer seriös arbeitet und wer nicht.

Oliver M. Bassler, Weinfelden

Klar und treffend

Nr. 25 – «Absurde Einschätzung»; «Einspruch» von Urs Schnell

Der Artikel ist klar und treffend formuliert. Ich rechne es der *Weltwoche* hoch an, dass er publiziert wird. *Andreas Schmied, Fräschels*

Auch mal loben

Nr. 23/24 – Zur Berichterstattung über die Fifa

Warum wollen die USA in der Schweiz agieren? Am meisten Korruption gab es unter den amerikanischen Fifa-Beamten. Die ganze Story ist politisch. Sehr politisch! Erst jetzt, wo die Fifa im Dreck ist, beschimpfen viele Politiker und Journalisten die Fifa und deren Kader. Sehr mutig. Einem toten Löwen können diese feigen Politiker und Journalisten leicht einen Tritt geben. Man sollte lieber darüber nachdenken, wie man die Fifa in Zürich behalten könnte. Nicht immer nur beschimpfen, sondern auch mal loben sollte man diese Organisation! Die Fifa macht sehr viel und ist sehr nützlich für den Fussball, und nicht zuletzt auch für Zürich und die Schweiz.

Georg Szegvary, Zürich

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Es gibt Leute, die, wenn sie zu Besuch sind, beim Gastgeber schon nach kurzer Zeit die nächste Steckdose aufsuchen, um dort den Akku ihres ach so unentbehrlichen Handys aufzuladen. Ist das nicht unhöflich, insbesondere dann, wenn man es ungefragt tut? Oder ist das Aufladen so selbstverständlich wie das Atmen geworden? *Alfred Wettstein, Zollikerberg*

Als die Kernenergie in den 1950er Jahren entdeckt wurde, propagierten Enthusiasten die kostenlose Elektrizität für alle, vor allem für die ärmeren Erdbewohner. Es kam anders. Mit der Energiewende dürfte der Strom für viele zum Luxus werden, wie ein Blick nach Deutschland zeigt. So weit sind wir allerdings noch nicht. Mein Rat: Geniessen Sie den günstigen Atomstrom, solange es ihn noch gibt – und nutzen Sie ihn grosszügig für sich und Ihre Gäste, solange Sie noch dürfen. *Alex Baur*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Der unglaubliche Fall Schlegel

Nach den *Weltwoche*-Enthüllungen über Dutzende von Betreibungen gegen seine Firmen zieht sich Paul Schlegel aus der Politik zurück. Das Ausmass der Misswirtschaft ist weit grösser als bisher bekannt. Umso erstaunlicher bleibt, dass der FDP-Spitzenpolitiker so lange geschont wurde. *Von Philipp Gut*



Wurde fuchsteufelswild, wenn ihn Angestellte an Zahlungstermine erinnerten: Paul Schlegel.

Am vergangenen Donnerstag machte die *Weltwoche* publik, dass die Firmen von Paul Schlegel in 45 Monaten 46-mal betrieben worden waren. Einen Tag nach Erscheinen des Artikels gab Schlegel den Rücktritt aus der Politik bekannt. Er ist nicht mehr Kantonsrat, dem er bis vor wenigen Wochen noch als Präsident vorgestanden ist, und zieht auch seine Nationalratskandidatur zurück. Seine Funktion bei der Planung der «Expo Bodensee – Ostschweiz 2027» legt er ebenfalls nieder.

Noch am Donnerstagabend hatte die Parteileitung der St. Galler FDP das fehlbare Mitglied zu einer dringlichen Aussprache aufgebeten.

Dabei bestätigte Schlegel «die im Rahmen der Berichterstattung der *Weltwoche* gegen ihn geäusserten Vorwürfe». Gleichzeitig habe er versichert, «dass heute sämtliche finanziellen Forderungen beglichen seien», wie die FDP in einem Communiqué mitteilte. Die Parteiführung kritisierte die «Zahlungsmoral, die in Paul Schlegels Unternehmen geherrscht hat»: «Gesetzliche Ansprüche der Angestellten» seien «pünktlich und vorbehaltlos» zu erfüllen. Der prominente Exponent, der regelmässig die Sozialversicherungsbeiträge von Mitarbeitern nicht einzahlte, müsse «Ordnung und volle Transparenz» herstellen, forderte seine Partei.

Nach dem sofortigen Rücktritt bleiben entscheidende Fragen offen. Was hat sich Schlegel alles zuschulden kommen lassen? Wie gross ist das Ausmass der Missstände? Schliesslich fragt man sich, wie es möglich war, dass die Machenschaften des bekannten Spitzenpolitikers jahrelang unter dem Deckel bleiben konnten.

Hilfloses älteres Ehepaar

Schlegel trat zwar sofort zurück, aber die Verantwortung wollte er nicht übernehmen. Vielmehr schob er diese gegenüber lokalen Medien an seine Mitarbeiter ab. Der Innendienst sei überfordert gewesen. Jetzt schaue er als Chef persönlich zum Rechten.

Diese Darstellung ist unhaltbar. Das Weiterreichen des Schwarzen Peters ausgerechnet an seine Untergebenen, die regelmässig ihre

Um Zinsen nicht zahlen zu müssen, stellte er Rechnungen über angebliche Leistungen aus.

AHV- und Pensionskassenbeiträge nicht rechtzeitig erhielten, zeugt nicht vom Charakter eines Patrons, der seiner Aufgabe gewachsen ist. Die schäbige Mitarbeiterschelte stellt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf. Wie mehrere Angestellte berichten, war es vielmehr so, dass der Chef über die Rückstände jederzeit im Bild war und stets die Kontrolle behielt. Er sei «fuchsteufelswild» geworden, wenn sie ihn an die Zahlungstermine erinnerten hätten. Nicht chaotische Zustände und unfähige Buchhalter waren schuld an den Ausständen, sondern Schlegels Direktiven und die Liquiditätsprobleme seiner Firmen. Sämtliche Rechnungen seien im Onlinebanking erfasst worden, Schlegel habe die Zahlungen persönlich ausgelöst. «Nie hätte sich ein Angestellter getraut, die Zahlungen von sich aus freizugeben», sagt ein Insider.

Auch andere Geschäfte führte der Patron in Eigenregie. Ein Beispiel ist der Fall eines ehemaligen Angestellten, der auf Mandatsbasis für Schlegel arbeitete. Monatelang weigerte sich Schlegel, Überstunden im Umfang von mehreren tausend Franken zu entschädigen. Erst, als ihn die *Weltwoche* damit konfrontierte, löste Schlegel die Zahlung aus. Damit der Fall «erledigt ist», wie er schrieb. Zuvor hatte er sich ein halbes Jahr gesträubt.

Es hapert nicht nur am Geschäftlichen, sondern auch am Menschlichen. Besonders

anrührend oder verwerflich – je nach Sichtweise – ist der Fall eines älteren Ehepaars, das fast sein gesamtes Ersparnis in Form eines Darlehens bei Schlegel angelegt hat. Der Mann, gegen achtzig, ist mittlerweile schwer krank und lebt in einem Pflegeheim. Auf mehrfachen Ersuchen der alten Leute, das Geld zurückzuzahlen, ging Schlegel nicht ein. Selbst mit Zinsverpflichtungen blieb er im Rückstand. Besonders dreist: Um den vertraglich fixierten Zins nicht zahlen zu müssen, stellte er Rechnungen über angebliche Leistungen aus, für die er laut den Betroffenen nie ein Mandat erhalten hatte.

Konkret ging es um Folgendes: Schlegel hatte erfahren, dass die alten Leute ihr Haus mit Umschwung verkaufen wollten und erhoffte sich eine Maklerprovision. Doch das Ehepaar verkaufte die Liegenschaft an einen Bekannten, Schlegel war nicht involviert. Dennoch stellte er 7500 Franken in Rechnung – ein Betrag, der deutlich höher liegt als der Jahreszins für die Kapitalanlage. Als grosszügiger Geschäftsmann, als der er sich inszenierte, offerierte Schlegel einen «Rabatt» und reduzierte seine «Vergütung» um 1000 Franken. In Tat und Wahrheit versuchte er die hilflosen alten Leute nach Strich und Faden auszunehmen: Statt die Zinsen zu bezahlen, wollte er noch Geld erschleichen.

Klartext der Bank

Abgesehen von den 46 Forderungen, wie sie in den Betreibungsregistern von Grabs-Gams und der Stadt St. Gallen dokumentiert sind, blieb Schlegel Angestellten Provisionszahlungen und Vermittlerentschädigungen schuldig. Mehrere Fälle sind der *Weltwoche* namentlich bekannt. Wiederholt mussten Geschädigte vor Arbeitsgericht ziehen, um ihre Ansprüche durchzusetzen.

Tatsache ist: Nicht nur Mitarbeiter, Lieferanten, Firmen und private Investoren müssen regelmässig um ihr Geld bangen, sondern auch Banken, darunter die UBS Buchs und die Alpha Rheintal Bank mit Sitz in Heerbrugg.

Ein Beispiel: Im September 2014 richtete die Alpha Rheintal Bank eine dringende Zahlungsaufforderung an Schlegel. Zu dieser Zeit amtierte er als Kantonsratspräsident und liess

sich landauf, landab auf Staatskosten feiern (Spesen in zwei Jahren: rund 80 000 Franken, zehnmal mehr als noch vor zehn Jahren). Die Bank wiederholte ihre Forderung nach Rückzahlung ausstehender Schulden. Diese bestanden schon länger. Bereits Ende 2013 verpasste Schlegel die Zurückführung eines Kredits um 100 000 Franken; ein weiterer Kredit von 400 000 Franken konnte gemäss Bankunterlagen «nicht ordentlich verlängert» werden. Insgesamt beharrte die Bank auf Rückzahlungen von mehreren hunderttausend Franken.

Auch mit den Zinsen blieb die Schlegel Group gegenüber der Bank in Verzug. Im Herbst 2014 betrug der Ausstand Fr. 5598.15. Ob die diversen Ausstände heute beglichen sind, hat Schlegel entgegen der Forderung seiner eigenen Partei, der FDP, nicht offengelegt.

Im Dunkeln liegen nach wie vor auch die Vorgänge rund um sein gescheitertes Engagement bei der Wilhelm Büchel AG, ein im lichtensteinischen Bendorf beheimatetes Bauunternehmen mit Ablegern in der Schweiz. Kürzlich trat Schlegel überraschend aus dem Verwaltungsrat der Firma zurück. Laut Insidern von diesseits und jenseits der Grenze musste die Eigentümerfamilie die Notbremse ziehen. Schlegel hatte der Wilhelm Büchel AG trickreich bei einem Grundstückdeal im Rheintal geholfen und zog dort anschliessend mit seiner Firmengruppe als Mieter ein. Gemäss gut unterrichteten Quellen kam es zum Zerwürfnis, weil Schlegel, der ja gleichzeitig im Verwaltungsrat der Wilhelm Büchel AG sass, die Mietzinsen nicht beglich. Auch bei der Abwicklung des Grundstückshandels sei an der Grenze zur Illegalität getrickst worden, berichten Insider.

Die schützende Hand der FDP-Presse

Wo man hinschaut: Misswirtschaft, Schulden, Zahlungsausstände. Von «Ordnung und voller Transparenz», wie sie die FDP jetzt fordert, kann keine Rede sein. Der Aufruf der Partei kommt reichlich spät. Die Misere der Schlegel Group, für die der Chef und Inhaber die ungeteilte Verantwortung trägt, dauert nun schon seit Jahren. Umso bemerkenswer-

ter bleibt, dass die Misstände so lange unter dem Deckel gehalten wurden. Alle wussten davon: Mitarbeiter, Ehemalige, Kunden, Pensionskassen, Sozialversicherungsstellen, Aktionäre, Gemeinde, Kanton, Bund. Es gab Lieferanten, die sich weigerten, mit Schlegel zu geschäften, weil sie stets um ihr Geld bangen mussten. Nach dem ersten *Weltwoche*

Alle wussten davon: Mitarbeiter, Kunden, Pensionskassen, Aktionäre, Gemeinde, Kanton, Bund.

Artikel meldeten sich weitere Informanten mit teils brisanten Fakten. Gut möglich, dass der eine oder andere Vorfall die Justiz beschäftigen wird. Doch bis letzten Donnerstag lag eine so dichte Filzdecke über dem Rheintal, dass jahrelang nichts ruchbar wurde. Die lokale Presse, allen voran das der NZZ gehörende *St. Galler Tagblatt*, hielt die schützende Hand über den lokalen FDP-Helden und stellte ihn als jovialen, volksnahen Politiker dar.

Fragen stellte keiner

In Grabs, Schlegels Heimat, wagte es kaum jemand, gegen den «König des Rheintals» aufzustehen. Schon gar nicht während seines Präsidialjahrs. Man habe sich Vorteile erhofft, heisst es. Der Fall Schlegel erinnert an einen andern Skandal aus der Gegend: Der Gemeindepräsident von Berneck sass seit Anfang Mai in Untersuchungshaft, ohne dass jemand erfahren hätte, warum. Und auch FDP-Nationalrat Walter Müller, der mit seiner Kasachstan-Reise Schlagzeilen machte, stammt aus demselben Bezirk wie Schlegel. Mit seiner ehemaligen Wahlkampfberaterin, der Werdenberger FDP-Präsidentin Kathrin Frick, verkehrte Schlegel auch persönlich sehr eng. An der Olma liess er sich mit Bundespräsident und Parteikollege Didier Burkhalter ablichten. Fragen stellte keiner. Fast scheinen sich diese Eindrücke zum Sittengemälde einer Region zu verdichten, in der sich politische Lokalherrscher alles erlauben dürfen, unbehelligt von der kritischen Öffentlichkeit. ○

Haben Sie die tiefen Sparzinsen satt? Wir auch!

7x24
Geld anlegen

Ergänzen Sie Ihren Sparplan mit investomat.ch.
Damit sich Sparen wieder lohnt!

Ihre Vorteile:

- ✓ Attraktive Rendite dank Sparen mit ETFs (börsenkotierte Fonds)
- ✓ Einstieg bereits ab 5'000 Franken
- ✓ Geld jederzeit einzahlen und wieder beziehen
- ✓ Bequem mittels Dauerauftrag Vermögen aufbauen
- ✓ Günstige All-In-Fee (nur 0,6 % des Depotwerts)

investomat.ch
by Glarner Kantonalbank

Kleine Soldaten

Jetzt ist klar, weshalb Bundesanwalt Michael Lauber seinen erfahrensten Mafia-Ermittler im Tessin Knall auf Fall suspendierte. Der Tessiner wollte sich nicht von Bern aus steuern lassen. *Von Hubert Mooser*

Am 2. Juni 2015 kam es in den Büros der Bundesanwaltschaft (BA) in Bern zu einem folgenschweren Eklat: Der Leiter der BA-Zweigstelle Lugano, Staatsanwalt Pierluigi Pasi, war zu einer Aussprache mit Bundesanwalt Michael Lauber nach Bern gereist. Das Treffen nahm für den Chef der BA-Filiale im Tessin keinen guten Verlauf und endete mit seiner sofortigen Suspendierung vom Dienst.

Einen Tag später, die Absetzung Pasi war in den Tessiner Medien bereits durchgesickert, gab die BA eine schwammige Erklärung dazu ab. Es gebe fundamentale Differenzen in der Art der Führung der Bundesanwaltschaft in Lugano. Vierzehn Tage später schob Bundesanwalt Lauber vor den Medien in Bern noch eine Präzisierung nach: Es gebe weder eine Administrativuntersuchung noch ein Disziplinarverfahren gegen Pasi. Seither herrscht in Lugano wie auch in Bern absolute Funkstille.

Wenig Spielraum

Stattdessen schiessen Spekulationen darüber ins Kraut, was Lauber wohl dazu bewogen habe, seinen erfahrensten Mafiajäger Knall auf Fall abzusetzen. «Die genauen Gründe für seine Absetzung weiss wahrscheinlich nicht einmal Pasi selber», vermutet der Tessiner Anwalt Renzo Galfetti. Der *avvocato* kennt den Leiter der BA Lugano gut. In Galfettis Kanzlei hat Jungspund Pasi Anfang der neunziger Jahre seine Sporen als Rechtsanwalt abverdient. Der Kontakt zwischen Galfetti und Pasi riss auch danach nicht ab.



Kulturelle Unterschiede: Bundesanwalt Lauber.

Für die «brutale und beispiellose Absetzung» Pasi hat der *avvocato* nur eine Erklärung: «Er hat wohl den Befehlen von Bundesanwalt Lauber widersprochen.» Er wisse aus eigener Erfahrung, dass der Bundesanwalt die Staatsanwälte der BA-Zweigstelle in Lugano wie kleine Soldaten führe. Die Leute hätten bei Ermittlungen kaum Handlungsspielraum. Sie seien einer fast militärischen Disziplin der Zentrale in Bern unterstellt. Es gebe aber erhebliche kulturelle Unterschiede zwischen dem Tessin und der Deutschschweiz. Man könne darum nicht allen Aussenstellen einen von Bern diktierten Führungsstil aufzwingen. Damit sie erfolgreich ermitteln könnten, brauchten die Zweigstellen Spielraum für Eigeninitiativen.

Bern hat selbst mehr Flops produziert

Tatsächlich ist die Bundesanwaltschaft unter Lauber viel stärker hierarchisch und weisungsgebunden organisiert als früher. Das hat der Chef selber in einem Interview mit der *Weltwoche* bestätigt (Nr. 9/15). So könne er das Amt

Die Bundesanwaltschaft ist unter Lauber viel hierarchischer organisiert als früher.

besser steuern, fand Lauber. Spätestens nach dem Flop beim Verfahren gegen dreizehn angebliche 'Ndrangheta-Mafiosi in der Schweiz muss bei Lauber der Entschluss herangereift sein, besonders die für die Pleite verantwortliche BA Lugano an die Leine zu legen. Wie man weiss, nahmen die Ermittlungen bei diesem Verfahren nach zwölf Jahren für die BA ein unrühmliches Ende. Das Bundesstrafgericht wies die Anklage der BA wegen formeller Mängel zweimal zurück. Und die BA musste den Hauptvorwurf gegen alle Beschuldigten – die Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation – ganz fallenlassen. Für die peinliche Darbietung der BA zeichnete auch Pasi verantwortlich. Alle Ermittlungen mit Link zur italienischen Mafia liefen in den vergangenen Jahren über seinen Schreibtisch.

«Es stimmt, dass die BA Lugano ein paar Flops produziert hat», sagt Galfetti. «Aber die Zentrale in Bern hat mehr Fälle vergeigt.» Galfetti erinnert an die Zigarettenschmuggler-Affäre «Montecristo», bei der sich die Bundesanwaltschaft Bern haarsträubende Fehler geleistet habe. «Obwohl 10 von 12 Angeklagten italienisch sprachen, wurden die Ermittlungen



Eklat: Staatsanwalt Pasi.

gen in Deutsch geführt», erinnert er sich. Der Fall sei ein Schulbeispiel dafür, wie eine Bundesanwaltschaft nicht ermitteln sollte.

Er passte nicht mehr ins Konzept

Interessanterweise erweckte Lauber im März bei einem Treffen mit Tessiner Politikern nicht den Eindruck, dass er seinen Vertreter im Tessin loswerden wollte. Lauber und Pasi bestritten damals gemeinsam einen Auftritt vor den Parlamentariern aus der Südschweiz. «Es sah so aus, als würden sie gut zusammenarbeiten», sagt ein Teilnehmer. Von einem Zerwürfnis keine Spur. Aber je näher der Termin für die Wiederwahl des Bundesanwalts rückte, desto mehr kam Lauber ins Rotieren. Lauber steht unter Erfolgsdruck: Er muss beweisen, dass es seine erfolglose, personell mit rund 220 Staatsanwälten und Fahndern überdotierte Behörde eben doch noch braucht.

Die Ermittlungen gegen den internationalen Fussballverband Fifa inklusive der spektakulären Hausdurchsuchung, zu einem Zeitpunkt, an dem die ganze Welt ihre Augen auf



den Fifa-Kongress in Zürich richtete, bot Lauber dafür eine ideale Bühne. Aber Lauber wollte auch aufzeigen, dass er intern durchgreifen konnte. Er nahm eine Kurskorrektur vor. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität stand für ihn plötzlich nicht mehr ganz oben auf der Prioritätenliste. Und er feuerte fünf angeblich «ineffiziente» Staatsanwälte. In das neue Konzept passte auch der eigensinnige

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität steht nicht mehr ganz oben auf der Prioritätenliste.

Koordinator für Mafiaermittlungen nicht mehr hinein. Mit anderen Worten: Pasi liess sich von Bern aus nicht steuern, also musste er gehen. Selbst jene, welche ihn heute in Schutz nehmen, sagen, Pasi sei eine schwierige Person gewesen, die sich etwas zu sehr in der Rolle des selbstgefälligen Mafiajägers gefiel. In der Tessiner BA war er bei einem Teil der Belegschaft umstritten. «Welcher Chef ist das

nicht», entgegnet Galfetti. Vielen Tessiner Notabeln kam es aber gelegen, dass Pasi bei seinen Ermittlungen Rücksicht nahm auf den Finanzplatz Tessin – auch wenn seine selbstherrliche Art vielen auf die Nerven ging. Unter Mafiaexperten galt er als Zauderer, der lieber den Italienern bei Ermittlungen zudiente, als eigene Verfahren zu eröffnen.

Tessiner Parlament wollte Pasi nicht

Die Bundesanwaltschaft war für Pasi nicht erste Wahl. 2002 bemühte er sich um einen Job bei der Staatsanwaltschaft Tessin. Zu dem Zeitpunkt arbeitete er als Berater im Departement von CVP-Staatsrat Luigi Pedrazzini. Pasi galt für den Job eines Tessiner Staatsanwaltes als Favorit, und seine Wahl durch das Tessiner Parlament schien eine reine Formsache. Doch dann wählten die Grossräte einen Aussen-seiter. Zwei Jahre später verpflichtete ihn die Bundesanwaltschaft als Leiter der neuen Zweigstelle in Lugano. «Die ersten Jahre waren für Pasi eine schwierige Zeit», erinnert sich ein früherer BA-Mitarbeiter. Die Beziehungen

zum Ableger der Bundespolizei (Fedpol) in Lugano gestalteten sich schwierig. Besonders mit dem Chef, Flavio Gibellini, habe sich Pasi überhaupt nicht verstanden. 2011 löste der Schweizer Polizeiattaché in Washington, Martin Zbinden, Gibellini ab. Das Klima wurde aber nicht besser. Und Pasi schoss weiter Giftpfeile in Richtung Fedpol ab. Die Behörde warne seit Jahren vor der Bedrohung durch Mafiabanden. Sie solle aber endlich auch harte Fakten und konkrete Angaben dazu liefern, kritisierte er.

Kritische Nähe

Als Bundesanwalt Erwin Beyeler vom Parlament 2011 abgewählt wurde, bewarb sich auch Pasi um die Nachfolge. Das Parlament wählte Lauber, und Pasi blieb im Tessin. Hochrangige frühere Vertreter der Bundesanwaltschaft betonten heute, Pasi habe ein für die Schweiz wertvolles Beziehungsnetz zu den Anti-Mafia-Ermittlern in Italien geknüpft. Er holte 2009 den damaligen italienischen Anti-Mafia-Chef Pietro Grasso nach Lugano. Er fädelte auch Treffen ein zwischen dem damaligen BA-Chef Erwin Beyeler und Anti-Mafia-Behörden in Italien. Laut verschiedenen Tessiner Parlamentariern soll Pasi jetzt aber auch daran schuld sein, dass sich das Verhältnis zwischen

An solchen Nachtessen wird Pasi in Zukunft nicht mehr teilnehmen.

BA und italienischen Anti-Mafia-Behörden ein wenig abgekühlt hat. Der Vorwurf lautet: «Die Italiener wollen nicht mehr mit Pasi zusammenarbeiten.» Ein Grund wird nicht genannt. Pasi hat dies im einzigen Interview, das er nach seinem Rausschmiss gab, jedoch dementiert. Er habe aus Italien stets positive Signale erhalten. Sicher ist: Der 'Ndrangheta-Flop dürfte das Vertrauen der Italiener in Pasi nicht unbedingt gestärkt haben.

Seine Nähe zu den italienischen Fahndern brachte ihn zuweilen aber auch zwischen die Fronten rivalisierender italienischer Staatsanwälte, wie zum Beispiel am 14. Dezember 2010. Pasi nahm in Milano an einem gemeinsamen Nachtessen der italienischen Mafiajäger Giuseppe Pignatone und Michele Prestipino teil. Bei dieser Gelegenheit soll Prestipino der Tischrunde erklärt haben, die beiden früheren Vizechefs der Direzione nazionale antimafia (DNA), Alberto Cisterna und Vincenzo Macri, hätten die Ausbreitung der 'Ndrangheta in Kalabrien begünstigt. Die Geschichte kam Cisterna und Macri zu Ohren, diese reichten eine Verleumdungsklage gegen Prestipino ein. Hinterher hiess es, Pasi habe Cisterna und Macri die Geschichte bestätigt. An solchen Nachtessen wird Pasi in Zukunft nicht mehr teilnehmen. ○

Eritrea, «Oase des Friedens»

Über tausend Eritreer protestierten in Genf gegen die Uno, die ihr Heimatland als Hort der Unterdrückung hinstellt. Sie verlangten die Rücknahme der Sanktionen gegen ihr Land. Doch die Argumente der Demonstranten interessierten die Medien nicht. Sie ignorierten den Anlass. *Von Alex Reichmuth*



Kaum erhört: Eritreer stehen in Genf für ihr Land ein, 22. Juni 2015.

In diesem Artikel geht es um Eritreer. Um Massen von Eritreern. Aber nicht um solche, die an der Grenze in Chiasso oder vor einem Aufnahmезentrum Schlange stehen und Asyl in der Schweiz verlangen. Es geht um über tausend Eritreer, die aus ganz Europa nach Genf gekommen waren. Sie protestierten vor dem Sitz der Uno. Sie verließen ihrer Empörung gegen einen Bericht der Vereinten Nationen Ausdruck, der ihr Heimatland als Hort des Bösen und Schlechten bezeichnet hatte.

Wenige Tage zuvor war dieser Bericht publik geworden. Er stammt aus der Feder von Sheila Keetharuth, Chefin der Uno-Untersuchungskommission für Menschenrechte in Eritrea und frühere Aktivistin von Amnesty International. Der Bericht stellt das Land am Horn von Afrika als «totalitären Staat» dar, in dem Verschleppungen, Zwangsarbeit und Folter an der Tagesordnung seien. In Eritrea be-

stehe ein «Klima der Angst». Präsident Isaias Afewerki herrsche als blutiger Diktator über das Land und zwingt junge Menschen zu jahrelangem militärischem Zwangsdienst. Dort warteten «Folter, unmenschliche Lebensbedingungen und sexueller Missbrauch» auf sie.

«Stoppt, Eritrea zu dämonisieren»

Die Vorwürfe der Uno-Menschenrechtskommission wurden sogleich in vielen Schweizer Medien ausführlich zitiert. Für Flüchtlingsorganisationen waren sie der Beleg, dass die Menschen, die aus Eritrea über das Mittelmeer kommen und immer zahlreicher in die Schweiz drängen, Schutz brauchen. Die Asylbehörden Berns fühlen sich durch den Uno-Bericht bestätigt in ihrer Haltung, laut der eine Rückschaffung von Eritreern unmenschlich und grausam wäre. Es ist ein buntes Meer an eritreischen Flaggen, das an der Demons-

tration vor dem Uno-Gebäude in Genf zuerst ins Auge sticht. Man sieht dunkelhäutige Männer und Frauen, Kinder und Erwachsene, Babys in Kinderwagen und Greise an Stöcken. Einige von ihnen drängen um ein Podium in der Mitte der Place des Nations, wo es Ansprachen in Deutsch, Französisch, Englisch und in der eritreischen Amtssprache Tigrinisch gibt.

Andere Demonstranten führen Transparente und Plakate mit. «Respektiert Eritreas Souveränität», heisst es da etwa, «Stoppt, Eritrea zu dämonisieren», «Schändlicher, unwahrer, unmenschlicher Report» oder «Eritrea: Eine Oase des Friedens». Andere tragen Bilder von Präsident Afewerki mit, mit Treuebekundungen wie «Wir sind er, er ist wir». Fragt man die Demonstranten, wie sie die Lage in ihrem Heimatland einschätzten, erfährt man Haltungen, Standpunkte und Fakten, die man noch kaum je gehört hat und die

von den Schweizer Medien noch nie zum Thema gemacht worden sind.

Zur Demonstration angereist sind auch Johanna Tesfalem und Johanna Tewelde. Die beiden jungen Frauen leben in Deutschland, wurden dort geboren. Ihre Eltern standen in den achtziger Jahren der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung nahe, die gegen die Besatzungsmacht Äthiopien kämpfte. Sie mussten wegen Verfolgung und Unterdrückung ihr Land verlassen und kamen als Flüchtlinge nach Europa. Als echte Flüchtlinge. 1993 wurde Eritrea unabhängig. Doch 1998 flammte ein blutiger Krieg mit Äthiopien auf, der 2002 auf der Grundlage eines internationalen Abkommens endete. Äthiopien aber missachtet den festgelegten Grenzverlauf bis heute, was immer wieder zu militärischen Scharmützeln mit Eritrea führt. Die internationale Gemeinschaft foutiert sich um die Grenzverletzungen und verurteilt stattdessen regelmässig Eritrea als angeblichen Unrechtsstaat.

Sanktionen auf fraglicher Grundlage

Die beiden Johannas aus Deutschland sind gut informiert über die Vorgänge rund um Eritrea. Kein Wunder, denn sie besuchen ihr Heimatland, wo ja die Unabhängigkeitsbewegung gesiegt hat, regelmässig. Die Uno-Ermittler aber seien nicht ein einziges Mal nach Eritrea gereist, um sich dort ein Bild der Lage zu machen, bemängeln die beiden Frauen. «Sie haben nur Oppositionelle befragt, die das Land verlassen haben.» Und diese würden die Verhältnisse in Eritrea natürlich möglichst düster schildern. In der Tat finden sich im Uno-Report viele Berichte von angeblichen Flüchtlingen, deren Identität aber nicht offengelegt wird. «So kann nicht einmal überprüft werden, ob es wirklich Eritreer waren – oder nicht vielmehr Somalis und Äthiopier, die unser Land schlechtmachen», bemängelt Johanna Tesfalem.

Vor allem stören die beiden Deutsch-Eritreerinnen die Wirtschaftssanktionen gegen das Land. Diese hat die Uno 2009 verhängt und später noch verstärkt – massgeblich, weil die eritreische Führung terroristischen Milizen in Somalia helfe. Allerdings musste eine Überwachungsgruppe der Uno letztes Jahr eingestehen, sie habe «keine Beweise gefunden» dafür, dass Eritrea die Al-Schabab-Miliz in Somalia tatsächlich unterstütze. Die Sanktionen blieben dennoch in Kraft. «Diese Sanktionen sind ein Hindernis für die Entwicklung Eritreas», sagen Johanna Tesfalem und Johanna Tewelde. Die Massnahmen seien in Wahrheit eine Bestrafungsaktion, weil Eritrea selber entscheiden wolle und so die Interessen von Grossmächten durchkreuze.

Diese Sanktionen seien widerrechtlich, sagt auch ein zwanzigjähriger Eritreer, der seit vielen Jahren in der Schweiz lebt. «Vielmehr sollte die Uno Äthiopien sanktionieren, weil

es ständig die festgelegte Grenzlinie verletzt.» Dass stattdessen Eritrea als Unrechtsstaat hingestellt werde, hat laut dem jungen Mann mit geopolitischen Interessen zu tun. Konkret geht es um die Kontrolle der 700 Kilometer langen Küste Eritreas zum Roten Meer, die vor allem für die USA strategisch wichtig ist. Eritrea weigere sich aber, nach der Pfeife Amerikas zu tanzen – schon seit vielen Jahrzehnten.

An der Demonstration dabei ist auch Amanuel. Der 33-Jährige ist aus London angereist. Im Alter von vier Jahren ist er mit seiner Familie vor den Wirren des Unabhängigkeitskriegs aus Eritrea geflohen. Zuerst lebte er im Sudan, später in Schweden, heute in Grossbritannien. Sein Heimatland müsse in ständiger Alarmbereitschaft bleiben, weil jederzeit ein Vorstoss Äthopiens drohe, sagt Amanuel.

In der Tat liegen die letzten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Eritrea und Äthiopien erst drei Jahre zurück. Erst wenn die internationale Gemeinschaft bereit sei, die Aggressionen Äthopiens zu stoppen, so Amanuel, könne Eritrea auch den National Service zurückfahren, den zu leisten junge Eritreer verpflichtet sind. Der National Service – ein öffentlicher Dienst, der militärisch oder zivil geleistet wird – ist einer der Hauptkritikpunkte gegenüber Eritrea. Laut Uno

Die Uno-Ermittler seien nicht ein einziges Mal nach Eritrea gereist, ist von den Demonstranten zu hören.

handelt es sich um einen jahrelangen, illegalen Zwangsdienst. Amanuel aber findet, solange Eritrea irgendwo zwischen Krieg und Frieden stehe, sei der Dienst Ausdruck der Selbstverteidigung. Statt dies zu kritisieren, sollte die Uno vielmehr dafür sorgen, dass ausländische Investoren nach Eritrea kommen, die Wirtschaft ankurbeln und so die Lebensbedingungen verbessern.

«Gruppendruck zur Auswanderung»

Man trifft an der Kundgebung auch einige Nichteritreer. Zu ihnen gehört Albert Zuberbühler, Vorstandsmitglied im Schweizer Unterstützungskomitee für Eritrea. Er besuche das Land seit 1967. «Ich war seither fast jedes Jahr dort – zuletzt im vergangenen Herbst.» Von den Verurteilungen Eritreas hält er schon lange nichts mehr. Das Land werde verraten, seit es vor fast siebzig Jahren Äthiopien zugeschlagen worden ist. In Wahrheit gehe es den Grossmächten wie den USA um die militärische Kontrolle an Eritreas Küste.

Bezüglich National Service winkt Zuberbühler ab. «Mein Vater war während des Zweiten Weltkriegs sechs Jahre im Aktivdienst», gibt er zu bedenken. Eritrea sei heute ebenso bedroht wie die Schweiz damals. Die

Fluchtgründe, die Eritreer heute in der Schweiz geltend machen, hält er für eine Farce. «In Eritrea weiss man sehr genau, wie grosszügig die Schweiz ist.» Junge Eritreer würden von ihren Familien gezielt in Richtung Europa losgeschickt. Es herrsche ein eigentlicher «Gruppendruck» zur Auswanderung.

Lebenserwartung deutlich gestiegen

Unter die Demonstranten gemischt hat sich Thomas Mountain. Der amerikanische Journalist berichtet seit vielen Jahren aus Eritrea. «Ich bin der lebendige Beweis dafür, dass es in Eritrea entgegen den Behauptungen Pressefreiheit gibt», sagt Mountain. Im Übrigen seien die Lebensbedingungen in Eritrea weit besser als sonst in Afrika. «Die Leute haben zu essen und zu trinken, sie haben ein Dach über dem Kopf, sind medizinisch gut versorgt und bekommen eine gute Schulbildung.» Damit seien die elementarsten Menschenrechte erfüllt.

Tatsächlich kann Eritrea seit der Unabhängigkeit beeindruckende Entwicklungserfolge vorweisen, etwa bei der Gesundheitsversorgung. Kindersterblichkeit und Malariafälle zum Beispiel haben massiv abgenommen, während die Lebenserwartung von 48 auf 63 Jahre gestiegen ist. Die Uno selber hat diese Erfolge bestätigt.

Einige Demonstranten beginnen Parolen zu skandieren. «Keine Lügen mehr» und «Es lebe Eritrea», rufen sie in Richtung Uno-Gebäude. Doch dieses wirkt wie ein unbeweglicher Monolith. Die Argumente der Eritreer scheinen niemanden zu interessieren – nicht bei der Uno, aber auch sonst nicht. In Schweizer Zeitungen erscheint am folgenden Tag kein einziger Bericht über die Grossdemo. ○

CP
CRESTA
PALACE

Bergfrühling
AUFBLÜHEN IM
ENGADINER BLUMENMEER

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
Zimmer/Frühstück ab CHF 125.– pro Person
Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison 20. Juni–11. Okt. 2015

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Anne und Kai Ulrich

das Bergjuwel

Vorläufige Aufnahme für Verbrecher

Stundenlang hielt ein Asylbewerber in Graubünden 2013 die Öffentlichkeit mit einer Geiselnahme in Atem. Dafür musste er viereinhalb Jahre ins Gefängnis. Trotz seiner Tat gewährten die Bundesbehörden dem Kriminellen eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz. Warum, darf man nicht wissen. *Von Alex Reichmuth*



Die Geiselnahme dauerte acht Stunden: Zizers, 3. Oktober, 2013.

Am 3. Oktober 2013, um vier Uhr nachmittags, nahm das Drama im bündnerischen Zizers seinen Lauf. Aus dem Nachtclub «Midnight Emotions» drangen zuerst Schreie, dann ertönten Schüsse. Bald war klar, dass ein 30-jähriger syrischer Asylbewerber zwei Frauen und einen Mann als Geiseln genommen hatte. Man musste um ihr Leben fürchten. Sie habe gemeint, sterben zu müssen, sagte eine Geisel später gegenüber Tele Südostschweiz.

Das Gebiet musste grossräumig abgesperrt werden, die Kantonsstrasse war unterbrochen. Acht Stunden dauerte die Geiselnahme. Um ein Uhr nachts gab der Mann endlich auf und stellte sich. Die Tat hatte den grössten Polizeieinsatz in Graubünden seit dreizehn Jahren ausgelöst. Im Einsatz waren die Kantonspolizei, die Stadtpolizei Chur sowie Polizisten aus Glarus, Zürich und Liechtenstein. Sogar ein Super-Puma-Helikopter der Armee kam zum Einsatz.

Der Asylsuchende war schon vorher mit Diebstählen aufgefallen. Nun hatte er sich als handfester Verbrecher entpuppt. Im November letzten Jahres verurteilte ihn das Bezirksgericht Landquart zu viereinhalb Jahren Gefängnis – wegen mehrfacher Geiselnahme, mehrfachen Tötlichkeiten, mehrfacher Gefährdung des Lebens, mehrfacher sexueller Nötigung und mehrfacher Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes. Denn der Mann

hatte nicht nur Geiseln genommen, sondern einer von ihnen, seiner Ex-Freundin, mit der Pistole auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen. Er hatte mehrmals knapp an ihrem Kopf vorbeigeschossen. Zudem hatte er sie und die andere weibliche Geisel zu sexuellen Handlungen genötigt. Bei alledem stand er unter dem Einfluss von Haschisch und Alkohol.

Nicht bekannt war bis jetzt, dass ein Monat vor dem Gerichtsurteil noch ein anderer Entscheid fiel – der Entscheid über das Asylgesuch des Syrers. Das Bundesamt für Migration, heute Staatssekretariat für Migration (SEM), lehnte dieses Gesuch zwar ab. Aber es verfügte gleichzeitig auch eine vorläufige Aufnahme. Das bedeutet, dass die Bundesbehörden den Mann zwar nicht als Flüchtling anerkannten, seine Wegweisung aber dennoch nicht vollzogen, weil sie ihnen unzumutbar scheint.

Vorläufig Aufgenommene können bis auf weiteres in der Schweiz bleiben. Sie können innerhalb ihres Kantons den Wohnort frei wählen. Sie haben in einigen Kantonen sogar die gleichen Ansprüche auf Sozialhilfe wie Schweizer und niedergelassene Ausländer. Und sie können nach drei Jahren unter gewissen Bedingungen Familienangehörige in die Schweiz nachkommen lassen.

In der Realität endet eine vorläufige Aufnahme meist nicht mit einer Ausreise aus der

Schweiz. Letzte Woche informierte der Bundesrat, dass von den rund 3200 Personen mit vorläufiger Aufnahme, die der Bund 2014 aufgehoben hat, rund drei Viertel definitiv in der Schweiz bleiben könnten.

Asylbefragungen im Gefängnis

Eine Wegweisung abgelehnter Asylbewerber erscheint den Behörden meist dann unzumutbar, wenn diese im Heimatland bedroht sein könnten – etwa wegen Kriegshandlungen. Doch beim Geiselnehmer von Zizers scheint das nicht der Fall gewesen zu sein. Im Gegenteil wirkten die Gründe, die der Mann für seine angebliche Flucht angebracht hatte, den Bundesbeamten widersprüchlich und unglaubwürdig. Sie fanden keine Anhaltspunkte, dass ihm Nachteile drohen, wenn er nach Syrien zurückkehrt.

Das Staatssekretariat für Migration war bei seinem Entscheid vollauf im Bild über die Geiselnahme. Es befragte den Syrer teilweise sogar im Untersuchungsgefängnis zu seinen Asylgründen. Die *Weltwoche* wollte vom SEM wissen, warum die Wegweisung des Geiselnehmers nicht zumutbar sein sollte. Auch wollte sie wissen, warum die Asylbehörden entschieden, ohne das Urteil des Bezirksgerichts Landquart abzuwarten. Und sie wollte wissen, ob tatsächlich damit zu rechnen sei, dass der Mann nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in der Schweiz bleiben kann. Zu all diesen Fragen machte das SEM aber keine Angaben – wegen des Datenschutzes.

2010 nahm das Schweizer Stimmvolk die Ausschaffungsinitiative an und forderte, dass kriminelle Ausländer das Land verlassen müssten. Die Initiative ist bis heute nicht umgesetzt. Der Fall des Geiselnehmers von Zizers zeigt, dass nicht nur viele Kriminelle mit geregelter Aufenthalt weiterhin in der Schweiz bleiben können, sondern sogar Verbrecher, die nie eine Aufenthaltsbewilligung besaßen.

Man reibt sich die Augen: Die Steuerzahler haben dem Syrer ein aufwendiges Asylverfahren und einen mehrjährigen Aufenthalt in der Schweiz finanziert, obwohl dessen Fluchtgründe fadenscheinig waren. Er entpuppte sich als Gefahr für die Öffentlichkeit und bedrohte in der Schweiz lebende Menschen. Nötig war ein enorm teurer Polizeieinsatz. Auch die Kosten seiner Gefängnisstrafe belasten die Allgemeinheit. Die Öffentlichkeit darf nun aber nicht erfahren, warum der Mann trotz seiner Tat hierbleiben kann. ○

Fördergelder für sich selbst

Das Schweizer Stimmvolk sagte 2012 wuchtig ja zu mehr musikalischer Bildung. In der Folge öffnete der Bund einen grosszügig dotierten Fördertopf. Einen beträchtlichen Teil des Geldes streicht die Präsidentin der Vergabekommission für ihr eigenes Projekt ein. *Von Rico Bandle*

SVP-Nationalrat Oskar Freysinger lief zu poetischer Hochform auf, als er 2010 im Nationalrat für die Volksinitiative «Jugend und Musik» das Wort ergriff: «Ein jedes Menschenleben ist ein einmaliges Musikstück, ein Stück, das weder eingeübt noch wiederholt werden kann. Nein, nicht das Wort war zuerst, sondern der Ton. Und der Ton wurde Musik, und die Musik wurde Fleisch.»

Mehr Musik, mehr Mittel, damit jedes Kind in der Schweiz ein Instrument lernen kann – wer will da schon dagegen sein? Die Abstimmung am 23. September 2012 wurde zu einem Triumph für die Initianten. Volk und Stände nahmen die neue Verfassungsbestimmung zur Förderung der musikalischen Bildung mit einem Ja-Anteil von 72,8 Prozent an.

Nach der ersten Euphorie zeigte sich: Die Umsetzung ist nicht ganz einfach. Dass in der Schweiz die Bildung eigentlich Sache der Kantone ist, hatten bereits die Initianten eingesehen – und ihre Volksinitiative zugunsten eines Gegenvorschlags zurückgezogen, der diesem Umstand gerecht wird. Und ohnehin: In der Schweiz war der Musikunterricht schon vorher sehr gut ausgebaut, vielerorts auch mit Angeboten für Kinder aus Familien mit geringen finanziellen Möglichkeiten. Was kann da also der Bund noch unternehmen, um das grösstenteils bereits erfüllte Versprechen, «alle Kinder und Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, sich musikalisch zu betätigen», umzusetzen?

Der Bund tat, was er in solchen Fällen immer tut: Er setzte eine Arbeitsgruppe ein, in der sämtliche betroffenen Jugendmusikverbände vertreten waren. Diese lieferte einen 47 Seiten umfassenden Bericht ab. Und als Sofortmassnahme sprach er eine halbe Million Franken, die jährlich für die Förderung der «ausserschulischen musikalischen Bildung» verteilt werden sollte. Den Auftrag für die Verteilung erhielt der Verein Jugend + Musik (J+M), der die Volksinitiative lanciert hatte. Offiziell hat die J+M-Fondskommission nur beratende Funktion, doch bisher wurden alle ihre Vorschläge vom Bundesamt für Kultur ausnahmslos übernommen. Präsidentin dieser Kommission ist die Basler Kulturmanagerin Kathrin Renggli.

Im ersten Jahr, 2012, gingen 25 Gesuche für finanzielle Unterstützung ein, 15 davon wurden berücksichtigt. So erhielt zum Beispiel die Brauchtumswoche Fiesch 7000, das Nationale Jugendblasorchester 24 000, der Schweizer Jugendchor 15 000 Franken. Der Höchstbetrag für ein einzelnes Projekt lag bei 70 000 Fran-

ken – mit einer Ausnahme: Das Europäische Jugendchor-Festival Basel erhielt mit 140 000 Franken gleich das Doppelte und damit mehr als ein Viertel der Gesamtsumme von 500 000 Franken. Die Leiterin des Europäischen Jugendchor-Festivals ist: Kathrin Renggli, die Präsidentin der Fondskommission.

Im darauffolgenden Jahr gingen sechzehn Gesuche ein, zehn davon wurden bewilligt. Erneut stach auf der Liste der ausgewählten Projekte eine Veranstaltung heraus, die viel mehr Geld erhielt als alle andern, nämlich 180 000 Franken: das Europäische Jugendchor-Festival Basel von Kathrin Renggli.

Doppelter Betrag

Wie kann es sein, dass in zwei Vergaberunden die grössten Beiträge ausgerechnet an das Projekt der Präsidentin des Vergabegremiums geht? David Vitali, Leiter Sektion Kultur und Gesellschaft beim Bundesamt für Kultur, sagt, es sei alles korrekt verlaufen. «Das Europäische Jugendchor-Festival hat die Kriterien für die Unterstützung sehr genau erfüllt. Kathrin Renggli ist bei dem Entscheid jeweils reglementskonform in Ausstand getreten.» Es sei in solchen Expertengremien fast nicht zu vermeiden, dass die Mitglieder in der einen oder anderen Form mit einem Gesuchsteller verbunden sind. Kathrin Renggli beteuert, sie habe auf den

Vergabeentscheid gar keinen Einfluss gehabt. Auch wirke es nur auf den ersten Blick so, wie wenn das Europäische Jugendchor-Festival mehr Geld erhalten hätte als die anderen Gesuchsteller. «Wir haben auch das mit Abstand grösste Projekt. Im Verhältnis zur Grösse erhalten wir nicht am meisten Geld.»

Rein formell kann dem Bundesamt für Kultur wahrscheinlich tatsächlich nichts vorgeworfen werden. Doch kaum ein Stimmbürger dürfte an eine solche Vergabepraxis gedacht haben, als er vor drei Jahren ein Ja in die Urne legte.

Nun sollen die Fördermassnahmen ausgeweitet werden. Die kürzlich vom Parlament genehmigte Kulturbotschaft für die Jahre 2016 bis 2020 sieht vor, dass ähnlich wie bei Jugend+Sport auch im Musikbereich die Aus- und Weiterbildung von Leitern sowie Lager für Kinder und Jugendliche unterstützt werden. Dies entspricht durchaus dem, was vor der Abstimmung versprochen worden war. Doch auch die umstrittenen Vergaben durch die J+M-Fondskommission werden weitergeführt – und sogar deutlich erhöht: Anstatt einer halben Million steht ab nächstem Jahr eine ganze Million zur Verfügung. Kathrin Renggli und ihr Chorfestival wird's freuen. Aus Musik wurde – ganz nach Freysinger – nicht nur Fleisch, sondern vor allem Geld. ○



Aus Musik wurde Geld: Kommissionspräsidentin und Kulturmanagerin Renggli.

Unfall mit Folgen

Revidiert das Bundesgericht mit dem neuen Leiturteil seine Haltung zu Schleudertraumata und Schmerzstörungen, wie die Medien jubelten? Nein, es kümmert sich immer noch darum, die teuren Folgen eines Fehlentscheids vor 24 Jahren zu korrigieren. Von Markus Schär und Jonas Baumann (Illustration)

Ein Lehrling auf dem Töffli setzt auf offener Strasse dazu an, ein Auto zu überholen. Dieses schert aus, der Töfflifahrer prallt gegen das Auto und fällt über die Böschung. Er steht wieder auf, doch er leidet an Verstauchungen, Prellungen, einem Schock. Solche Unfälle kommen täglich auf unseren Strassen vor; aber dieser, der 1983 geschah, treibt das Land weiterhin um. In einem Leiturteil des Bundesgerichts, das letzte Woche Aufsehen erregte, geht es immer noch um die Folgen des Unfalls vor 32 Jahren – des teuersten aller Zeiten.

Den Namen des Opfers kennt jeder Jusstudent nach einem Semester Sozialversicherungsrecht. Denn nach achtjährigem Kampf seines Anwalts sprach ihm 1991 das Eidgenössische Versicherungsgericht mit einem Leiturteil eine Invalidenrente zu. Die höchsten Richter in Luzern – die heute die beiden sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts bilden – fanden zwar keine Erklärung für das «bunte Beschwerdebild»: Nackenschmerzen, Kopfweg, Schwindel. Doch sie nahmen an, dazu führten «Mikroverletzungen», die sich noch nicht nachweisen liessen. Und sie meinten deshalb, der KV-Lehrling könne seine Arbeit nicht mehr aufnehmen und auch keine andere Ausbildung beginnen, die ihm sein Hausarzt vermitteln wollte. Der junge Mann bekam eine lebenslange Rente.

Löcher von bis zu zwei Milliarden Franken

Damit löste das höchste Gericht eine Epidemie aus. Denn die Lehre aus dem Leiturteil hiess: Wer hartnäckig genug über Beschwerden klagte und auf dem Rechtsweg für seine Vorteile kämpfte, dem winkten Millionen von den Haftpflichtversicherern und Renten von IV, Suva oder Pensionskasse. Die Belohnung bekamen nicht jene, die sich um ihre Gesundheit bemühten, sondern jene, die ihre Arbeitsunfähigkeit behaupteten, selbst wenn die Ärzte dafür keine Ursache erkannten. Von 1990 bis 2005 verdoppelte sich so die Zahl der IV-Rentner, zwei Drittel der Neurentner bekamen das Geld aufgrund von Gebrechen mit «unklarer Kausalität». In den Jahresrechnungen der Invalidenversicherung klafften deshalb Löcher von bis zu zwei Milliarden Franken, ihre Schuldenlast wiegt noch heute fast dreizehn Milliarden schwer.

Das Bundesgericht musste diese kranke Entwicklung stoppen, also den Entscheid von 1991 umstossen. Es fiel 2004 ein weiteres Leiturteil: Eine Schmerzstörung, für die sich keine körperliche Ursache finde, könne «in der Regel

keine lang dauernde, zu einer Invalidität führende Einschränkung der Arbeitsfähigkeit bewirken»; vielmehr lasse sie sich «mit einer zumutbaren Willensanstrengung überwinden». Diese Praxisänderung – zusammen mit dem Rücktritt der allzu grosszügigen Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) und der Entlassung ihrer hilflosen IV-Chefin Beatrice Breitenmoser (SP) – liess die Zahl der Neurentner ab 2005 auf nahezu die Hälfte einbrechen (siehe Grafik).

Danach schauten die Bundesrichter immer strenger hin. 2010 fanden sie, ein Schleudertrauma könne nicht zur Invalidisierung führen; ab 2011 sprachen sie keinem Kranken mehr mit anhaltenden Schmerzstörungen ohne erkennbare Ursache eine Rente zu. Darum heulten Opferanwälte auf, das Bundesgericht verletze das Menschenrecht auf faire Verfahren, wenn es bei solchen Beschwerden gar keinen Beweis für die Invalidität mehr zulasse. Sie zogen mehrere Fälle an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weiter. Aus Strassburg ist aber seit Jahren nichts davon zu hören, was heissen dürfte, dass diese Fälle in der Schublade liegen (Weltwoche Nr. 41/14).

Das Bundesgericht sorgte deshalb für eine Sensation, als es letzte Woche meldete, es ändere seine Rechtsprechung zu den Schmerzstörungen: «Die bisher geltende Vermutung, dass solche Leiden in der Regel mit zumutbarer Willensanstrengung überwindbar sind, wird auf-

gegeben.» Die Journalisten, die seit je für die Opfer kämpfen, obwohl sie als Bürger unter dem Missbrauch der Sozialwerke leiden, jubelten über das Urteil. Die *Aargauer Zeitung* versprach: «Patienten mit Schleudertraumata können wieder IV beziehen.» Die *Basler Zeitung* verhiess immerhin «Hoffnung auf IV bei Schleudertrauma». Die Depeschagentur verleitete mit ihrer sachlichen Meldung Redaktoren zum Dichten von Titeln wie «IV muss Schleudertrauma-Fälle neu beurteilen» (*Berner Zeitung*) oder gar «Richter wollen IV-Rente für Schmerzpatienten» (*Freiburger Nachrichten*). Und die Expertinnen von *Tages-Anzeiger* und *Bund*, die sich in den letzten Jahren als Sprachrohr für Opferanwälte hergaben, begrüsst die «überfällige Kurskorrektur» dank dem «Richterspruch aus Lausanne».

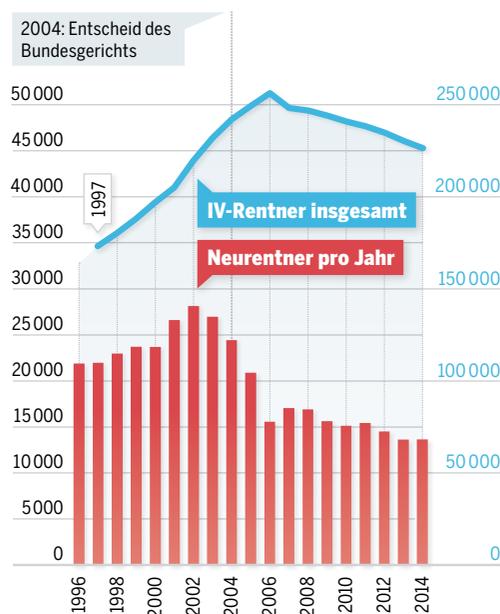
Überprüfung, nicht Umsturz der Praxis

Was ist von diesem Leiturteil zu halten? Die Lektüre des 31 Seiten langen, mit Verweisen auf die Rechtsprechung und den Forschungsstand gespickten Textes zeigt: Die zehn Richterinnen und Richter der beiden sozialrechtlichen Abteilungen bewiesen Mut, indem sie gemeinsam die Kritik vor allem von Medizinern aufnahmen, ihre Praxis überprüften und auf ihr Urteil von 2004 zurückkamen. Das bedeutet aber nicht, wie die Medien kurzschlossen, dass das Bundesgericht seine Haltung umstürzt, und schon gar nicht, dass es frühere Fälle neu verhandelt.

Mit dem konkreten Fall setzen sich die Richter nur auf knapp vier Seiten des Urteils auseinander, während die Entscheide sonst über Seiten hinweg belegenden Geschichten von Menschen erzählen, die sich jahrelang durch Arztpraxen, Rehabilitationskliniken und vor allem Anwaltskanzleien plagen, mit dem einzigen Ziel, ihre Invalidität zu beweisen. Die Bundesrichter wählten offenbar ein typisch unspektakuläres Beispiel aus, um ihre Praxisänderung anzukündigen: Eine heute 57-jährige Kosovarin, in den neunziger Jahren mit ihren sechs Kindern in die Schweiz gekommen, arbeitete zeitweilig als Küchenhilfe. Sie meldete sich 2012 bei der IV an, weil sie nach eigenen Aussagen an Rückenschmerzen und Schlafstörungen, Kraftlosigkeit und Niedergeschlagenheit litt. Die IV-Stelle und das Verwaltungsgericht des Kantons Zug lehnten das Begehren aber ab, deshalb zog es der Anwalt der Frau, ein lautstarker Kritiker des Bundesgerichts, nach Luzern weiter.

Die Bundesrichter geben ihm nicht recht, sprechen also der Frau keine Rente zu. Sie

Entwicklung der IV-Rentnerzahlen



QUELLEN: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN

Jagd nach der Rente statt der Gesundheit.



«Buntes Beschwerdebild»: IV-Rentner mit Gebrechen «unklarer Kausalität» kosten Milliarden.

stellen jedoch fest, die Symptome, die der Gutachter des Zuger Verwaltungsgerichts beschrieb, könnten auch auf eine mittelschwere Depression deuten, zumal die Patientin aufgrund ihrer Flucht vor dem Krieg in Ex-Jugoslawien und ihres Kampfs ums Überleben der Grossfamilie unter zusätzlichen Belastungen litt. Deshalb folgern die Bundesrichter: «Ein abschliessender materieller Entscheid anhand des gegebenen medizinischen Dossiers ist nicht möglich.» Sie weisen den Fall an die Vorinstanz zurück, damit diese mit einem weiteren psychiatrischen Gutachten die Lebensumstände der Frau umfassend abklären lasse – wie es das Bundesgericht mit seiner neuen Praxis fordert.

Was ist daran neu? Das Leiturteil von 1991, von Experten bald als Fehltrteil bezeichnet, liess eine Industrie wuchern: Opferanwälte stiessen ihre Klienten von einer Instanz zur nächsten, mit dem Ziel, eine Rente zu ergattern, statt die Arbeitsfähigkeit wieder zu erlangen. Als Anlass dafür brauchte es bald nicht einmal mehr einen Unfall wie beim Lehrling. Das Bundesgericht musste auch Fälle beurteilen, die des gesunden Menschenverstands spotten. Zum Beispiel: Eine Produktionsmitarbeiterin fiel über einen Schlauch und prellte sich die linke Schulter; sie klagte weiter über Schmerzen, als sich die Ärzte längst ratlos zeigten. Eine Flight-Attendant stolperte über ein Podest und

stauchte sich eine grosse Zehe, darauf galt sie einen Monat als arbeitsunfähig; neun Jahre später schlug sie die Zehe in der Dusche nochmals an, deshalb forderte sie eine Rente. Oder eine Rechtsanwältin erlitt ein Schleudertrauma, als auf dem Zürcher Bürkliplatz ein Fiat Seicento in den Kotflügel ihres Chrysler Grand Voyager stiess, ohne dass an den Autos ein Schaden entstand – sie kämpfte noch zehn Jahre später mit einer Artikelserie im *Tages-Anzeiger* und mit einem Buch darum, als Invalide zu gelten.

Diese Jagd nach der Rente statt der Gesundheit mussten die Politik und die Justiz stoppen: Im Bundesrat, dank der rechtsbürgerlichen Mehrheit zwischen 2003 und 2007, setzte Pascal Couchepin den Grundsatz der IV endlich wieder durch: Eingliederung vor Rente. Und das Bundesgericht trieb mit seiner strengeren Haltung ab 2004 diese Entwicklung voran: Wer gar nicht mehr auf eine Rente hoffen konnte, der sollte sich um seine Gesundheit kümmern.

Arbeit als Fussballtrainer

Die wütenden Anwürfe der Opferanwälte liessen die Bundesrichter an sich abprallen, nicht aber den Einspruch der Mediziner, vor allem von Professor Peter Henningsen. Der Münchener Psychosomatiker stellte 2014 in einem Gutachten fest, die Schmerzstörungen seien «nicht unklarer als andere Krankheitsbilder auch».

Neunzig Prozent der Menschen litten mindestens einmal pro Woche an Schmerzen: «Aber Gesundheit ist nicht die Abwesenheit aller Beschwerden, sondern die Fähigkeit, damit umgehen zu können.» Deshalb müssten Ärzte und Richter den Einzelfall umfassend anschauen.

In seinem neuen Leiturteil fordert das Bundesgericht darum ein «strukturiertes Beweisverfahren», um das Leistungsvermögen der betroffenen Personen «einzelfallgerecht und ergebnisoffen» zu beurteilen. Dabei sei nicht nur zu berücksichtigen, was gegen, sondern auch was für die Zumutbarkeit einer Arbeitstätigkeit spreche: In den Entscheid soll also auch einfließen, welche Hilfe ein Patient von seiner Familie und seinen Betreuern bekommt – und ob er sich im Sinn der IV-Maxime tatsächlich um Eingliederung vor Rente bemüht.

Was gemeint sein dürfte, lässt sich am Fall des Leiturteils von 1991 zeigen. Der Lehrling mit dem Töffliunfall sperrte sich gegen jede Hilfe bei der Jobsuche, gründete aber nach dem Urteil eine Familie und zog ein IT-Geschäft auf. Und er arbeitet als Fussballtrainer, als «ausgewiesener Fachmann im Ausbildungsbereich» mit über 25 Jahren Erfahrung (man rechne!), wie ihn sein Verein rühmt. Der Entscheid fällt leicht: Dieser tüchtige Mann bekäme heute keine Rente mehr – und er hätte nie eine bekommen dürfen. ○

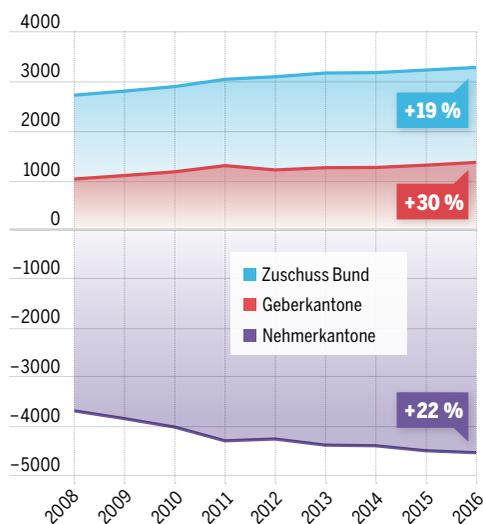
Finanzausgleich ausser Rand und Band

Vertrauliche Zahlen aus dem Departement Widmer-Schlumpf zeigen: Auch 2016 werden sich die Beiträge an die Nehmerkantone erhöhen. Der Kanton Bern kratzt an der 1,3 Milliarden-Marke. Hätte der Nationalrat dem jüngsten Kompromiss auch im Lichte dieser Fakten zugestimmt? Von Florian Schwab

Jedes Jahr im April rechnet die Eidgenössische Finanzverwaltung aus, wie hoch die kantonalen Einzahlungen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) beziehungsweise die Auszahlungen daraus im folgenden Jahr voraussichtlich ausfallen. Die kantonalen Finanzdirektoren sollen damit eine wichtige Information für ihre Budgetierung an die Hand bekommen. Dieses Jahr fand die Rechenübung allerdings in politisch vermintem Gelände statt.

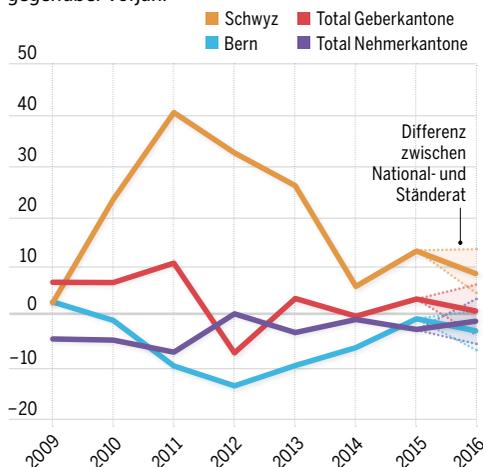
Nationaler Finanzausgleich I

Zahlungen von Geberkantonen und Zuschuss vom Bund für die Nehmerkantone, in Millionen Franken



Nationaler Finanzausgleich II

Prozentuale Veränderung der Zahlungen in den NFA-Topf gegenüber Vorjahr



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT

Nehmen ist seliger denn Geben.

Unversöhnlich standen sich im April der Nationalrat und der Ständerat gegenüber. Der Nationalrat wollte den Finanzausgleich, der seit seiner Einführung im Jahr 2008 um 22 Prozent von 3,7 Mrd. Fr. auf 4,5 Mrd. Fr. angestiegen ist (vgl. Grafik), geringfügig zurückbinden. Dabei hatte die Grosse Kammer – offiziell zumindest – die Unterstützung des Bundesrates und der Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP). Hingegen lehnte der Ständerat, durch den sich die Kantonsinteressen artikulieren, Kürzungen samt und sonders ab.

Am vorvergangenen Montag trat der Nationalrat zur Abstimmung zusammen. Auf dem Tisch lag ein sogenannter Kompromissvorschlag des Ständerats, den dieser mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) koordiniert hatte – massgeblich auf Initiative des bisherigen Geberkantons Waadt, der nächstes Jahr, und hier beginnen die Merkwürdigkeiten, ins Lager der Nehmerkantone wechseln wird.

Nur neun Geberkantone

Dieser Kompromiss sollte genau in die Mitte der beiden Positionen zu liegen kommen. Eine Mehrheit der nationalrätlichen Finanzkommission empfahl, die Friedenspfeife auszuschiessen und auf den Kürzungen zu beharren. Doch die Ratsmehrheit sah es anders. Auch in der SVP, die in den vorigen Abstimmungen zu dem Thema geschlossen gegen den Ständerat gestimmt hatte, taten sich plötzlich Fronten

Schon jetzt frisst der NFA in Zug und Schwyz 40 respektive 20 Prozent der jährlichen Einnahmen auf.

auf, die wie in den anderen Parteien ungefähr entlang der Grenzen zwischen Geber- und Nehmerkantonen verliefen. Damit fiel die nationalrätliche Bastion, gibt es doch unter 26 Kantonen derzeit nur 9 Geberkantone: 107 zu 78 Stimmen gegen die eigene Kommission und den Bundesrat.

Was die Nationalräte nicht wussten: Seit mehr als zwei Monaten kennt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die erwarteten Zahlungen für 2016. Fein säuberlich hat es in zwei Tabellen die Variante Nationalrat und die Variante Ständerat aufgeführt. Die Parlamentarier bekamen diese Dokumente aber nicht zu Gesicht.



«Negativspirale»: Nationalrätin Gossi.

Dabei offenbaren die Tabellen, die der Weltwoche vorliegen, durchaus brisante Fakten, die leicht zu Zunder für die öffentliche Debatte hätten werden können. Zunächst: Der vorgeschlagene Kompromiss führt nicht etwa zu einer Senkung der NFA-Transfers, sondern nochmals zu einer Erhöhung. Insgesamt 27 Millionen Franken mehr als im Jahr 2015 werden 2016 an die Nehmerkantone ausgeschüttet werden. Die Anzahl Geberkantone reduziert sich von neun auf sechs, weil die Kantone Waadt, Baselland und Schaffhausen infolge der komplizierten NFA-Arithmetik ins Lager der Nehmerkantone wechseln.

Für die verbleibenden «sechs Verdammten», wie es ein Kantonsgewährsmann ausdrückt, wächst die finanzielle Belastung weiter an. Schon jetzt frisst der NFA in den Kantonen Zug und Schwyz 40 respektive 20 Prozent der jährlichen Einnahmen auf. Die wenigen Geberkantone müssen im Jahr 2016 noch mehr zahlen als im Jahr 2015.

Demgegenüber entwickeln sich manche Nehmerkantone zu einem Fass ohne Boden. Allein der Kanton Bern erhält gemäss den Berechnungen von Widmer-Schlumpfs Beamten 31 Millionen mehr und kratzt mit 1,264 Milliarden Franken an der 1,3 Milliarden-Marke. Mit dem moderaten Kürzungsvorschlag des Nationalrats hätte er mit 11 Millionen Franken weniger auskommen müssen.

Die zweite Grafik veranschaulicht, wie sich die jährlichen Einzahlungen oder Auszahlungen prozentual im Vergleich zum Vorjahr ent-

wickelt haben. Am Beispiel des Kantons Schwyz lässt sich sehen, dass seine Beiträge an den Finanzausgleich zwischen 2009 und 2011 um vierzig Prozent gewachsen sind, während auf der anderen Seite die Ansprüche des Kantons Bern (hellblaue Linie) seit 2009 sich Jahr für Jahr negativ entwickelt haben. Wie man sieht, hätte der Vorschlag des Nationalrats für das Jahr 2016 zu einer Verflachung dieses Wachstums in Richtung der Null-Linie geführt, die Dynamik allerdings nicht ganz gebrochen. Demgegenüber hätten sich die Ungleichgewichte beim Status quo, den der Ständerat beibehalten wollte, weiter mit hohen Wachstumsraten vergrössert.

Argumente in der Aktentasche

Man sieht: Die Zahlen sind bei nüchterner Betrachtung Wasser auf die Mühlen der Geberkantone und der ursprünglichen Haltung des Bundesrats und des Nationalrats. Einzelne Mitglieder der Finanzkommission sollen hell entsetzt gewesen sein, als sie die Tabellen kürzlich erstmals vertraulich zu Gesicht bekamen. Warum hat die Finanzministerin sie dem Parlament nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt, obwohl sie ihre Position gestärkt hätten? Sie hoffe, dass die Kürzung «noch möglich ist», flötete Widmer-Schlumpf in den Ratssaal, während die besten Argumente in ihrer Aktentasche schlummerten. Wollte sie dem Kom-

promiss, dem sie im Parlament öffentlich entgegnet, insgeheim zum Durchbruch verhelfen?

Eine Nachfrage bei Widmer-Schlumpfs Generalsekretariat ergibt folgende Erklärung: Zu den Zahlen äussere man sich nicht, da diese «erst am 7. Juli kommuniziert» würden. Die Bundesrätin habe im Parlament aber sehr wohl erwähnt, dass «gemäss den provisorischen Zahlen» die Transfers im Jahr 2016 «höher sein werden» als im Jahr 2015.

Angesichts der abschreckenden Komplexität der Materie hätten genaue Zahlen durchaus einen Unterschied bedeutet, finden hingegen einige Parlamentarier. Beim Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger macht sich Unmut bemerkbar. Er schreibt, seine Fraktion «bedauere», dass die EFD-Zahlen nicht schon während der parlamentarischen Auseinandersetzung vorlagen. «Vielleicht hätten diese mehr Druck auf die Beratung ausüben können.» Er kritisiert zudem das «sture Verhalten» der Nehmerkantone im Ständerat, das schliesslich den Nationalrat zum Einlenken gezwungen habe.

Die Bereitschaft der Zahlmeister Schwyz und Zug, in dem allzu durchschaubaren NFA-Spiel noch länger mitzumachen, nähert sich derweil dem Nullpunkt. Sie sehen sich als Opfer einer politischen Maschine, die ausser Rand und Band geraten ist: Wo zwanzig Wölfe und sechs

Schafe demokratisch darüber abstimmen, was es zum Abendessen gibt, ist das Ergebnis programmiert. In dieser Gemengelage ist das Wort Kompromiss schon grundsätzlich fehl am Platz. Nicht einmal das geplante Kantonsreferendum ist bei einer solchen Übungsanlage eine realistische Option, braucht es dafür doch mindestens acht Kantone.

Nationalrätin Petra Gössi (FDP) aus dem Geberkanton Schwyz, eine der stärksten Kritikerinnen des NFA, gibt sich resigniert. Ein solches Referendum sei nur zu gewinnen,

Warum hat die Finanzministerin die Tabellen dem Parlament nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt?

wenn auch bei den Regierungen von Nehmerkantonen «staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein» Einzug halte und auch Kantonsregierungen aus der Romandie mitmachten. Das ursprüngliche Ziel des NFA, keinen Kanton unter 85 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Budgets fallen zu lassen, sei bereits «übererfüllt». Jede Ausweitung schade daher nur noch. Es drohe eine «Negativspirale» und schliesslich ein «Scherbenhaufen». Bei bürgerlichen Kollegen aus den Nehmerkantonen erfahre sie für diese Haltung zunehmend Unterstützung, so Gössi. ○

WAS WILLST DU HÖREN?

Kai (30) hört Grün
Kai hört my105 Rock

Larissa (21) hört Rot
Larissa hört my105 Party

Jetzt neu:
my105.ch oder als App



Höre auf 8 verschiedenen Musik-Channels Deinen Liebessound - täglich neu zusammengestellt von unserer Musikredaktion. Entdecke neue Musik, vote für oder gegen Songs aus der Playlist und bestimme so die stündlichen Top 5. my105 - überall, wo es Internet gibt!

Bin ich selbst mal so rumgelaufen?

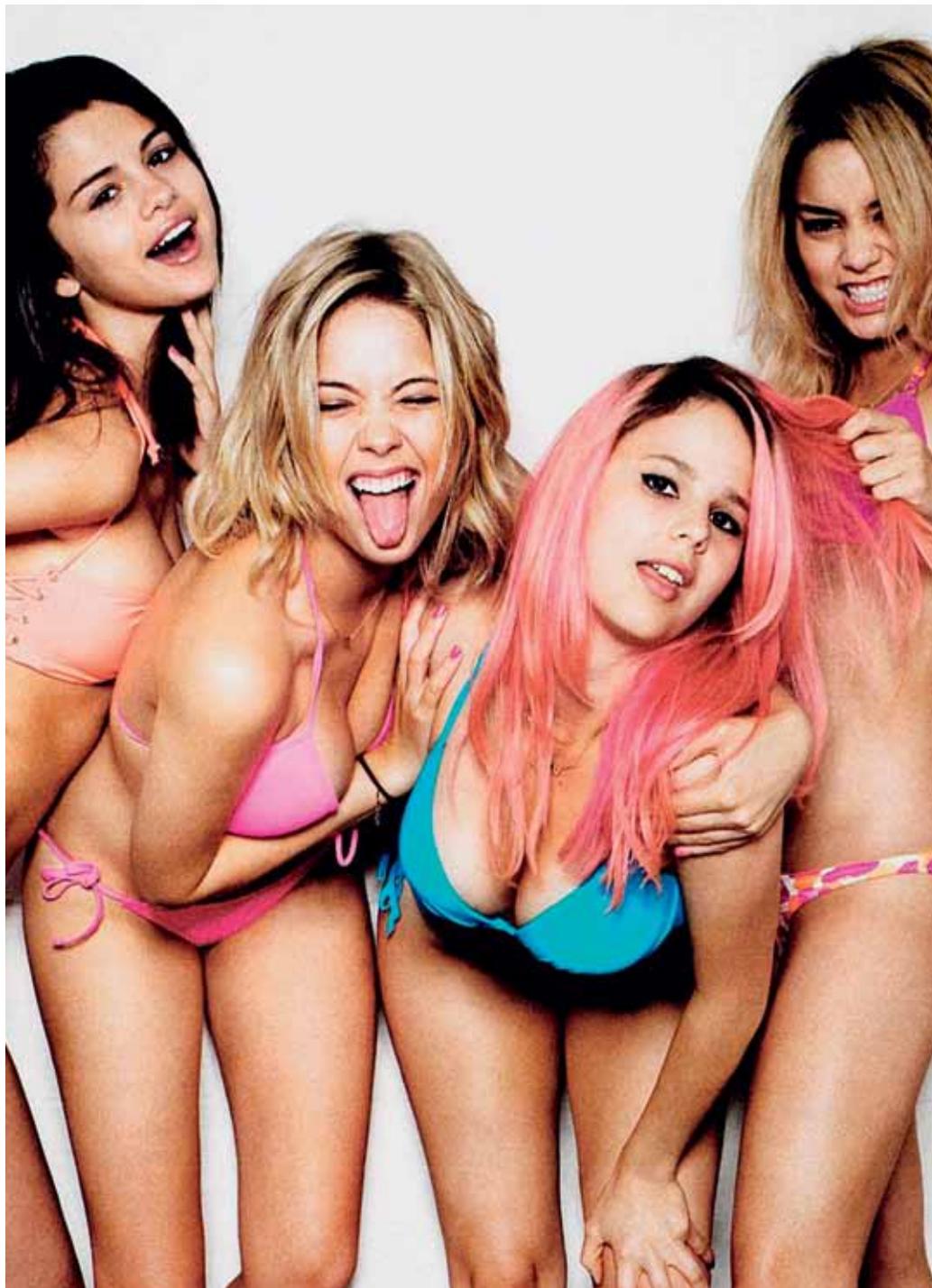
Ich habe drei Töchter. Sie sind 25, 22 und 16 Jahre alt. Man könnte meinen, ich sei eine ausgebuffte alte Häsin, was den Umgang mit Teenagermädchen betrifft. Leider ist das nicht unter allen Umständen der Fall. Zum Beispiel, wenn die Jüngste bauchfrei in die Disco will. Von Antje Joel

Vielleicht bin ich tatsächlich nur zu alt. Und darum neidisch. Eine grantige olle Schrulle, deren sexy Tage längst hinter ihr liegen und die ihrer jungen Tochter darum deren *sexiness* auf das Schärfste missgönnt. So sieht meine Tochter das. Wenn ich ihr, wie am Wochenende geschehen, den Kauf eines bauchfreien Tops versage. Oder wenn ich ihr für den monatlichen Teenagerdisco-Besuch zum knielangen Kleid und Sneakers rate. Und zu etwas weniger, «natürlicherem» Make-up. Ich bemühe mich um Diplomatie. Vernunft. Und zwar, ohne verdächtig diplomatisch und vernünftig zu klingen. Teenager leiden pauschal an Vernunftallergie, bisweilen sind sie auch allergisch gegen Diplomatie, das weiss man ja. Man war schliesslich selbst mal Teenager. «Gestern erst!», denke ich. «Im Pleistozän!», denkt meine Tochter.

Meine Tochter ist 16. Ich bin 49. Vor ihr habe ich mich an zwei anderen 16-Jährigen in Diplomatie und Vernunft geübt, ihren jetzt 22 und 25 Jahre alten Schwestern. Man könnte meinen, ich sei eine coole, ausgebuffte alte Häsin, was den Umgang mit Teenagermädchen, ihren Vorzügen und Allergien betrifft. Leider ist das nicht unter allen Umständen der Fall. Zum Beispiel: wenn meine Jüngste sich in zehn Zentimeter hohen Hacken und weit über dem Knie endenden Röckchen auf in die Disco machen will. Dann möchte ich immer wieder mal weinen. Ihr Anblick stürzt mich in eine Verzweiflung, die mich selbst überrascht. Ich bin doch selbst mal so rumgelaufen! Bin ich selbst mal so rumgelaufen?

Jugendlich zerrissene Persönlichkeit

Mit 16 war ich ein Punk. Ich gewandete mich in zerrissene, zweifarbig eingefärbte Bundeswehrhosen: das eine Bein schwarz, das andere lila. Die deutschen Soldatenhosen kombinierte ich mit einer Kampfjacke des italienischen Militärs. Vielleicht, um meinen wahren Rebellencharakter zu betonen. Oder meine jugendlich zerrissene Persönlichkeit. So genau weiss ich das nicht. Auf die Vorderseite der Kampfjacke hatte ich linksseitig der Knopfleiste eine Kette genäht, in die liessen sich die rechts angenähten Karabiner haken. Die zwei Hälften eines Hundestachelhalsbands dienten links und rechts auf den Schulterklappen als Tressen. Ich meine: Eine bessere Verwendung hat es für ein Stachelhalsband nie gegeben. Auf dem linken Ärmel, in Bizepshöhe, trug ich eine weisse Armbinde, John-Lennon-Style, auf die hatte ich «Hurenböcke» geschrieben. Das B war ein skizzierter



«Hey, Schlampe, was geht?»

Hodensack mit aufrecht stehendem Penis. Wer waren die Hurenböcke, wen meinte ich? Ich habe noch heute keine Ahnung. Was ich weiss, ist, dass meine Eltern meinen Aufzug entsetzlich fanden. Vielleicht hätten sie gern geweint. Tatsächlich tobten sie wie die Berserker, und ich schwor mir, ich würde niemals so werden wie sie! Alt. Intolerant. Scheisse.

Als meine älteste Tochter ein Punk war, zwischen 16 und 18, nahm ich das mit grösster Gelassenheit hin. Selbstverständlich. Und jetzt, während meine falschbewimperte Jüngste zum Auto stöckelt, damit ich sie in die Disco fahre, stehe ich kurz davor, in Tränen auszubrechen. Muss mich zu Diplomatie und Vernunft zwingen. Dazu, nicht zu toben. Warum? Was ent-

nervt mich an ihrem Anblick so? Ist nicht auch er, wie mein Punkaufzug und der meiner Ältesten vor x Jahren, nur der übliche Akt jugendlicher Rebellion? Nicht mehr als ein Abschnitt auf ihrem Weg der Selbstfindung? Das hoffe ich. Vor allem hoffe ich, dass sie auf ihrem Weg «das Richtige» findet. Nämlich: dass sie weit mehr zu bieten hat als nur *sexiness*.

Leider bleibt es nicht bei der Kleidung. In der Teenagerdisco betreiben die Mädchen einen Wettbewerb, den sie «Schlampenrennen» nennen. Die «Schlampenkönigin» ist diejenige, die während der vier Discostunden, von abends um acht bis um Mitternacht, möglichst vielen Jungs ihre Zunge in den Hals geschoben hat. Das ist, zugegeben, eine abscheuliche Wortwahl. Der Begriff «küssen» schien mir für den Vorgang unangebracht. Meine Tochter schwört Stein und Bein, dass sie niemals an einem solchen Rennen teilgenommen hat. Niemals an einem teilnehmen wird. Das will ich ihr, tatsächlich. Genauso gern würde ich sie in Jeans und Schlabberpullis in ihr Zimmer einschliessen, wenn der monatliche Disco-Samstag naht.

Mir sträubten sich ja schon die Haare, als meine Tochter die ihren bleichen wollte.

Was selbstverständlich keine Lösung ist. Gibt es denn eine? Wer bringt den jungen Mädchen so was bei? Warum glauben sie, ihren Wert daran bemessen zu können, wie viele (wildfremde) Jungs ihr Angebot annehmen?

Pro Stunde zeigt das Fernsehen heute durchschnittlich 4,4 Szenen mit sexuellem Inhalt, alle 15 Minuten eine. Musikvideos enthalten im Durchschnitt 93 sexuell gefärbte Szenen pro Stunde, davon 11, in denen Sex pur gezeigt wird. Sechzig Prozent der weiblichen Charaktere in Videospielen werden sexualisiert dargestellt. Zwischen 1998 und 2005 hat sich die Zahl der Sexszenen im Fernsehen nahezu verdoppelt. *Sex sells* – Sex hilft beim Verkauf. Das ist die Botschaft, die wir verbreiten. Auch, indem wir ihr nicht widersprechen. Und dann stellen wir uns hin und klagen, dass die Röcke unserer Töchter immer früher immer kürzer werden und die Absätze immer höher. Wir beweinen, dass sie uns beim Wort nehmen, dass sie nach den von uns aufgestellten Regeln spielen und sich selbst als Bestseller inszenieren.

Die grösste Nutzergruppe von Online-Pornografie sind schliesslich 12- bis 17-jährige Jungs. Jungs, denen die Medien, die Werbung, das Internet, denen wir als kollektive Gesellschaft schon als Teenager beigebracht haben, in Mädchen und Frauen mehr als eine Ware zu sehen. Verfallsdatum inklusive. Mädchen, oft genug auch erwachsene Frauen, nehmen das nicht nur hin. Sie haben gelernt, diese Missachtung als Wertschätzung zu verdrehen. Neulich schrieb

so ein Knabe, ein Schulkamerad, meine Tochter per SMS an: «Hey, Schlampe, was geht?» Meine Tochter fand meine Empörung darüber peinlich. Lächerlich. «Oh, Mann, du kapiert es nicht. Das meint der nicht wirklich, so reden wir miteinander.» Umso schlimmer! Und schlimmerweise kein Wunder: «hoe», «bitch», «Hure», «Schlampe», das sind so die üblichen Frauenanreden in der Hip-Hop-Kultur. Ist cool. Nehmen wir hin. Meint keiner so.

Für den Herrn gibt es den Begriff «Schlunz»

Der Duden definiert das Wort «Schlampe» so: «1. eine unordentliche, in ihrem Äusseren nachlässige und ungepflegte weibliche Person; 2. eine Frau, deren Lebensführung als unmoralisch angesehen wird». Für den ungepflegten Herrn existiert der Begriff «Schlunz». Allerdings meint der «Schlunz» eben ausschliesslich einen, der, sagen wir mal, in fleckigen Hosen und im stinkig geschwitzten Hemd zum Bäcker marschiert. Einen sexuellen Kontext kennt der Begriff nicht. Sexuelle Schlampen sind ausnahmslos Frauen. Sexuell schlampige Männer sind Playboys. Also: beneidenswert alterslose Knaben, die am Pool ihrer Soundsoviel-Millionen-Villa liegen und sich von zirka 23 jungen (nicht alterslosen!) Mädels den Cocktailstrohalm zum Mund führen lassen.

Meine Eltern warnten mich vor Zügellosigkeit. Vor zu schneller Hingabe. Am eindringlichsten warnte mein Stiefvater. Wie Männer Frauen sehen, wusste er, der Mann, am besten: «Merke dir Mädchen, nur der faule Apfel fällt schnell vom Stamm!» Mit diesem Männer-Frauenbild wuchs ich auf. Es brauchte Jahre, bis ich den Hintersinn der Warnung erkannte: Frauen müssen warten. Haben nichts zu wollen. Schon gar nicht «nur das Eine». Das dürfen nur Männer. Frauen sind Schlampen. Wer weiss, vielleicht ist das «Schlampenrennen» ja auch nur ein Wegabschnitt. Ein Testlauf. Der Versuch der Mädchen, die Kontrolle zurückzuholen. Vielleicht ist es ihre trotzig, blauäugige Rebellion gegen die verlogene Fauler-Apfel-Theorie. Schrecklich nur, dass es so aussieht, als blieben sie die Verlierer.

Im Jahr vor meiner Punkwerdung war ich Hippie. Mit Bekehrungsneurose. In Wallewallekleidern und mit ebensolchem Haar. Auf der Brust trug ich einen Button: «Jesus – unsere einzige Chance!». Einmal fragte mich einer: «Hä? Unsere einzige Chance für was?» Seine Ignoranz machte mich schrecklich wütend. Vor allem, weil ich keine Antwort wusste. Ich sag's ja: Orientierungslosigkeit, in welche Richtung auch immer, ist das Wesen der Teenagerjahre. Nur weil man irgendwann halbwegs erwachsen ist, muss man das nicht gleich vergessen. Meine Tochter kriegt trotzdem kein bauchfreies Top. Und über Kleinhirn-Hip-Hopper, die Mädchen lässig mit «Hey, Schlampe» anquatschen, werde ich mich weiterhin empören. Nicht, weil ich zu alt wäre. Nur: alt genug. ○

IN DER NÄCHSTEN
AUSGABE DER
«WELTWOCH»



RIEGGERS
SOMMER-
TROUVAILLEN

EINE BEILAGE
VON WEINKELLER
RIEGGER

RIEGGER.CH

WEINKELLER RIEGGER AG, LANGGASS,
5244 BIRRHARD, 056 201 41 41



Das Blatt hat sich gewendet: kurdische Kämpfer mit Zivilisten an der syrisch-türkischen Grenze in Tal Abjad, 16. Juni 2015.

Erfolgreich gegen den IS

Wie geht es weiter mit dem Islamischen Staat? Ausserhalb des syrisch-irakischen Kerngebiets wächst die Terrororganisation, doch in Syriens Norden gerät sie zunehmend unter Druck.

Von Kurt Pelda

«Bleiben und expandieren» ist das Motto der Terrororganisation Islamischer Staat (IS). Wie stark aber dehnt sich der IS wirklich aus? Und wie sicher kann er sich fühlen in seinem Staatsgebiet in der Ebene zwischen Euphrat und Tigris? Als die Truppen des selbsternannten Kalifats kürzlich die irakische Stadt Ramadi und das zentralsyrische Palmyra einnahmen, konnten die Weltmedien den IS wieder einmal starkreden und so tun, als sei gegen die Terrortruppe kein Kraut gewachsen. Das Kalifat kontrolliere nun die Hälfte des syrischen Staatsgebiets, meldeten die Medien, von der *Financial Times* bis hin zu Fox News und Al-Dschasira. Die Luftangriffe der von den Amerikanern angeführten Koalition hätten sich als wirkungslos erwiesen, lautete das Fazit. Die Propaganda-Abteilung des IS hätte es nicht besser machen können.

Besonders der Fall der antiken Oasenstadt Palmyra führte zu einem Sturm der Entrüstung, weil sich der IS wohl früher oder später an den dortigen Kulturgütern vergreifen wird. Dass es auch um Menschenleben und nicht nur

um antike Ruinen ging, entging den meisten Medienkommentatoren. Der IS hatte sich bei der Eroberung von Palmyra aber weniger um die Stadt und deren Weltkulturerbe gekümmert als um die nahegelegenen Erdgasfelder. Palmyra ist ein Knotenpunkt der Pipelines, die Gas vom wenig besiedelten Osten und Nordosten vor allem zu den Kraftwerken in den Siedlungszentren im Westen des Landes und an der Mittelmeerküste transportieren.

Tauschgeschäft mit Erdgas und Elektrizität

Anders als beim Erdöl, das der IS in primitiven Raffinerien verarbeiten kann, stellt sich ihm beim Erdgas eigentlich nur die Frage, ob er die Pipelines sprengen oder ob er dies gegen Bezahlung unterlassen soll. Schon früher hat sich das Assad-Regime auf solche Tauschgeschäfte eingelassen: Der IS liess Erdgas und Erdöl weiterhin durch, und Händler, die der Regierung nahestanden, bezahlten. Auch andere Tauschgeschäfte sind denkbar. So kooperieren das Regime und der IS schon lange bei der Elek-

trizität, die der grosse Staudamm am Euphrat bei Raqqa produziert, dem syrischen Hauptquartier des IS. Kontrolliert wird das Kraftwerk von den Terroristen, doch die Netzleitstelle befindet sich im Gebiet des Regimes.

Das Beispiel zeigt, dass der Konflikt viel komplizierter ist, als es die Medienberichterstattung suggeriert, weit entfernt von den verbreiteten Schwarz-Weiss-Denkschemata. Im Süden expandiert der IS, bei Ramadi im Irak, vor allem aber auch in Zentralsyrien und in Richtung Damaskus. Assads demoralisierte Armee, die sich nur noch dank ausländischer Söldner – vor allem aus dem Libanon und aus Afghanistan – und iranischer Offiziere über Wasser halten kann, hat eine Reihe empfindlicher Niederlagen im Nordwesten und Süden einstecken müssen. Und der IS versucht nun, diese Schwächung auszunutzen und sein Territorium auf Kosten des Regimes nach Süden auszuweiten.

Grösstenteils unbemerkt von der Weltöffentlichkeit, zeichnet sich jedoch an der strategisch weitaus wichtigeren Nordfront ein Debakel für

die Terroristen ab. Es geht um die Kontrolle der syrisch-türkischen Grenze, über die der IS praktisch seinen ganzen «Nachschub» an ausländischen Dschihadisten abwickelt. Zwar ist die türkische Seite mit Minenfeldern, Zäunen, Wachtürmen und Patrouillen abgesichert, doch haben es die Terroristen immer wieder geschafft, neben Ausländern auch Schmuggelgüter über die Grenze zu schaffen – offenbar weil die türkischen Sicherheitskräfte gerne einmal beide Augen zudrücken. Zum Jahresbeginn kontrollierte der IS noch ein Grenzstück von mehr als 250 Kilometer Länge, darunter seinen wichtigsten Übergang bei Tall Abyad (auf Kurdisch: Girê Spî). Dieser Grenzposten war auf türkischer Seite zwar für den Güterverkehr mit Lastwagen gesperrt, doch konnten syrische Zivilisten, die im Besitz eines Passes waren, hier leicht von einem Land ins andere gelangen. Und auf Schmuggelpfaden war dies auch Ausländern möglich. Tall Abyad war das Einfallstor für Dschihadisten.

Keil durch das IS-Gebiet

An der für den IS enorm wichtigen türkischen Grenze hat sich das Blatt nun aber entscheidend zugunsten der Kurden gewendet, der erbittertsten Gegner der Terroristen. Heute kontrolliert der IS nur noch einen Grenzabschnitt von etwa 80 Kilometer Länge, und zwar ausschließlich westlich des Euphrat. Eingenommen wurde der Rest des vormals 250 Kilometer langen Grenzstücks von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), dem syrischen Ableger der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei PKK. Entlang der türkischen Grenze kontrollieren die YPG drei Kantone, alle auf syrischem Territorium. Trotz aller Mängel ist dabei ein Konstrukt herausgekommen, das innerhalb Syriens das mit Abstand freieständige und friedlichste Gebilde darstellt. Die kleine Enklave Kobane, zu Jahresbeginn noch auf drei Seiten vom IS belagert, hat sich dank amerikanischer Luftangriffe und des massiven Zustroms von PKK-Kämpfern nach Westen bis an den Euphrat ausgedehnt und bedroht im Süden nun die IS-Hochburgen Sarrin und Raqqa, während es ihr im Osten gelang, sich mit dem Kurdenkanton Cizire zu vereinigen.

Damit kontrollieren die Kurden erstens mehr als zwei Drittel der insgesamt 900 Kilometer langen syrisch-türkischen Grenze. Zweitens hat sich dadurch auch ihre militärische Lage stark verbessert, denn nun kann Nachschub aus den kurdischen Gebieten im benachbarten Irak quer durch den Kurdenkanton Cizire bis nach Kobane und das östliche Euphrat-Ufer gebracht werden. Dadurch erhalten die Kurdenverbände nicht nur dringend benötigte Kampfpanzer und Artillerie, sondern Tanklastwagen können auch das bis noch vor kurzem eingeschlossene Kobane nun von Osten her erreichen. Vorher mussten die YPG-Kämpfer ihren Treibstoff im Gebiet des IS jenseits des Euphrat einkaufen und über den

Fluss schmuggeln. Wer dabei erwischt wurde, dem schnitten die Terroristen den Kopf ab.

Bereits rücken die YPG, zusammen mit arabischen Verbänden der totgeglaubten Freien Syrischen Armee, nach Süden gegen das IS-Hauptquartier in Raqqa vor. Die Zusammenarbeit zwischen den gutausgebildeten und disziplinierten Kurdenkämpfern und der amerikanischen Luftwaffe hat sich inzwischen als eine ganz schwer zu knackende Nuss für den IS erwiesen. Mit seinen zu fahrenden Bomben umgebauten Lastwagen und gepanzerten Fahrzeugen, mit denen die Terroristen die unfähige irakische und syrische Armee jeweils in die Flucht schlagen, kann der IS wenig gegen die kampferprobten Kurden ausrichten. Vor den Stellungen der YPG befinden sich jeweils tiefe und kilometerlange Gräben, in denen die Selbstmordattentäter in ihren Fahrzeugen steckenbleiben und abgeschossen werden.

Zusammen mit der amerikanischen Luftwaffe erweisen sich die Kurden als harte Nuss für den IS.

Umgekehrt lassen die Kurden jede wichtige Stellung des IS, die sich ihrem Vormarsch in den Weg stellt, von den Amerikanern aus der Luft pulverisieren. Das ist eine tödliche Kombination, der die Terroristen bisher nichts entgegensetzen hatten.

Ausserdem haben die Kurden in ihren Kantonen die Generalmobilmachung angeordnet. Dadurch wächst ihre Armee nun stetig. Sie dürfte inzwischen eine Stärke von mehreren zehntausend straff geführten Soldaten erreicht haben. Dadurch wird das Staatsgebiet des IS nun ernsthaft bedroht, denn die Terrororganisation verfügt einerseits wohl nicht über viel mehr Kämpfer, hat sich andererseits aber an zu

vielen Fronten verzettelt. Falls die Kurden und ihre amerikanischen Verbündeten weiter erfolgreich operieren, könnten die YPG von Norden einen Keil durch das IS-Gebiet treiben und die Strassenverbindungen zwischen dem syrischen Teil und der irakischen Millionenstadt Mossul kapfen.

Expansion ins Ausland

Die Beispiele von Tall Abyad, Palmyra und Ramadi zeigen eines ganz deutlich: Wo die amerikanischen Piloten mit kampferprobten und motivierten Alliierten am Boden kooperieren, wird der IS zurückgedrängt. Überall sonst verpuffen die Luftangriffe grösstenteils wirkungslos. Leider haben die Amerikaner ausserhalb der kurdischen Siedlungsgebiete keine verlässlichen Bodentruppen aufgebaut, so dass der IS zumindest als Terrororganisation – wenn auch vielleicht nicht als Staatsgebiet – noch lange existieren wird.

Zielstrebig expandiert der IS deshalb ins Ausland, als Plan B, falls er sein Kerngebiet verlieren sollte. In Libyen haben sich Rückkehrer aus Syrien in der Stadt Sirte eingenistet und breiten sich dort in Richtung der libyschen Erdölfelder aus. IS-Filialen wurden unter anderem auf der Sinai-Halbinsel, im Jemen und in Afghanistan gegründet. Anders als al-Qaida versucht der IS auch im Ausland, Erfolge nicht primär durch Terroranschläge, sondern durch die Kontrolle von Territorium zu erzwingen. Dazu schickt er auch eigene Kämpfer aus seinem Kerngebiet an die Peripherie, zum Beispiel nach Libyen.

In einem seiner jüngsten Videos droht der IS den instabilen und mehr schlecht als recht funktionierenden Balkanstaaten Kosovo, Mazedonien, Albanien und Bosnien mit Terror und mit einer Invasion. Muslimisch geprägte Balkanstaaten könnten sich dereinst als europäisches Einfallstor für den IS erweisen. ○



Generalmobilmachung: kurdischer Soldat in der irakischen Sindschar-Ebene, März 2015.

Ein Hauch von kaltem Krieg

Im rhetorischen Wettrüsten hat Präsident Putin das A-Wort geäussert. Er will vierzig neue atomare Interkontinentalraketen. Die Nato spricht von einem Wendepunkt. Doch Russland hat wenig zu fürchten. In den Kernstaaten der Allianz sind die wenigsten bereit, das Territorium zu verteidigen. *Von Urs Gehrig*

Letzte Woche in Kubinka, fünfzig Meilen vor Moskau. Auf einem riesigen Parkgelände drängt sich Russlands Kriegsgerät der Zukunft. Es glänzen Haubitzen und Geschütze, Fliegerstaffeln donnern über die Köpfe. Armee zum Anfassen für Kind und Kegel. Und mittendrin Präsident Putin, vergnügt promenierend, der zum Volk über Wehrwillen und Kampfkraft in Superlativen spricht. Dann holt er, gutgelaunt und beinahe beiläufig, den Knüppel aus dem Sack und kündigt an: Noch bis Ende des Jahres sollen vierzig neue Interkontinentalraketen für die Atomstreitkräfte bereitgestellt werden. Die Raketen neuen Typs seien fähig, «selbst die technisch cleversten Luftabwehrsysteme zu durchbrechen». Dies alles sei, so sagt der Präsident, eine Reaktion auf US-Pläne, Soldaten und Waffen nach Osteuropa zu verlegen.

Flächendeckend rapportiert die Presse über Putins rhetorische Bombe im «militärischen Disneyland» (*Time Magazine*). Umgehend hallt das Echo aus Brüssel. «Nukleares Säbelrasseln» sei das, zischt Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Vokabular aus den 1980er Jahren schwirrt aus der Erinnerung herbei: «Marschflugkörper», «atomares Wettrüsten», «Gleichgewicht des Schreckens».

Schlittern Russland und der Westen in einen neuen kalten Krieg? Oder ist Putins Gepolter nichts als ein heiserer Sehnsuchtsruf eines gekränkten Zaren, der, unter imperialem Phantomschmerz leidend, um ein bisschen Respekt und Beachtung buhlt?

Verunsicherung und Dissonanz

Heerscharen von Ferndiagnostikern haben – auch in diesem Blatt – die Seele Putins auszumessen versucht. Die Expertisen sind bunt wie ein Felddblumenstraus. Eines jedoch ist gewiss: Putin kann unmöglich glauben, was er tagaus, tagein erzählt: dass der Westen sein Land bedrohe. Ein Angriff auf Russland? Eine militärische Intervention? Annexion von Territorium, wie er es selbst mit der Krim getan hat? Für solche «Befürchtungen» gibt es keinerlei Anlass. Nie hat die Nato oder ein einzelnes Bündnismitglied irgendwelche Anstalten gemacht, die völkerrechtliche oder territoriale Souveränität Russlands in Frage zu stellen, geschweige denn Gedanken militärischer Aggression geäussert.

Im Gegenteil. Viele Nato-Staaten sind nicht einmal bereit, das eigene Bündnisgebiet zu verteidigen. Dies hat eine Umfrage des US-amerikanischen Forschungsinstituts Pew jüngst in ernüchternder Deutlichkeit gezeigt (siehe

Grafik). In Spanien würden sich 47 Prozent weigern, einem Bündnispartner zu Hilfe zu eilen, sollte er von Russland angegriffen werden. In Italien sind es 51 Prozent, in Frankreich sogar 53 Prozent. Der lasche Wehrwille dieser Nato-Kernmitglieder steht in krassem Widerspruch zum Nato-Vertrag. Artikel 5 sieht im Fall des Angriffs auf ein Mitglied die gemeinsame Verteidigung vor.

Lediglich in den USA und in Kanada spricht sich eine Mehrheit für eine Unterstützung der Nato-Partner aus. Am niedrigsten ist die Bereitschaft in Deutschland. Nur 38 Prozent der Deutschen wären bereit, einem von Russland angegriffenen Partnerland militärisch beizustehen. 58 Prozent der in Deutschland Befragten sprachen sich sogar explizit gegen militärische Hilfe aus.

Mit seinem aggressiv-nationalistischen Gepolter hat Putin bei den Europäern offensichtlich genau das erreicht, was er bezweckt: Verunsicherung, Dissonanz und Handlungsschwäche. Seine jüngste Ankündigung, atomar aufzurüsten, ventiliert neue Polarluft über Europa, welche den Kontinent in einem Klima des kalten Kriegs frösteln lässt. Zwar weiss man im Westen den Aggressor zu benennen. Lange ist die Überzeugung gereift, Russland habe die Stabilität auf dem Kontinent erschüttert, die nach dem Mauerfall und dem Zerfall der Sowjetunion in zähen Verhandlungen etabliert worden war: indem es sich die Krim einverleibt hat und in der Ukraine mit allerlei Aktionen, darunter mehr oder minder gut verdeckte mili-

tärischer Art, interveniert. Doch eine wirksame Antwort findet der Westen nicht.

Putin gibt den Putin und legt noch einen drauf. Bedeutungsschwanger schwadronierte ein hoher Beamter des Moskauer Aussenministeriums im März über eine mögliche Stationierung von Nuklearwaffen auf der Krim. Gestern die Ukraine, heute der ganze Kontinent. «Wir haben nun die nukleare Kapazität, um die Nato in Europa zu konfrontieren», zitiert das *Wall Street Journal* einen russischen Vertreter bei einem Treffen von Sicherheitsspezialisten in Paris letzte Woche.

Russen wollen Teile anderer Länder

Der martialische Trommelwirbel kommt zu Hause gut an. Ein anderer Teil der bereits erwähnten Pew-Umfrage, der in Russland und der Ukraine erhoben wurde, macht den grossen Rückhalt für Wladimir Putin und seine Politik deutlich. Seit dem Beginn der Unruhen in der Ukraine und der faktischen Annexion der Krim hat das russische Nationalgefühl deutlich zugenommen. Derzeit haben 63 Prozent der Russen ein «sehr gutes» Bild von ihrem Land, während dies 2013 lediglich 29 Prozent sagten.

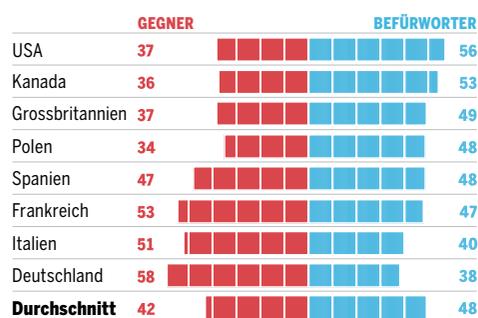
Im Gleichschritt mit dem aufflammenden Nationalismus geht das ausgeprägte Verlangen nach territorialer Restauration des Sowjetreichs. 69 Prozent der Russen sagen gemäss Pew-Studie, es sei schlecht, dass sich die Sowjetunion 1991 aufgelöst habe. 61 Prozent stimmen der Ansicht zu, dass «Teile anderer Länder tatsächlich zu Russland gehören». Das passt zur Philosophie Putins, der 2005 erklärte, «dass es sich beim Zusammenbruch der Sowjetunion um die grösste geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts handelte».

Es braucht wenig Einfühlungsvermögen, um sich die reale Angst der Balten vor Augen zu führen. In Estland und Lettland ist ein Viertel der Bevölkerung russisch. Auch in Litauen lebt eine substanzielle russische Minderheit, die Moskau als Vorwand für eine Intervention instrumentalisieren könnte. «Russland trumpft seit längerem auf mit aggressiven Statements und beschwört wieder eine Welt gegenseitiger Abschreckung», sagt der unabhängige russische Militäranalyst Alexander M. Golts. Doch das Land sei für eine solche Konfrontation nicht bereit, so Golts zur *New York Times*.

Die russische Armee verfügt weder über moderne Feuerwaffen noch über moderne Artilleriegeschosse. Panzer und Flugzeugtriebwerke sind veraltet. Der neue Kampfpanzer

NATO-Staaten: Zurückhaltung bei der Verteidigung

Zustimmung zu oder Ablehnung von militärischer Gewalt zur Verteidigung im Falle eines russischen Angriffs auf einen Nato-Partner (in Prozent)



QUELLEN: SPRING 2015 GLOBAL ATTITUDES SURVEY, Q52, PEW RESEARCH CENTER

Lascher Wehrwille.



«Propaganda-Show»: T-14-Panzer während einer Militärparade in Moskau, 29. April 2015.

Armata, von dem Putin 2300 Stück bestellt hat, kommt sieben Millionen Dollar teurer pro Exemplar als veranschlagt. Der als Wunderwaffe angepriesene Superjäger Su-35S kann gar nicht erst in Serie gehen. Und auch bei den Raketen mit längerer Reichweite liegt Russland hinter dem westlichen Standard zurück.

Doch Präsident Putin zuckt nicht mit der Wimper. Er hat angekündigt, er werde an seiner 400 Milliarden Dollar teuren Militärmodernisierung festhalten. Kann sich Russland die ambitionierte Aufrüstung überhaupt leisten? Der Krieg mit der Ukraine hat die Verbindungen mit einigen wichtigen Verteidigungsindustrien gekappt. Westliche Sanktionen blockieren die Lieferungen von dringend benötigter Technologie wie Mikrochips. Der Preiszerfall auf dem Öl- und Gasmarkt sowie der sinkende Wert des Rubels deuten auf eine Rezession hin.

Das Image einer robusten und modernen Armee aufrechtzuerhalten, sei eine politische Notwendigkeit, sind Golts und andere Kenner des russischen Militärkomplexes überzeugt. Schliesslich habe Putin persönlich versprochen, er werde Russland wieder zu Grossmachtstatus verhelfen. Deshalb, so argumentieren Analysten, greife Putin nun zu asymmetrischen Schritten wie dem Ausbau des Nuklear-Arsenals.

Blufft Putin bloss? Oder ist ihm ernst mit dem atomaren Powerplay? In deutschen Sicherheitskreisen wertet man das stetige Rasseln mit dem Säbel als Zeichen der Schwäche. Der Bundesnachrichtendienst (BND) sehe derzeit

«keine substantielle Veränderung der Bedrohung» durch Russland, hat der *Spiegel* in Erfahrung gebracht. BND-Führungsmitglied Guido Müller habe in geheimer Sitzung vor ausgewählten Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses die atomaren Drohungen Moskaus vielmehr als eine Art «Propaganda-Show» Putins bezeichnet.

Ob Schwäche, Propaganda oder Show – Putins Drohkulisse wirkt. Er treibt den alten Kontinent samt amerikanischer Grossmacht vor sich hin. Doch nun will die Nato Nägel mit Köpfen machen. Die Beratung der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel (die beim Druck dieser Ausgabe noch im Gange war) soll zu einem «Wendepunkt» bei der kollektiven Verteidigung der Allianz gegen Russland werden, wie eine hochrangige Quelle in der Nato der Zeitung *Sunday Times* sagte. Die Nato soll die US-Pläne zur Verlegung von rund 250 Panzern, Haubitzen und Schützenpanzern nach Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien bestätigen.

US-Marschflugkörper nach Europa

«Das ist eine ernsthafte Änderung in unserer kollektiven Verteidigung: Die USA kehren nach Europa zurück, um eine wichtige Rolle zu spielen», sagte der Gesprächspartner der Zeitung. «Eine solche Anzahl amerikanischer Panzer hat es in Europa seit dem Kalten Krieg nicht mehr gegeben», fügte der hochrangige Nato-Beamte hinzu.

Doch die Amerikaner wollen es nicht beim Konventionellen belassen. Seit einiger Zeit denkt man in Washington über die Stationierung von atomar bestückten Marschflugkörpern in Europa nach. Washington wirft den Russen vor, mit Raketentests gegen den INF-Vertrag zu verstossen, jenes Abkommen also, mit welchem Reagan und Gorbatschow 1987 das Ende des Kalten Krieges einläuteten. Rädelsführer der Amerikaner haben klar Stellung bezogen: «Die Einführung einer Waffe, die den INF-Vertrag verletzt, kann nicht ohne Antwort bleiben», warnt Nato-Oberbefehlshaber Philip Breedlove. Wie die mögliche Antwort aussehen sollte, schob Brian McKeon, stellvertretender Staatssekretär im Pentagon, sofort nach: «Stationierung landgestützter Marschflugkörper in Europa».

Dafür werden die Europäer, allen voran die Deutschen, kaum zu gewinnen sein. Selbst in der tiefsten Eiszeit des Kalten Krieges, als der Warschauer Pakt, bis an die Zähne bewaffnet, in halb Europa stand, hatte die Stationierung von amerikanischen Marschflugkörpern in Europa (Nato-Doppelbeschluss) das atlantische Bündnis in seine tiefste Krise gestürzt. Da wird man es jetzt doch lieber bei der Verschiebung von etwas Kriegsgerät entlang Putins Saum belassen, das den Osteuropäern etwas Beistandswärme vermitteln soll, in Wirklichkeit aber nicht zu viel mehr taugt als zu einer russischen Zielscheibe. Prost Mahlzeit, Nato! Nastrowje, Putin! ○



«Nichts am Weissein beschreibt, wer ich wirklich bin»: Rachel Dolezal nach ihrer Enttarnung.

Die falsche Schwarze

Bis zur Aufhebung der Rassengesetze in den USA 1967 waren es vornehmlich Schwarze, die vorgaben, weiss zu sein. Dass sich jetzt eine Weisse als Afroamerikanerin ausgegeben hat, sorgt bei der schwarzen Bevölkerung für Aufregung. *Von Sarah Pines*

Letzte Woche wurde im US-Bundesstaat Washington die 37-jährige Rachel Dolezal, die sich seit Jahren als Frau afroamerikanischer Herkunft ausgegeben hatte, als Weisse entlarvt. Rasch verlor sie sämtliche beruflichen Posten. Die Medien sind in einhelligem Aufruhr: Die Bürgerrechtsaktivistin habe das Vertrauen der schwarzen Gemeinde ausgenutzt, sich durch Vorspiegelung einer falschen Hautfarbe die Vorteile des Schwarzseins erschlichen, die Lasten aber nicht mitgetragen. Gleichzeitig hat Dolezal eine Debatte ausgelöst. Hinterfragt werden die Kategorien Rasse und Hautfarbe – soziales Konstrukt oder biologische Realität? –, das Verhältnis zwischen schwarzen und weissen Amerikanern – gleichwertig oder segregiert unter weisser Herrschaft? – und die Möglichkeiten persönlicher Identitätsfindung – könnte man im Zuge der Transgender-Debatte nun nicht auch von «Transrace» sprechen?

Als Schwarze inszeniert sich Dolezal in kunstfertigen afroamerikanischen Haartrachten (sie selbst ist gelernte Afro-Hair-Stylistin) und mit Hilfe von mittelstarken Bräunungscremes der Marke Mystic Tan. Auch verfälschte sie ihre Biografie: Ihre Eltern hätten sie mit südstaatlichen Sklavenpeitschen verprügelt, sie sei von Vater und Ehemann missbraucht worden, die schwar-

Bereits als Fünfjährige habe sie sich dunkler gefühlt, als sie war, sich mit krausem Haar gemalt.

zenfeindliche Gruppe Arische Nationen verfolgte sie. Untersuchungen haben nun ergeben, dass an Dolezal gerichtete, rassistische Hassbriefe wahrscheinlich aus eigener Feder stammen. Kinderbilder zeigen Dolezal mit blonden, dünnen Haaren, blauen Augen, heller, sommer-

sprossiger Haut. Sie wuchs mit weissen Eltern und vier jüngeren afroamerikanischen Adoptivgeschwistern auf, besitzt das Sorgerecht für ihren Bruder Isaiah, hat mit ihrem Exmann afroamerikanischer Herkunft einen Sohn. Nach ihrer Scheidung zog Dolezal hochschwanger und mittellos zu einem Onkel, wurde Künstlerin, studierte dann an einer schwarzen Universität, die sie 2002 erfolglos verklagte: Man entzog ihr Stipendium und Lehrstelle mit der Begründung, sie habe eine weisse Familie, die sie finanziell unterstützen könne, das Geld solle mittellosen Familien zugutekommen. Ab 2007 machte sie als Schwarze Karriere: als Dozentin für Afrikanische Studien an der Eastern Washington University, als Ortsvorsitzende der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), als Ombudsfrau für Minderheitenfragen bei der örtlichen Polizei ihres Wohnortes Spokane.

Sicherlich erregt Dolezals Geschichte so viel Aufmerksamkeit, weil sie das klassische *racial passing* ins Gegenteil verkehrt: Bis zur Aufhebung der Rassengesetze in den USA 1967 waren es vornehmlich Schwarze, die vorgaben, weiss zu sein, um Diskriminierung zu vermeiden. Umgekehrte Fälle sind selten: Im Jazz Age erfolgte *white passing* zu Kunstzwecken – ein guter Jazzmusiker erfand schwarze Vorfahren. Vor der Aufhebung der Rassengesetze 1967 gaben sich weisse Frauen in Mischehen beizeiten als Schwarze aus, um ihren Ehen grössere Legitimität zu verschaffen. Als Schwarze zu leben, habe sie erst wegen ihrer Kinder gewollt, denen sie, so Dolezal, eine schwarze Mutter zu sein schuldete. Doch bereits als Fünfjährige habe sie sich dunkler gefühlt, als sie war, sich mit dunklen Buntstiften und krausem Haar gemalt, nie in Pfirsichfarbe. Letztlich habe sie niemanden bewusst täuschen wollen, habe vielmehr in «Momenten kreativer Realität» das ausgelebt, was immer schon dazu drängte, anerkannt zu werden. Mit Transgender sei ihre Situation zu vergleichen – das Interview mit Bruce aka Caitlyn Jenner in der jüngsten Ausgabe der amerikanischen *Vanity Fair* habe sie besonders berührt, sie habe dieselbe Einsamkeit und Angst vor Reaktionen auf ihr Anderssein erlitten.

Aufnahme in die schwarze Gemeinde

Nachdem Jenner auf dem Juni-Cover der *Vanity Fair* im champagnerfarbenen Korsett, in lasziver Pose und mit Löwenmähne erschienen ist, warf die amerikanische Autorin Elinor Burkett dem Ex-Athleten Jenner ein unsinnig altmodisches Frauenbild vor. Jenner definiere Frausein auf klischeehafte Weise, träume von Mädchen-gesprächen über Haarfrisuren, fasle, dass ihr weibliches Hirn anders funktioniere als das männliche, ohne je reale weibliche Erfahrungen gehabt zu haben: die Panik aufgrund vergessener Pillen, die Angst vor Vergewaltigung, die Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz und so fort. Schliesslich, und dies nur Tage vor der Enttarnung Dolezals, verglich Burkett Geschlechtsumwandlungen mit dem Versuch einer weissen Person, durch Bräunungscremes und geflochtene Haare Aufnahme in die schwarze Gemeinde zu finden.

Tatsächlich vergleichen Medien Dolezals Lebensstil mit dem «Blackface» der «Minstrel-Show», den auf amerikanischen Vaudeville-Bühnen des 19. Jahrhunderts eingeführten Darstellung Schwarzer durch geschminkte Weisse, die bis zur afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre geläufig war. «Ich habe ein Riesenproblem mit dem Blackface», wehrt sich Dolezal. «Das ist keine kranke «Birth of a Nation»-Aufführung. Es ist etwas Wahres, Verbundenes. Es geht nicht nur um meine äusserliche Erscheinung, sondern um eine Erfahrungsweise.» Rassistische Anfeindungen wegen ihrer Arbeit als schwarze Bürgerrechtsaktivistin, wegen ihrer Mischehe,

ihres dunklen Aussehens, als alleinerziehende Mutter – sie habe sich nie verkleidet, mit ihren Diskriminierungen, die auch Schwarze erfahren, habe sie sich in die afroamerikanische Geschichte eingeschrieben.

«Ich empfinde mich als schwarz»

Im Mainstream begegnen viele Afroamerikaner weissen Kopien mit Misstrauen: der Achtziger-Jahre-«Cornrow»-Frisur von Bo Derek, den geflochtenen Rasta-Zöpfen weisser Jamaika-Touristinnen, unter denen die Kopfhaut rosa durchschimmert, oder eben der Haarpracht Dolezals, für viele bloss ein 1200 Dollar



Helle, sommersprossige Haut: Dolezal als Teenager.



Maskerade: bei einer Fashion-Show.

teures Luxusgut, denn, so der Tenor, sie kenne den Schmerz nicht, der hinter schwarzem Haar stecke. Vor allem schwarze Frauen setzen sich über ihre Haare in Beziehung zum Weisssein: Haar, das fedrig im Wind wehen kann, ist begehrenswert und erfordert oft komplizierte Formaldehydglättungen, nach denen die Haare brechen oder kappenartig steif am Kopf herunterhängen.

In einem Interview mit dem Sender NBC beharrt Dolezal ruhig, leicht lächelnd und mit warmer Stimme darauf: «Ich empfinde mich als schwarz, definitiv nicht als weiss, nichts am Weisssein beschreibt, wer ich wirklich bin.» Die «Rasse» als künstliches Gebilde zu entlarven, bedeute für Dolezal Fortschritt, schreibt sie im Rücktrittsgesuch an die NAACP. Genau dagegen wehrt sich die schwarze Gemeinde. Schwarzsein, so der Tenor, sei mehr als das scherzhafte Engagement weisser Freidenker, die einen Minderheitenkult betreiben. Fast alle Afroamerikaner haben mindestens einen weissen Vorfahren. Dennoch galt nach dem bis 1967

In den USA funktioniert die Idee von Rasse wie ein Glaubensbekenntnis.

gültigen Gesetz über rassische Unversehrtheit von 1924, auch «Gesetz des einen Tropfen Bluts» genannt, jeder mit schwarzen Vorfahren als nicht weiss. Das Resultat: Historisch gesehen ist Weisssein eine enge, auf Reinheit bedachte Kategorie – «Rein weiss ist, wer keine bekannten, nachweisbaren oder zuschreibbaren Beimischungen des Blutes einer anderen Rasse in sich trägt» –, Schwarzsein eine breite Kategorie. Mariah Carey, Colin Powell, Michael Jackson, John Coltrane, Beyoncé – die amerikanische Gesellschaft ist an ein breites visuelles Spektrum des Schwarzseins gewöhnt. Dies, so die Kritik, hätte Dolezal die Maskerade leichtgemacht.

Hautfarbe frei wählbar?

«Schwarze kommen in allen Schattierungen und Farben zu mir, sie hat mich hinter Licht geführt wie so viele vor ihr», sagt Joseph, Inhaber des gleichnamigen Friseurladens, in dem auch Dolezal verkehrt. In den USA funktioniert die Idee von Rasse daher wie ein Glaubensbekenntnis: Man verlässt sich darauf, dass es stimmt. Wenn Rasse oder Hautfarbe aber frei wählbar wären wie die feucht-klebrige «Jheri-Krause» von Lionel Richie oder eben von Bradley Cooper in dem Film «American Hustle» (2013), dann wären Martin Luther King, Malcolm X, Billie Holiday bloss Amerikaner, die Bindungen der schwarzen Gemeinde in Momenten des Rassismus ungültig. Derartigen Anfeindungen könnten sich allein Weisse entziehen, indem sie ihr Schwarzsein einfach wieder ablegten, sobald es gefährlich würde. ○

Die Lehren aus Fukushima

Im Rückblick ist die Panikmache nach dem Reaktorunglück unverständlich, ja beschämend. Japanische AKW sind sicherer geworden. Der Atomausstieg wäre vor allem eine Katastrophe für die Umwelt. *Von Irene Aegerter**



Das grosse Drama war der Tsunami: Strahlungsmessung nach dem Störfall in Fukushima Daiichi, März 2011.

Der 11. März 2011 gehört zu jenen Daten, die vielen in Erinnerung geblieben sind. Ich weilte damals mit meinem Mann in Florida. Beim Aufstehen las ich, noch halb verschlafen, auf meinem Handy die Meldung einer Schweizer Kollegin: Nach einem schweren Erdbeben und dem nachfolgenden Tsunami seien Probleme in einem japanischen Atomkraftwerk (AKW) aufgetreten. Wir schalteten sofort CNN ein, und dann schauten wir auch die Schweizer News via Internet.

Obwohl ich natürlich ein grosses berufliches Interesse an den gemeldeten Störungen im Kernkraftwerk von Fukushima Daiichi hatte, standen für mich vorerst die schrecklichen Bilder des Tsunami im Vordergrund. Was denkt ein Kind, das mit seiner Mutter den Berg hochrennt und dann die ganze Wucht der Zerstörung miterleben muss? Ich war aufgewühlt, genau wie damals beim Tsunami in Thailand im Dezember 2004, den Freunde von uns überlebt hatten. Ich habe deren Erzählun-

gen nie vergessen. Es ist eine gigantische Naturgewalt, die man kaum voraussehen kann.

Unter den Mitgliedern von WiN (Women in Nuclear), einer Vereinigung von Frauen aus aller Welt, die im Kernenergiesektor arbeiten (ich war Gründungspräsidentin von WIN), setzte bald ein reger E-Mail-Austausch ein. Von unseren japanischen Kolleginnen las man nichts. Denjenigen, die ich gut kannte, schickte ich eine E-Mail. Viel Neues war allerdings nicht in Erfahrung zu bringen. Zwar hat WiN Japan auch Mitglieder, die in Fukushima Daiichi arbeiteten. Doch sie hatten wohl anderes zu tun, als E-Mails zu verschicken. Viele konnten nicht einmal mit ihrer Familie kommunizieren, wie ich später erfahren habe.

Für die amerikanischen TV-Sender stand anfänglich die Befürchtung im Mittelpunkt, dass der Tsunami nach Kalifornien gelangen könnte (was ja tatsächlich auch geschah; ein Mensch kam dabei ums Leben). Viel Raum

wurde auch den immensen Schäden eingeräumt, die der Tsunami angerichtet hatte. Erst mit der Zeit wechselte der Fokus zusehends auf die sich zuspitzende Lage um das Kernkraftwerk Daiichi. Immer wieder wurden Experten zitiert, welche die Lage und insbesondere die Strahlengefahr erfreulich professionell und nüchtern analysierten.

Welch ein Kontrast zum Schweizer Fernsehen SRF, wo eine Mischung von Mutmassungen und Halbwissen Regie führte. Professor Horst-Michael Prasser von der ETH war eine wohlthuende Ausnahme. Doch er hatte einen schweren Stand gegen die subtil geschürte Angst, die vor allem auf Vorurteilen und Emotionen basierte. Prasser wurde denn auch bald vom Bildschirm vertrieben. Einen journalistischen Tiefpunkt erreichte die Berichterstattung des Schweizer Fernsehens, als Barbara Lüthi, die preisgekrönte Reporterin und Asienkorrespondentin von SRF, von Panik erfasst wurde und mit ihrer Crew

Japan fluchtartig verliess – was sie auch noch selber dokumentierte.

Im Rückblick ist die Panikmache unverstänlich, ja beschämend. Es wurde eine Chance verpasst, über die tatsächlichen und vermeintlichen Gefahren der Kernenergie zu diskutieren. Unser Sohn, der damals die Physikgrundvorlesung für Chemiker und Biologen an der Universität Zürich hielt, funktionierte seine Lektion um zu einer Tour d'Horizon über Reaktorphysik und Radioaktivität. Als die Doppelstunde vorbei war, mochte kaum einer den Hörsaal verlassen. Zahlreiche Studenten bestürmten ihn mit der grossen Frage: Was heisst das nun, wie geht es weiter?

Das Schweizer Fernsehen gab da wenig Antworten, sondern zeigte Explosionen, welche die Zuschauer fälschlicherweise als Atomexplosionen interpretierten. In Tat und Wahrheit waren es Knallgasexplosionen.

Die Politiker kippten wie Dominosteine

Erschütternd war auch die panische Reaktion unserer Politiker, die, ohne jede Not und ohne genau zu wissen, was in Fukushima überhaupt passiert war, über Nacht den Atomausstieg beschlossen. Dieselben Volksvertreter, die wenige Wochen zuvor noch für den (vom Berner Stimmvolk und auch von der Standortgemeinde befürworteten) Neubau von Mühleberg geworben hatten, kippten wie Dominosteine. Vierzig Prozent unserer zuverlässigen und sauberen Stromversorgung, um die uns viele Länder beneiden, waren plötzlich des Teufels. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie diese Politiker reagieren würden, wenn sie einmal eine echte Bedrohung zu bewältigen hätten.

Wie jeder Energieträger hat die Kernenergie Vor- und Nachteile. Für mich überwogen stets die Vorteile gegenüber den fossilen Brennstoffen, auf die wir längerfristig verzichten müssen. Ich habe nichts gegen die erneuerbaren Energien. Wasserkraft deckt bereits fast sechzig Prozent unseres Strombedarfs. Doch man muss realistisch sein: Sonne und Wind sind in unseren Breiten schlicht unbrauchbar für die Grundstromversorgung. Der Verschleiss an Ressourcen (Rohstoffe, Land) ist gemessen am geringen Ertrag zu gross. Und vor allem ist heute keine Technologie in Sicht, mit der sich der zufällig anfallende Flatterstrom von Sonne und Wind in nützlichen Mengen speichern liesse. In Anbetracht dieser Fakten ist die Energiewende ein verantwortungsloser Trip ins Ungewisse.

Halten wir uns vor Augen, was damals in Japan geschah: Im Verlauf des Erdbebens – eines der gewaltigsten, die weltweit je gemessen wurden – stellten sich alle elf laufenden Reaktoren im betroffenen Gebiet automatisch ab. In Fukushima Daiichi versammelte sich die Belegschaft auf dem Parkplatz zum Appell. Einer fehlte. Er war beim Beben von einem Kran gestürzt. Abgesehen davon hatte das Werk kaum Schäden erlitten. Zwar war der Strom ausgefal-

len, die eigene Produktion wie auch – wegen zerstörter Stromleitungen und wegen den übrigen abgestellten Kraftwerken – die Zufuhr von aussen. Aber die Notstromgeneratoren sorgten dafür, dass die heissen Reaktoren weiter gekühlt wurden. Man machte sich schon daran, das Werk wieder hochzufahren.

Dann kam das Meer, fünfzehn Meter hoch. Die sieben Meter hohe Schutzmauer wurde überspült und das Kraftwerk überflutet. Die Notstromgeneratoren standen ungeschützt im Untergeschoss der Turbinenhalle, vorne am Meer, und sie standen plötzlich unter Wasser und fielen aus. Zudem hatten die Wassermassen die freistehenden Brennstofftanks weggespült oder beschädigt. In Fukushima Daiichi traf damit das schlimmstmögliche Szenario ein: ein «Station Blackout», ein totaler Stromausfall.

Schon als ich am Fernsehen die Knallgasexplosionen sah, war mir klar: Anders als die europäischen AKW-Betreiber hat der japanische Stromriese Tepco die Lehren aus dem Unfall von Harrisburg 1979 nicht gezogen.

Ich erinnere mich noch gut: Bei einer Reise von Journalisten nach Schweden vor der Atomabstimmung von 1990, die ich begleiten durfte, sagten die schwedischen Kollegen beiläufig, sie hätten nun ihre KKW mit gefilterter Druckentlastung ausgerüstet. Unsere Journalisten wollten umgehend wissen, warum dies

Sonne und Wind sind in unseren Breiten schlicht unbrauchbar für die Grundstromversorgung.

in der Schweiz (noch) nicht der Fall war. Es kam in der Folge zu heftigen Diskussionen in der Schweiz: Ist es wirklich richtig, in die so gut und dicht gebauten Containments unserer Kernkraftwerke Löcher zu bohren, um diese Ventile einzubauen?

Am Ende hat man bei allen Schweizer AKW gefilterte Druckentlastungsventile eingebaut. Zu Recht, wie die Erfahrung aus Japan zeigt (siehe Kasten). Bei uns hat man zudem auch Wasserstoff-Rekombinatoren eingebaut, damit allfällig entstehender Wasserstoff wieder zu Wasser oxidiert. Wäre das auch in Fukushima geschehen, würden wir heute kaum noch über die Havarie reden. Später habe ich vernommen, dass die Firma Elektrowatt, welche das KKW Mühleberg nachgerüstet hatte, die gleiche Offerte auch Tepco unterbreitete (der Reaktor von Fukushima Daiichi 1 ist fast baugleich mit Mühleberg). Tepco hat diese jedoch abgelehnt, denn die Sicherheitsbehörden hatten das ja nicht verlangt.

Ja, die Sicherheitsbehörden: Ich war von 2001 bis 2007 Mitglied der Eidgenössischen Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen (KSA), und wir führten jährliche Gespräche mit den AKW-Betreibern. Sie hatten gar keine Freude, wenn wir immer wieder neue Nachrüstun-

gen verlangten. Ich sagte mehrmals: Sicherheit kostet, aber Unfälle kosten ein Mehrfaches. Das sollte Tepco in der Zwischenzeit eigentlich gelernt haben. Ich war deshalb erstaunt, dass Japan sich sogar dieses Jahr noch gegen den Vorschlag des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) wehrte, weltweit die gleichen Sicherheitsstandards in der «Convention on Nuclear Safety» (CNS) der IAEA zu verlangen. Ich selbst hatte schon 1986 im Petitionstext der Frauen für Energie, der sich gegen den Atomausstieg nach dem Unfall in Tschernobyl richtete, die Forderung mit folgendem Wortlaut gestellt: «Die Unterzeichner bitten das Parlament, den Bundesrat aufzufordern, international den gleichen Sicherheitsstandard für alle Kernkraftwerke zu verlangen, wie er in der Schweiz verwirklicht ist.»

Atomausstieg bringt keine Sicherheit

Ich will damit sagen: Statt die eigenen, sicheren AKW zu verschrotten, sollten wir uns auf internationaler Ebene für höhere Sicherheitsstandards und eine bessere Sicherheitskultur bei den Anlagen einsetzen, die weltweit in Betrieb sind und neu gebaut werden.

Als Reaktion auf den Unfall in Tschernobyl wurde 1989 die World Association of Nuclear Operators (Wano) gegründet, ein weltweiter Zusammenschluss der Kernkraftwerksbetreiber. Ziel der Wano ist es, den verantwortungsvollen, sicheren Betrieb von Atomkraftwerken zu gewährleisten und stetig zu verbessern. Dazu führt sie in den KKW regelmässig Sicherheitsüberprüfungen durch.

Nach dem dreifachen GAU in Fukushima Daiichi habe ich diejenigen Personen gefragt, die ich bei der Wano kannte, warum denn niemand die Tepco auf die Gefahren der unbunkerten Notstrom-Dieselaggregate und der zu niedrigen Tsunami-Schutzwälle angesprochen habe. Dabei musste ich erfahren, dass die Wano zwar in London ein weltweites Leitungsgremium hat, das Vorschläge macht, aber die regionalen Zentren in Atlanta, Moskau, Paris und Tokio für die Umsetzung verantwortlich sind.

Ein Problem in Fukushima war die harzige Zusammenarbeit zwischen den Operateuren vor Ort, den Funktionären von Tepco, den Sicherheitsbehörden und der Regierung. Dass beispielsweise der Ministerpräsident die manuelle Druckentlastung absegnen muss, ist unverständlich. In der Schweiz beübt die Nationale Alarmzentrale (NAZ) regelmässig Unfallszenarien in Kernkraftwerken, um diese Zusammenarbeit zu testen.

Als Mitglied einer Arbeitsgruppe der Nationalen Alarmzentrale hatte ich zweimal Gelegenheit, solchen Übungen beizuwohnen. Zwar wird immer wieder geklagt, die Szenarien der NAZ beruhten auf unrealistischen Annahmen und schürten die Angst vor AKW-Unfällen. Doch man kann nur Lehren ziehen, wenn man selbst das Udenkbare zu denken

Gewaltige Energie

Warum kam es in Fukushima überhaupt zur Kernschmelze? Von Simon Aegerter

Selbst nach dem Abschalten produziert ein Kernkraftwerk Wärme, die Nachzerfallswärme. Eine Stunde nach der Abschaltung sind es zwar nur noch 1,5 Prozent der vollen Leistung. Doch in Anbetracht der gewaltigen Energie, die in einem Kernreaktor steckt, ist dies immer noch viel Wärme. Der Reaktor muss also weiter gekühlt werden, sonst schmelzen die Brennstäbe und zerstören dabei den Reaktor.

Zwar ist es möglich, die Notkühlsysteme bei einem Stromausfall allein mit der Nachzerfallswärme zu betreiben. Leider hatte ein Operateur diese Kühlung in Fukushima Daiichi beim Block 1 kurz ausgeschaltet, weil sie zu stark wirkte. Nach dem Stromausfall konnte er sie nicht wieder in Betrieb nehmen.

Das Wasser, in das die Brennstäbe eingetaucht waren, begann zu verdampfen. Der Druck im Reaktordruckgefäss stieg, die Sicherheitsventile öffneten sich, und der Dampf entwich in den Sicherheitsbehälter (Containment). Die glühenden Brennstäbe ragten derweil immer weiter aus dem Wasser. Schliesslich reagierte die Zirkon-Umhüllung des Urans mit dem Wasserdampf, es bildete sich Wasserstoff, der zusammen mit Spaltprodukten aus dem Reaktor ins Containment entwich.

Für den Fall, dass der Druck im Containment zu hoch wird, gibt es ein Ventil, durch welches eine notfallmässige Druckentlastung durch ein Hochkamin möglich ist. Wegen des Stromausfalls liess sich dieses Ventil nicht öffnen, und das Containment brach.

So entwich das Gemisch von Wasserstoff, Dampf und Spaltprodukten ins Reaktorgebäude. Weil in den AKW von Fukushima sowohl Filter als auch Wasserstoff-Rekombinatoren fehlten, kam es zur Explosion und zu einer Freisetzung von radioaktiven Stoffen.

Es verging ein Tag, bis es den fieberhaft arbeitenden Operateuren gelang, eine notdürftige Stromversorgung und ein behelfsmässiges Kühlsystem aufzubauen. Als es fertig war, ereignete sich im oberen Teil des Reaktorgebäudes 1 die erwähnte Wasserstoffexplosion. Die herabstürzenden Trümmer zerstörten die neuen Notleitungen. Danach konnten auch die Blöcke 2 und 3 nicht mehr gerettet werden.

versucht. Nur so gelang es unserer Sicherheitsbehörde Ensi, als unabhängige Organisation eine hohe Kompetenz in der Beurteilung sicherheitsrelevanter Aspekte zu entwickeln.

Wir sollten unser Augenmerk aber auch auf die Weiterentwicklung der Kernenergie richten, die weltweit, mit oder ohne Schweiz, nach wie vor im Vormarsch ist. Ohne Kernenergie lässt sich der steigende Energiehunger von über sieben Milliarden Menschen auf dieser Erde nicht decken, es sei denn, wir wollen unsere Atmosphäre weiter mit den Emissionen fossiler Kraftwerke verpesten. Ich sehe die Zukunft vor allem in kleinen und inhärent sicheren KKW, die auch weniger und kurzlebigere Abfälle produzieren.

Die ETH Zürich hatte mit dem Paul-Scherrer-Institut einst eine führende Forschungsstätte im Bereich der Nukleartechnologie, deren Ruf weit über die Landesgrenzen hinaus strahlte. Nichts gegen die Forschung an neuen Solar- und Speichertechnologien. Doch sie sollte nicht auf Kosten der Reaktorforschung gehen. Mit gut ausgebildeten Nuklearingenieuren könnten wir den grössten Beitrag für eine sichere, günstige und CO₂-freie Stromversorgung der Welt leisten.

Die grossen Irrtümer der Atomgegner

Nach Tschernobyl meinten viele, dies sei das Ende der Kernenergie. Sie haben sich geirrt. Genauso wird es mit Fukushima sein. Es war eine Katastrophe, die nie hätte passieren müssen. Trotzdem: Fukushima wird die Kernenergie sicherer machen, wenn wir die nötigen Lehren ziehen. Vier Jahre nach dem dreifachen GAU ist die Zeit reif für eine Bilanz. Für mich stehen folgende Punkte im Vordergrund:

1 — Kernkraftwerke sind so zu bauen und zu betreiben, dass auch unwahrscheinliche Bedrohungen von aussen beherrschbar sind und die Umgebung nicht beeinträchtigt wird. Dazu gehören Überschwemmungen, Erdbeben, Verkehrskatastrophen, aber auch militärische und terroristische Bedrohungen. Fukushima hat im Übrigen gezeigt, dass Kernkraftwerke erdbebensicher gebaut werden können.

2 — Beim Betrieb der KKW ist aus den Erfahrungen anderer Betreiber zu lernen, neue Erkenntnisse sind laufend zu berücksichtigen und umzusetzen. Um dies sicherzustellen, müsste eine Kontrollorganisation wie die IAEA mit mehr Kompetenzen ausgestattet sein.

3 — Kernkraftwerkbetreiber müssen mit den nationalen Katastrophenorganisationen reibungslos zusammenarbeiten können. Dies ist regelmässig zu üben.

4 — Evakuierungen können mehr Schaden stiften, als bei deren Unterlassung entstehen würde. Gemäss japanischen Studien sollen als Folge der Evakuierung der Region um Fukushima über 1000 Personen ums Leben gekommen sein. Man

weiss heute, dass Strahlendosen unter 100 mSv pro Jahr gesundheitlich unbedenklich sind. Nur in einem kleinen Bruchteil der evakuierten Gebiete um Fukushima wurde diese Grenze je überschritten. Die Grenzwerte müssen deshalb dem Stand der Forschung angepasst werden.

Fukushima machte Kernkraft sicherer

Es wird für viele zynisch klingen, aber Fukushima hat unter dem Strich gezeigt, wie sicher eigentlich Kernenergie ist – und wie sehr die Bedrohung von vielen überschätzt wird. GAU heisst «grösster anzunehmender Unfall». In Fukushima hatten wir erstmals nicht nur einen, sondern gleich einen dreifachen GAU. Trotzdem ist kein Mensch wegen der Strahlung gesundheitlich geschädigt oder gar getötet worden. Ein Arbeiter starb, als er während des Erdbebens stürzte, zwei ertranken im Tsunami.

Das grosse Drama war der Tsunami mit gegen 20 000 Todesopfern. Was uns zeigt, welche Gefahr im scheinbar harmlosen Wasser steckt. Doch das Schweizer Fernsehen hat am Jahrestag von Fukushima 2015 erneut verbreitet: «Zuerst kam das Erdbeben, dann der Tsunami und dann der Kernkraftwerkunfall mit 19 000 Toten.» Das ist der wirkliche Zynismus.

Die Aufräum- und Dekontaminationsarbeiten in Japan werden noch lange dauern. Sie könnten aber sehr viel zügiger vorankommen, wenn die Grenzwerte für die Strahlenbelastung gemäss den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen angesetzt wären. Der Grenzwert für die Fischerei ist beispielsweise so tief angesetzt, dass ein Mensch niemals in die Nähe einer gefährlichen Dosis käme, selbst wenn er sich tagtäglich ein Leben lang nur von Fischen ernähren würde. Das ist schlicht absurd. Es ist auch falsch, kontaminiertes Wasser in riesigen Mengen zu lagern, obwohl dessen Radioaktivität die natürliche Strahlung des Wassers im Pazifik kaum übersteigt.

Der Rückbau der beschädigten Reaktoren ist wegen der geschmolzenen Brennstäbe viel aufwendiger als der Rückbau eines normal ausser Betrieb gesetzten AKW. Der Preis, den die Tepco für ihr grob fahrlässiges Sicherheitsmanagement zahlen muss, ist enorm. Immerhin: Japan hat seine Lehren gezogen und das Sicherheitsmanagement für seine Kernkraftwerke von Grund auf überarbeitet, damit die Kernkraftwerke dort wieder in Betrieb gehen können und die Stromversorgung nicht mehr mit für teures Geld importierter Kohle, Öl und Flüssiggas sichergestellt werden muss. Auch das hat Fukushima gezeigt: Der Atomausstieg hätte einen sehr hohen Preis, für die Wirtschaft, aber vor allem auch für die Umwelt.

*Irene Aegerter ist Physikerin. Am Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (heute Paul-Scherrer-Institut) schrieb sie ihre Dissertation über den radioaktiven Fallout. Sie ist Gründerin von Frauen für Energie (FFE) und Gründungspräsidentin von Women in Nuclear (WiN). Zusammen mit ihrem Mann Simon Aegerter betreibt sie den Blog www.kaltduschenmitdoris.ch.

Morgarten lebt

Neue archäologische Funde sprechen für die Ereignisse von Morgarten im Jahr 1315. Eine Peinlichkeit für jene Historiker, die alles, was nach früher Selbstbestimmung der Eidgenossenschaft ausschaut, ins Reich der Mythen verbannen wollen. *Von Peter Keller*



«Punktlandung»: sensationelle Relikte aus der Gegend rund um den Ägerisee.

Siebenhundert Jahre sind nicht genug. Am vergangenen Wochenende begannen die offiziellen Feierlichkeiten zur Schlacht am Morgarten. Das Jubiläumswetter zeigte sich kaltschnäuzig, als ob die Verhältnisse jenes Novembers 1315 imitiert werden sollten, als Habsburg die renitenten Schwyzer massregeln wollte.

Umso besser war die Stimmung unter den Festbesuchern. Gerade sind archäologische Fundstücke aufgetaucht, die für die Ereignisse am Morgarten sprechen. Während rund anderthalb Jahren suchten Experten der Universität Zürich das Gelände rund um den Ägerisee ab und stellten geowissenschaftliche Analysen an. Dabei kamen erstaunliche Ergebnisse zutage. So wurden Waffenbestandteile aus dem 14. Jahrhundert ausgegraben: zwei Dolche, der Blechschutz einer Messerscheide sowie zwei Geschosspitzen von Armbrust- oder Bogenpfeilen und ein Sporn, wie ihn Reiter verwendet haben.

Archäologie wurde vernachlässigt

Die Funde sind aus zwei Gründen bemerkenswert. Einerseits sind solche mittelalterlichen Gegenstände, die direkt mit einem Kriegsgeschehen zu tun haben (könnten), extrem selten. Dafür brauche es sogenannte Verlustfunde, sagte der Zürcher Archäologe Jonathan Frey gegenüber SRF, nur seien diese fast immer nachträglich geplündert worden. Von der Jahrhundertschlacht bei Murten 1476, als die Eidgenossen

das burgundische Heer vernichtend schlugen, ist gerade einmal ein Kettenhemdfragment aus dem Murtensee geborgen worden.

Umso sensationeller muten die Funde aus den Wäldern und Wiesen rund um den Ägerisee an, wie die Silbermünzen, die tatsächlich um 1315 in der Gegend in Umlauf gewesen waren. «Da kann man fast von einer Punktlandung sprechen», urteilt der Zuger Kantonsarchäologe Stefan Hochuli. «Mit diesen Funden haben wir eine neue Ausgangslage für die Morgarten-Forschung.» Selbstkritisch fügt der Neuenburger Professor für Geschichte des Mittelalters, Jean-Daniel Morerod, hinzu: «Wir Historiker haben die Bedeutung der Archäologie vernachlässigt. Mit diesen Funden könnte das Pendel zurückschlagen. Das ist vielleicht eine Wende.»

Vernachlässigung ist eine Untertreibung. Die Schweiz-kritischen Historiker, die an den Universitäten den Ton angeben, spielen die Ereignisse von 1315 herunter. Morgarten habe nichts mit dem Willen zur Selbstbestimmung zu tun. Der Historiker Thomas Maissen zeigt, wenn schon, Sympathie für die Habsburger, schliesslich hätten die Schwyzer Kleinbauern sich widerrechtlich und oft gewaltsam Weideland des Klosters Einsiedeln angeeignet. Der anschliessende Brief von Brunnen vom 9. Dezember 1315 sei erst im 15. Jahrhundert «rückblickend als Befreiung gedeutet und zum Gründungsakt der Eidgenossenschaft» erklärt worden.

Sein Berner Kollege André Holenstein er-

kennt in der Schlacht höchstens einen Akt von regionaler Bedeutung. Morgarten leiste «keinen Beitrag zum zentralen Verständnis zur Gründungszeit der Eidgenossen». Eine wacklige Behauptung. Schwyz ist zu dieser Zeit der wichtigste der drei Orte; was für ihn wichtig ist, ist insofern auch für die frühe Eidgenossenschaft von Bedeutung. Der Mönch und Chronist Johannes von Winterthur, dessen Vater in den Reihen Habsburgs mitkämpfte, benennt erstaunlich freimütig die tieferen Motive des Konflikts am Morgarten: «In dieser Zeit, im Jahre 1315, entzog sich ein Bauernvolk dem Gehorsam, den Steuern und den gewohnten Dienstleistungen, die es dem Herzog Lüpoldus schuldete.» Gross anders lässt sich das Unabhängigkeitsstreben im 14. Jahrhundert nicht beschreiben.

Maissen erlebt sein Marignano

Nach dem Sieg wird das Bündnis zwischen Uri, Schwyz und Unterwalden vertieft. Erstmals ist von «eitgenozen» die Rede. Die Waldstätten einigen sich auf eine gemeinsame Aussenpolitik. Gemeinsam wird der Wille bekräftigt, sich nicht «beherren» zu lassen. In der Folge dehnt sich das Bündnis weiter aus: Luzern (1332), Zürich (1351), Glarus und Zug (1352) und Bern (1353) stossen hinzu. Eine regionale Macht mit Autonomieanspruch bildet sich heraus. 1386 versucht Habsburg letztmals ernsthaft, die Entwicklung umzudrehen, und erlebt bei Sempach eine brutale Niederlage. 1415 erobern die Eidgenossen den Aargau, die früheren Stammlande der Habsburger. Natürlich führt keine Autobahn von Morgarten zur Gründung der Schweiz. Aber die Ereignisse von 1315 bilden eine wichtige Wegmarke.

In der SRF-Reihe «Die Schweizer», an der Thomas Maissen als wissenschaftlicher Berater beteiligt war, verwiesen die Macher die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Habsburgern und den aufmüpfigen Innerschweizern sogar ins Reich der Mythen – das Dementi seitens der Universitätshistoriker erfolgte nur halbpatzig. Die Fragen der *Weltwoche* an Thomas Maissen zur SRF-Serie und ob er die Möglichkeiten der modernen Archäologie zu lange vernachlässigt habe, lässt er unbeantwortet.

Der Zeitgeist will den Sonderfall Schweiz negieren – offenbar auch entgegen den Fakten. Maissen und Co. erleben gerade ihr Marignano. Morgarten ist mehr als ein Mythos. Morgarten lebt. ○



Es war einmal, der Wilde Westen: Tommy im Jagdrausch.



Unter Kojoten

Von Daniele Muscionico

Eine Stunde westlich von Salt Lake City. Die Schatten sind lang geworden in Nevada, die Ebene, die sich bis zum Horizont dehnt, ist noch länger. Endlos. Endlos Steppengras, struppiges Buschzeug. Der Boden ist staubtrocken. Nur dort, wo ihn Menschen bewässern, ist er grün. Solange sie ihn bewässern. Kein Rind findet hier ein Auskommen. Nicht mehr.

Der nächstgelegene Ort heisst Oasis – Oase. Wie das? Die nächstgelegene Ranch heisst Big Springs Ranch, Farm zu den grossen Quellen. Wo das?

Und wozu steht da ein hoher Zaun? Damit Tommy die Kojoten jagen kann. Das ist Tommy, und so jagt er die Biester. Diese wilden Hunde Gottes, wie man sagt. Tommy lebt in Oasis, und auch der Kojote lebt hier. Das heisst, sie würden gerne hier leben.

Jagt Tommy tatsächlich so die Kojoten von seinem Stück Land? Oder hat er sich zu diesem Ausdruck eines Lebensgefühls für den Fotografen Lucas Foglia entschieden? Der betitelt seine Aufnahme tatsächlich so: «Tommy Trying to Shoot Coyotes». Der Betrachter kann sich denken, wie viel Wahrheit und wie viel Alkoholpromille oder Fantasie mit dabei sind, wenn einer am späten Nachmittag in der Küche seine Flinte greift, sie schultert und dann vor der Haustür unterm freien Himmel in einen ganz eigentümlichen Jagdrausch gerät.

«Tommy Trying to Shoot Coyotes» oder Jagdszene im Wilden Westen. Kein Kojote weit und breit, und auch die Romantik hat sich hier längst aus dem Staub gemacht. Dafür hat sich Einsamkeit niedergelassen. Ihr ist kein Zaun gewachsen, keiner ist je so hoch, dass die Einsamkeit nicht nachts aus den Rissen der trockenen Prärie kriecht und hinein in die letzten Häuser.

Der amerikanische Fotograf Foglia, selbst auf einer kleinen Farm aufgewachsen, hat zwischen 2006 und 2013 die Hinterhöfe im Westen Amerikas fotografiert, «Frontcountry» nennt er seine Arbeit, eine Sammlung von Menschen in Idaho, Montana, Nevada, New Mexico, Texas und Wyoming; Menschen, die den Balanceakt zwischen Tradition und Moderne versuchen, weil der exzessive Bergbau die Landwirtschaft verdrängt hat. Kupfer, Öl, Kohle, Gold, Gas – diese Ressourcen sind die neuen Rinder, und Rancher wie Tommy sind die Letzten von damals.

Tommy spielt Cowboy. Tommy spielt Wilder Westen. Tommy macht sich selbst zum Clown. Er weiss, dass er keine Chance hat, also nutzt er sie. Für den Fotografen und für uns.

Lucas Foglia: «Frontcountry» ist 2014 bei Nazraeli Press erschienen. Die Serie ist Teil der Ausstellung «Imagine Reality». Ray 2015, Frankfurt. Bis 20. September.

Bestseller

Belletristik

- 1 (-) **Jean-Luc Bannalec:** Bretonischer Stolz (Kiepenheuer & Witsch)
- 2 (1) **Lori Nelson Spielman:** Nur einen Horizont entfernt (Fischer Krüger)
- 3 (-) **Paula Hawkins:** Girl on the Train (Blanvalet)
- 4 (2) **Guillaume Musso:** Nacht im Central Park (Pendo)
- 5 (3) **Donna Leon:** Tod zwischen den Zeilen (Diogenes)
- 6 (4) **Martin Suter:** Montecristo (Diogenes)
- 7 (5) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (Fischer Krüger)
- 8 (6) **Blanca Imboden:** Matterhörner (Wörtersch)
- 9 (8) **Viveca Sten:** Tod in stiller Nacht (Kiepenheuer & Witsch)
- 10 (7) **Martin Walker:** Provokateure (Diogenes)

Sachbücher

- 1 (-) **Christof Gertsch, Benjamin Steffen:** Ariella Kaeslin – Leiden im Licht (NZZ Libro)
- 2 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (Ullstein)
- 3 (2) **Per J. Andersson:** Vom Inder, der auf dem Fahrrad ... (Kiepenheuer & Witsch)
- 4 (-) **Henry Marsh:** Um Leben und Tod (DVA)
- 5 (5) **Simone Müller:** Über London und Neuseeland nach Eggiwil (Hier und Jetzt)
- 6 (3) **Joachim Bauer:** Selbststeuerung (Blessing)
- 7 (7) **Thomas Maissen:** Schweizer Heldengeschichten ... (Hier und Jetzt)
- 8 (8) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (Insel)
- 9 (6) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (Gräfe und Unzer)
- 10 (-) **Evelyna Kottmann:** Kreuz Teufels Luder (Limmat)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Neue SRG

Nach dem knappen Ja zum revidierten Radio- und Fernsehgesetz überbieten sich Parteien und Verbände mit Kürzungsvorschlägen und anderen Forderungen an die SRG. FDP-Präsident Philipp Müller möchte keine Internetserien mehr, SVP-Präsident Toni Brunner findet, zwei Radio- und Fernsehsender pro Landesteil würden reichen, SP-Präsident Christian Levrat möchte alles so lassen, wie es ist. Andere wollen weniger Boulevard, ein ausgewogeneres Programm, mehr Sport, keine Werbung mehr oder was auch immer. Den eigenwilligsten Schluss aus der Abstimmung zieht aber Suisseculture, der Dachverband der Schweizer Künstler. In einer Stellungnahme lässt er verlauten: «Wir [verlangen] eine angemessene Berücksichtigung des weiblichen Kulturschaffens.» (rb)

Literatur

Meuchelmord zur Entspannung

Die Thriller des amerikanischen Schriftstellers James Patterson versetzen die Leser in Albträume. Genau das wünschen sie sich.

Von Rolf Hürzeler

Diese Fantasien kommen bei der Leserschaft an: Ein Computerfreak befriedigt eine Nackte im Schlafzimmer lustvoll mit der Zunge. Von hinten schleicht sich der Mörder heran und stranguliert ihn mit einem Gürtel. Killer Sunday, wie der Täter heisst, ist auf das Sperma des Toten aus, um ihm eine Vergewaltigung unterzuschieben. Da stellt sich dem Leser die Frage: Kommt der schwarze Fahnder Alex Cross dem Übeltäter auf die Spur?

Das ist eine krude Schlafzimmer-Episode aus dem letzten Roman «Cross My Heart» des 79-jährigen Schriftstellers James Patterson, einem Thriller, der demnächst auf Deutsch erscheinen wird. Solche Geschichten mögen zwar nicht alle Leser goutieren, aber doch die meisten, wie Pattersons Verkaufszahlen belegen. Der Schriftsteller hat seine Romane nach eigenen Angaben mehr als 300 Millionen Mal verkauft; die Thriller sind in alle gängigen Sprachen übersetzt und an jedem Bahnhofskiosk zu kaufen. Seine Werke zieren regelmässig die Bestseller-Liste der *New York Times* – zum Entsetzen der Buchkritik, versteht sich. Denn Patterson ist einer jener Autoren, die es bei der Kritik sehr schwer haben, beim Publikum jedoch blendend ankommen. Der Autor, erfolgreicher Geschäftsmann im kompetitiven Büchermarkt, gibt seine Romane als Bücherreihen heraus, so wie TV-Stationen Krimis ausstrahlen, jede Serie mit einem eigenen Helden. Neben Alex Cross ermitteln die Kriminalistin Lindsay Boxer (in der Serie «Women's Murder Club») und der New Yorker Polizist Michael Bennett.

«Meine Romane sollen entspannen»

Seine Geschichten sind streckenweise fiebrig wie Albträume – mit viel Gewalt und einer ordentlichen Dosis Sex. Die Welt ist sauber in Gute und Böse unterteilt: Ermittler wie Cross sind unerschrocken und tugendhaft, Täter wie Sunday sind abgrundtief schlecht. Schattierungen der Charaktere stören den Leser nur.

Laut Patterson ist diese abnorme Welt genau das, was das Publikum wünscht. «Morde erschrecken und faszinieren die Menschen ebenso», sagte er vor ein paar Jahren bei der Buchpräsentation des Alex-Cross-Romans «Wenn die Mäuse Katzen jagen» in New York. Und fügte überraschend hinzu: «Meine Romane sollen die Leser entspannen.» Zumindest stilistisch tun sie das, denn seine Bücher lesen sich sprachlich leicht wie Werbebroschüren – kurze Sätze, knappe Worte. Der Autor weiss, dass er seiner Leserschaft Leichtigkeit schuldig ist; er hat sein

Handwerk bei der weltweit tätigen Werbeagentur J. Walter Thompson als Texter gelernt.

Multimillionär Patterson lebt mit seiner Familie in New York und Florida, ist überzeugter Republikaner und hat sich für die Todesstrafe ausgesprochen. Seine Weltanschauung bewegt ihn dazu, das Böse auch mal im Linksextremismus zu orten wie in seinem San-Francisco-Krimi «Der 3. Grad». Gleichzeitig setzt er sich für den Ausgleich zwischen Schwarz und Weiss ein, denn eine schwarze Nanny zog ihn fürsorglich auf; er ist ihr heute noch dankbar

Seine Verbrecherinnen sind kein Quäntchen weniger verschlagen als die männlichen Bösewichte.

dafür. Die Figur der dominanten Mama ist in vielen seiner Romanen präsent und hat sein Frauenbild geprägt: Patterson weist den Frauen die gleichen Rollen zu wie den Männern – sie können als Täterinnen wie als Opfer auftreten. Verbrecherinnen sind kein Quäntchen weniger verschlagen als die männlichen Bösewichte. So steckt die Protagonistin aus der Eingangsszene, die das spätere Mordopfer oral befriedigt, mit dem Mörder unter einer Decke; die beiden feiern die vollbrachte Tat mit einer Orgie – Meucheln ist ihr Liebeselixier. Patterson erklärt die ungewöhnlichen Fantasien mit seiner Vergangenheit: Er musste Übles in der Jugend durchmachen, die er in der Provinz des Bundesstaats New York verbrachte. Das prägte ihn genauso wie die Hingabe der schwarzen Mama, die ihm die Geborgenheit bescherte.

Sofern er selber schreibt. Patterson hat seine Schreibknechte für jede Krimi-Reihe. Zum Teil würdigt er sie auf den Buch-Covern – wie Maxine Paetro, die ihm die «Women's Murder Club»-Serie schreibt; sie hat früher als Werberin gearbeitet. Die Arbeitsmethode von Patterson & Cie erinnert ein bisschen an Hollywood.

Der Meister verfasst die grossen *story lines*, seine Gesellen setzen sie um mit all den Dialogen, den Ausschmückungen und den Cliffhanger am Ende eines Kapitels. Sie schreiben von jedem Roman drei, vier Fassungen, die oft in einen Lesetest mit Buchhändlern kommen. Was am besten gefällt, gelangt in den Verkauf. Die Schreibfirma Patterson schafft so rund drei Romane jährlich. Der Chef ist ein knallharter Geschäftsmann, passt ihm etwa ein Verlag nicht mehr, wendet er sich ohne Tränen dem nächsten zu.



Die Welt ist sauber in Gute und Böse unterteilt: James Patterson.

Soeben ist der Roman «Private London» mit dem Helden Dan Carter auf Deutsch («Falsche Schuld. Private London») erschienen. Der Schnüffler leitet den Londoner Ableger einer weltweit tätigen Detektivkanzlei. Er muss, wie das an der Themse üblich ist, einen Serienmörder zur Strecke bringen, der sich in der Tradition von Jack the Ripper sieht. Daneben hat er die Tochter eines Millionärs zu beschützen, auf die es Kidnapper abgesehen haben.

Der weltweite Verkauf solcher Romane gibt dem kämpferischen Patterson die Freiheit, für seine Überzeugungen einzustehen. Er ist ein unermüdlicher Kämpfer gegen den Büchervertreiber Amazon, der seines Erachtens Autoren

und Verlage zu dürftig entschädigt. Patterson sorgt auch dafür, dass ihm seine Leserschaft in Zukunft nicht ausgehen wird. Er tritt als grosszügiger Mäzen von Schulbibliotheken und unabhängigen Buchläden auf.

James Patterson versteht es, sich in Szene zu setzen. Er weiss, was er seiner Leserschaft schuldet: Wer ihn kennenlernen will, kann um ein Treffen mit dem Meister der Action an einem geheimen Ort nachsuchen und mit ihm dinieren. Die Eskapade kostet knapp 300 000 Dollar.

James Patterson: Falsche Schuld. Private London. Goldmann. 352 S. Fr., 13.90

Jazz

Coltrane ohne Weihrauch

Von Peter Rüedi

Das Unternehmen grenzte an ein Sakrileg, wenn wir einmal davon ausgehen, dass John Coltranes Suite «A Love Supreme», aufgenommen am 9. Dezember 1964 in einer einzigen Session des «klassischen Quartetts» (Coltrane, McCoy Tyner, Jimmy Garrison, Elvin Jones), mehr ist als ein Stück Musik. Dass das vierteilige Werk als ein Stück realisierte spirituelle Erfahrung verstanden wurde und so zum Kultstück avancierte, war in ihm selbst angelegt. Die einzelnen Sätze hiessen «Acknowledgement» (Anerkennung), «Resolution» (Entschluss), «Pursuance» (Streben) und «Psalm», und auf dem Cover veröffentlichte der Saxofonist, dessen Wende zum Religiösen (im weitesten Sinn) mit einem in selbstverordneter Isolation erlittenen Drogenentzug einsetzte, ein Gebet. Eine Bekehrung, eine Offenbarung, eine Erleuchtung – jedenfalls ein einmaliges Ereignis, auf das Coltrane selbst nur noch einmal live zurückkommen wollte (bei einem Festival-Auftritt in Antibes). Wenn sich Musiker einer anderen Generation an dieses Werk wagen, müssen sie nicht nur couragiert genug sein, den Vergleich mit dem Original, einem im Jazz einzigartigen Gipfel an hymnischer Ekstase, auszuhalten, sie kommen auch nicht um die Erkenntnis herum, dass sie mit dem spirituellen Mehrwert nicht kokettieren dürfen. Zu beidem sind Branford Marsalis, Joey Calderazzo (Piano), Eric Revis (Bass) und Jeff «Tain» Watts (Drums) in der Lage. Sie sind langsam in Coltranes Musik hineingewachsen, anlässlich einer Studioaufnahme («Footsteps of Our Fathers») und mehrerer Live-Auftritte, bis sie im Amsterdamer Klub Bimhuis bei einer Videoaufzeichnung im Jahr 2003 mit der übermächtigen Vorlage so frei umgehen konnten, wie es im Jazz der Respekt verlangt. Ein Rücktransport aus den Höhen des Spirituellen in profanere Bereiche der improvisierten Musik ist das allemal. Aber die Power der vier ist gross genug, dass sie dazu verführt, auch dem Original mal wieder ohne mystische Verzückung zu begegnen. Es wird, vernebelt der Weihrauch nicht mehr die klaren Konturen, in seinem Format eher noch grösser wahrnehmbar. (Eine CD enthält nur die Musik, die DVD jede Menge Interviews.)



Branford Marsalis Quartet
Performs Coltrane's «A Love Supreme» Live in Amsterdam.
Okeh / Marsalis Music
88875069032 (DVD+CD)

Top 10

Knorr's Liste

1	Love & Mercy	★★★★☆
	Regie: Bill Pohlad	
2	Bouboule	★★★★☆
	Regie: Bruno Deville	
3	Woman in Gold	★★★★☆
	Regie: Simon Curtis	
4	Mad Max: Fury Road	★★★★☆
	Regie: George Miller	
5	Victoria	★★★☆☆
	Regie: Sebastian Schipper	
6	The Age of Adaline	★★★☆☆
	Regie: Lee Toland Krieger	
7	Big Game	★★★☆☆
	Regie: Jalmari Helander	
8	Jurassic World	★★★☆☆
	Regie: Colin Trevorrow	
9	Spy	★★★☆☆
	Regie: Paul Feig	
10	San Andreas	★★★☆☆
	Regie: Brad Peyton	

Kinozuschauer

1 (1)	Jurassic World (3-D)	53 996
	Regie: Colin Trevorrow	
2 (2)	Spy	14 411
	Regie: Paul Feig	
3 (3)	The Age of Adaline	5 989
	Regie: Lee Toland Krieger	
4 (4)	San Andreas (3-D)	5 521
	Regie: Brad Peyton	
5 (-)	Big Game	5 201
	Regie: Jalmari Helander	
6 (5)	Giovanni Segantini: Magie des ...	4 938
	Regie: Christian Labhart	
7 (7)	Pitch Perfect 2	3 562
	Regie: Elizabeth Banks	
8 (6)	Hot Pursuit	3 155
	Regie: Anne Fletcher	
9 (-)	Rico, Oskar und das Herzgebreden	2 718
	Regie: Wolfgang Groos	
10 (9)	Woman in Gold	2 617
	Regie: Simon Curtis	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Into the Woods (Disney)
2 (2)	Baymax – Riesiges Robowabohu (Disney)
3 (3)	John Wick (Ascot Elite)
4 (1)	96 Hours – Taken 3 (Rainbow)
5 (4)	Outlander – Season 1 Vol. 1 (Sony)
6 (8)	The Interview (Sony)
7 (5)	Der Hobbit – Die Schlacht ... (Warner)
8 (-)	Whiplash (Ascot Elite)
9 (7)	Herz aus Stahl (Sony)
10 (6)	Unbroken (Universal)

Quelle: Media Control



Scham und Hilflosigkeit: «Pas son genre».

Kino

Sie liebt Klatsch, er Proust

Eine Friseurin und ein Philosophie-Professor im Rausch der Liebe. Im Groschenroman hat so was Bestand, aber in «Pas son genre» wird die Liaison mit der Realität konfrontiert. Von Wolfram Knorr

Die meisten goldenen Eier werden gelegt, wenn eine Liebe zwischen unten und oben ihre Erfüllung findet, wenn ein Hascherl einen Prinzen freit oder, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben, ein Philosophie-Professor sich in eine Friseurin verguckt. Das Glücksgewerbe hat, vom Groschenroman bis zum Kino, zeitlos Hochkonjunktur. Es sind herrlich weinselige Konstellationen, die in einer schnöden Wirklichkeit warm- und barmherzig Trost spenden. Solche Lebensverschönerungs-Spiele können aber auch herausfordern, aus der durchgenudelten Schicksalsmacht Wahrhaftigkeit pressen, zumal es in unserer offenen Gesellschaft ja möglich sein sollte, dass eine Friseurin und ein Professor sich fürs Leben binden.

Das kann reizvoll sein, auch wenn die Mehrheit der Werke sich in die märchenschönen Rosenbüsche schlägt – von «My Fair Lady» bis «Pretty Woman». Der gebürtige Belgier Lucas Belvaux («Rapt») hat's trotzdem gewagt, sich der Wirklichkeit zu stellen, und adaptierte Philippe Vilains gleichnamigen Roman, eine Romanze zwischen einer Friseurin und einem Professor. Und Belvaux setzt die Liaison mit betörendem erotischem «Leicht-Sinn» mitten hinein in eine ganz gewöhnliche Welt.

Clément (Loïc Corbery) ist ein drahtiger, scharfkantiger Philosophieprofessor. Der asketische Schöngest, distinguert, blasiert, aus ge-

hobenem Pariser Akademiker-Milieu, wird eines Tages in die Provinz, nach Arras, versetzt. Für den Autor hochgescheiter Bücher über deutsche Philosophie ist die Versetzung fast wie eine Reise ins Herz intellektueller Finsternis. Deshalb nutzt er jeden freien Tag dazu, nach Paris zurückzukehren, um das Flair der Metropole zu «tanken». Jennifer (Emilie Dequenne), die Coiffeuse aus Arras, ist das Gegenteil von Clément: entzückend spontan, kess, unverkrampft, von cremiger Sinnlichkeit. Mit ihrem kleinen Sohn lebt sie in einer bescheidenen Wohnung. Sie liebt es, mit ihren Kolleginnen in einer Disco Karaoke zu singen. Bei einem Friseur-Besuch lernt Clément Jennifer kennen. Der feinsinnige Bildungs-Hagestolz ist berauscht von ihrem unverschämten sympathischen Grinsen und ihrer saftigen Naivität; sie liebt Klatsch und Hollywood. Er hat davon keine Ahnung, hält das aber im kulturellen Brachland für eine gönnerhaft zu geniessende Abwechslung.

Trotzdem kann Clément es nicht lassen, sie nach dem euphorischen Sex statt mit der Zigarette danach mit Dostojewski und Proust zu beglücken. Sie findet's zwar öd, ist aber verliebt, und da ist alles verzaubert. Doch dann kommen die Risse. Warum nimmt er sie nie mit nach Paris? Warum hält er ihr ein Buch vor, das er geschrieben hat? Warum stellt er sie nicht einer Kollegin vor? Und warum schliesslich nimmt er

die Beziehung nicht so ernst wie sie? Sanft versucht sie, Clément ein Bekenntnis zu entlocken, doch in einer Mischung aus Scham und Hilflosigkeit findet er – der Philosoph, der in der Schule gerne von der totalen geistigen Freiheit schwadroniert – nicht den richtigen Weg.

Das ist wunderbare *poésie légère*, samtpfötige Leichtigkeit. Nie sitzt Belvaux biederem Klischees auf, sondern lässt die Differenzen zwischen beiden über ihr Umfeld in die Beziehung sickern. Beide Schauspieler sind brillant, aber Emilie Dequenne ist in ihrer elektrisierenden körperlichen Präsenz ein Ereignis. Eine «kleine» Tragikomödie, die natürlich kaum Chancen gegen Hollywoods Protzfilme à la «Jurassic World» hat. Aber ab und zu muss man sich gegen pure Unterhaltungsmaschinen stemmen. ★★★★★

Weitere Premieren

Fidelio, l'odyssée d'Alice — Alice (Ariane Laved) muss einen Ingenieur auf dem Frachtschiff «Fidelio» ersetzen und deshalb ihren Freund für ein paar Wochen verlassen. Man ahnt, was kommt. Alice arbeitet im Maschinenraum wie in ihrem Lebensraum: tatkräftig, zupackend, rational. Eine Frau, die weiss, was sie will, und sich nimmt, was sie will. Das Debüt von Lucie Borleteau feiert eine stolze Frau, aber beim Emanzen-Hohelied kommt einem Freddy Quinn in die Quere. Der klagt zwar: «Junge,



Emanzen-Hohelied: «Fidelio».

komm bald wieder», aber wenn man den mit einem «Mädchen» tauscht, wird's auch nicht besser: «Mädchen, komm bald wieder, bald wieder nach Haus. Mädchen, fahr nie wieder, nie wieder hinaus. Ich mach mir Sorgen, Sorgen um dich, denk auch an Morgen...» Alice ist der nächste Morgen wurscht, und die Schiffshörner machen tröt, tröt!

★★★★★



Modellcharakter: «Dawn».

Dawn — Palästina steht 1947 unter britischem Mandat, und Zionisten kämpfen für einen eigenen Staat. In dieser brisanten Situation ist das Drama von Romed Wyder, basierend auf einem Roman von Elie Wiesel, angesiedelt. Das kammerspielartige Extrakt spielt in einer Wohnung. Im Mittelpunkt steht der junge Holocaust-Überlebende Elisha (Joel Basman), der einen im Keller gefangenen britischen Soldaten töten soll, falls die Briten einen zionistischen Untergrundkämpfer hinrichten. Der extreme Modellcharakter der Figurenkonstellationen verhindert eine emotionale Anteilnahme. Joel Basman spielt seinen Part hervorragend, auch wenn der behauptete Schrecken einen kaltlässt. ★★★★★

Umrika — An sich wäre das ein aktueller Stoff: Ein Inder will aus seinem Hinterweltler-Kaff in die USA und schafft es nicht. Da gibt es interessante Beobachtungen, doch die Story von «Umrika» driftet immer mehr ins Larmoyante ab. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Im Nachruf auf Christopher Lee erwähnen Sie mit keinem Wort Bela Lugosi und Max Schreck. Die waren doch, gemessen an Lee, bedeutender? A. C., Basel



Max Schreck reüssierte im legendären Stummfilm «Nosferatu», Bela Lugosi folgte 1931 als Dracula. Viele Studios hatten den Stoff abgelehnt, und Bela Lugosi, der die Figur schon auf der Bühne verkörpert hatte, wollte erst keiner. So entstehen Mythen, und als sich Lugosi mit der Rolle fast schon krank-

haft identifizierte, war das filmhistorische Bild geprägt. Stummfilme, frühe Tonfilme, alle natürlich schwarzweiss, sorgen zusätzlich für mehr «Respekt». Es ist vergleichbar mit der Antike, der im Lauf der Jahrhunderte die Farbe abhandengekommen ist. Aber aus der Farblosigkeit entstand der hochgeschätzte Klassizismus. Die Christopher-Lee-Filme leben von satten Farben. Das schmälert aber nicht ihren Wert.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Die Art Basel ist die neue Fifa

Von Rico Bandle

Der globale Kunstmarkt erlebt seit Jahren einen gewaltigen Boom – und die Schweiz beherbergt mit der Art Basel die weltweit wichtigste Kunsthandelsmesse. Alles, was Rang und Namen hat, war letzte Woche vor Ort, die Art ist eine wunderbare Erfolgsgeschichte.

Doch wenn es um die Schweiz, Geld und Erfolg geht, muss etwas faul sein. So denkt zumindest das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). In mehreren Sendungen wurde über die angeblich «kriminellen Ma-



Pauschale Vorwürfe: Monika Roth.

chenschaften im Kunstmarkt» berichtet, über «dubiose Geschäfte, Preismanipulationen, Geldwäscherei», wie es auf der SRF-Homepage heisst. Als Zeugin wurde immer dieselbe Expertin beigezogen, die Anwältin Monika Roth.

So zum Beispiel in der Sendung «Kulturplatz». Roth sagte, der Kunstmarkt sei gänzlich unreguliert, als Beweis diente ein wegen Preismanipulation verurteilter Kunstberater. Was der Journalist geflissentlich ignorierte: Dass dieser Berater zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, zeigt gerade, dass eben doch eine gewisse Regulierung besteht. Was ebenfalls unerwähnt blieb: Die Schweiz verfügt über das international strengste Kulturgütertransfergesetz.

Sämtliche Vorwürfe Roths blieben auf einer theoretischen Ebene. Der Journalist verzichtete darauf, einem Händler die Gelegenheit zur Stellungnahme zu gewähren, sonst wäre seine These womöglich ins Wanken geraten: Dass der Kunstmarkt grundsätzlich böse ist, wie die Fifa, Rohstoffhändler oder Boni-Banker.

Kulturplatz: 17. Juni, 22.25 Uhr, SRF 1.

Basler Kunst-Fasnacht

Es sind die schönsten, aber auch anstrengendsten Tage für die globale Kunstschickeria. Unsere Autorin hat versucht, beim Party-Marathon der Art Basel mitzuhalten.

Von Tamara Wernli



«Guter Freund»: Schauspieler DiCaprio (r.) am 16. Juni an der Art Basel.

Es ist Dienstag – und «First Choice» an der Art. Für die internationale Kunst-Society ist es der wichtigste Tag. Zur First Choice wird eingeladen, wer zu den ganz Wichtigen der Kunstwelt zählt. Man darf die Kunstobjekte als Erste bestaunen, pflegt Kontakte und geistreiche Gespräche. Viele lassen das Champagnerfrühstück aus – keine Zeit. Am Montag kommt man im Privatjet eingeflogen, am Dienstag geht's wieder zurück. Irgendwann dazwischen sagt der Sammler zum Galeristen: «Du, der Rothko ist noch ganz okay.» Und läuft weiter – Zwanzig-Millionen-Kauf getätigt. Die kleine Ansage ist verbindlich, über relevante Details wird man vorinformiert. Der Galerist kennt seine Kundschaft, weiss genau, wer welche Objekte sammelt. Käufe werden innert Sekunden abgeschlossen, meistens am Stand.

Zum Leben erwachte Installation

Nicht alle mögen's ganz ohne das Massenpublikum. Wer Aufmerksamkeit sucht, geht zu Larry Gagosian. Der Stand des New Yorker Kunsthändlers ist der Hotspot der Society-Welt, hier stösst man fast immer auf den einen oder andern Filmstar, es herrscht gepflegte

Hektik. Dieses Jahr ist der Prominentenquotient tief, keine Hollywood-Göttinnen, keine Models, dafür kommen Kunsthändler Vito Schnabel, immerhin Freund von Heidi Klum, auch Donald Marron, Ex-CEO von Paine Webber, Medienunternehmer Günter Netzer und Ex-Fussballprofi Michael Ballack. Und dann ist da noch Leo. Schauspiel-Superstar und

Statt den Great Gatsby gibt Leonardo DiCaprio jetzt den hippen Alpöhi.

Kunstsammler. Im Frühsommer begibt sich Leonardo DiCaprio gerne auf Vergnügungstour durch Europa – Cannes-Filmfestspiele, Grand Prix von Monaco, Roland Garros und die Art. DiCaprio ist im wirklichen Leben ein bisschen weniger von all dem, was er auf der Leinwand darstellt: weniger attraktiv, weniger charismatisch, weniger imposant. Statt den Great Gatsby gibt er jetzt den hippen Alpöhi. Es ist DiCaprios Masche, weil er ja nicht erkannt werden möchte. Eigentlich. Mit seiner Entourage schiebt er sich von Bild zu Bild, stets eine Traube tuschelnder Promi-Späher

im Schlepptau; die Truppe wirkt wie eine zum Leben erwachte Kunstinstallation und ist etwa so unauffällig wie Milo Moiré, die Frau, die nackt auf Kunstmessen herumspringt. DiCaprio nach seiner Kunstaffinität zu fragen, ist verboten: «No interviews», signalisieren die Bodyguards. Der Filmstar sagt also nichts, dafür ist der zuweilen einsilbige Gagosian mitteilhaft: «Leonardo ist ein guter Freund von mir. Er liebt Kunst, er verbringt mehr Zeit mit Kunst als mit seinen Hollywoodfilmen.» Für Durchschnittsmenschen sind das zwei Sätze. Für Larry ist das so was wie eine Rede.

Trotz restriktiver Ticketvergabe trifft man an der First Choice auf viele altbekannte Gesichter. Es ist, als hätten die Gastgeber ihre Einladungen auf einem Rundgang durch Versicherungen, Banken und den Basler Grossen Rat ausgeteilt. Zur kunstaffinen (und bedeutenden) Klientel zählen heute die Basler Glamourpaare Valeria und Rudolf Maag (Ex-Synthes), Claude und Sergio Taddei (Ex-Bankier), Margrit und Hans-Ueli Götz (Ex-UBS-Kommunikationschef), ferner Boutiquen-Queen Trudie Götz, Unternehmerin Carolina Müller-Möhl und Verleger Michael Ringier. Er hat ein Objekt für seine Sammlung



Gepflegte Hektik: Kunsthändler Gagosian.



Viele Altbekannte: Ehepaar Netzer ...



Nackt auf Kunstmesse: Milo Moiré.



... Ex-Fussballstar Ballack.



Diskretion: Ehepaar Götz, Tony Wüthrich.

erstanden, möchte aber nicht sagen, was es ist. Das tun grosse Sammler nie. Denn bei aller Öffentlichkeit ist die Art und alles, was ringsum läuft, ein heiliger Tempel der Diskretion. Viele kommen stilvoll-unscheinbar daher, Frauen tragen flache Schuhe. Wer sich dennoch mit hohen Hacken und Minirock schmückt, sticht heraus wie ein Synthesizer in einem Symphonieorchester.

Bei Böckli in der Abgeschlossenheit

Abends wird gefeiert. Am Dienstag richten jeweils **Heiner Vischer**, **Rolando Benedick** (Valora) und **Anwalt Peter Böckli** in enger Zusammenarbeit mit der Art die «Opening Party» für rund 200 Kunstfreunde aus. Der Anlass finde im privaten Rahmen statt, damit sich die bedeutenden Sammler wohlfühlten, erklärt Gastgeber Vischer. Dieses Jahr geniesst man die Abgeschlossenheit bei Böckli zu Hause. Geldadel trifft auf Kunstadel, man diskutiert grosse Themen, Kunst, Politik, die Vor- und Nachteile der Koi-Karpfen-Zucht. Das Essen wird von weissbehandschuhten Kellnern aufgetragen, im edlen Garten sitzt man unterm gedeckten Zelt, später gibt's eine Führung durch den Weinkeller und den begehbaren

Humidor. Wirtschafts-Hochkaräter wie **Felix Grisard** (Hiag) und **Christoph Müller** (War-teck Invest) sind hier Stammgäste.

Mittwoch: Heute ist Art-Vernissage. Das ist nicht so (vermeintlich) exklusiv wie die First Choice, Einladungen sind trotzdem begehrt, auch von Leuten, die mit Kunst nichts am Hut haben – Facebook-Postings laufen heiss. Zu übertreffen wäre das Glück mit einem Selfie aus Arlesheim BL, dort findet die trendigste Dinnerparty der Woche statt. Eine Einladung ist aber für die Mehrheit der Vernissage-Tummler unerreichbar, weil eben die ganz grosse Kunstaffinität oder die maximale Vernetzung fehlen. Am Rande der Gemeindefestung schufen der deutsche Künstler **Franz Burkhardt** und der Basler **Klaus Littmann** das Kunstobjekt «Canal Street», eine hundert Meter lange Strasse unter einem Fabrikdach.

Jetzt stellen sie dort einen achtzig Meter langen Tisch auf und laden ein: Filmproduzent **Arthur Cohn**, Medienunternehmer **Beat Curti**, Theaterregisseur **Christoph Marthaler**, die Modeunternehmer **Salomé** und **Edwin Faeh** und die Basler Mäzeninnen **Vrone Burckhardt** und **Ulla Dreyfus**. Industrie-Chic, rhythmische Live-Klänge, romanti-

sche Lichtstimmungen und der verführerische Duft des Mondänen sorgen für kultivierte Be-rauschung.

Der Bugatti Veyron unter den Städten

Zur selben Zeit feiert Vitra-Design-Museum-Gründer **Rolf Fehlbaum** in Weil am Rhein mit weit über tausend Gästen seinen Art-Event. Stimmung in den Vitra-Lokalitäten: fantastisch. Musik: ntz, ntz, ntz. Das Publikum ist hier etwas jünger, vielleicht dreissig oder fünfzig oder alles dazwischen, Typ *architect, interior designer, artist, gallery owner, art advisor, art collector, art inspirator*. So steht's geschrieben – auf den Visitenkarten der Schweizer.

Donnerstag: Kunst ist, wenn man das (günstigste) Glas Champagner für dreissig Franken

So steht's geschrieben – auf den Visitenkarten der Schweizer.

anbietet und seinen Salon trotzdem allabendlich gedrängt voll bekommt. Das Hotel «Les Trois Rois» macht's während der Art-Woche vor. Künstliche Aufgeblasenheit hin oder her – die Bar von **Dieter Roth**, die von der Galerie Hauser & Wirth ins Edelhotel transferiert wurde, ist *the place to be*. Tische sind seit Monaten reserviert oder werden für die ganz Wichtigen freigehalten, um elf Uhr nachts sind dann einige unbesetzt, während sich die stehenden Gäste auf die Füsse treten. Hier hat es immer viele schöne Frauen, die vom Art-Parcours müden Beine stimmt der Zürcher Cocktailmixer **Peter Roth** mit seinen Drinks wieder versöhnlich.

Freitag: Ein gesellschaftlicher Höhepunkt ist die Nocturne in der Fondation Beyeler, zu der Direktor **Sam Keller** und Art-Basel-Chef **Marc Spiegler** laden. Dem Happening im Park geht jeweils ein Stossgebet voraus, das Damen mit Cocktailkleid-Ambitionen am Nachmittag gen Petrus senden. Zweitausend Gäste lassen im entspannten Ambiente den Tag ausklingen, auch Galerist **James Koch** geniesst mit. Man sitzt an Tischen oder auf der Wiese, verköstigt sich mit Wurstsalat und Bier, zwischendurch flanirt man im Museum bei Gauguin vorbei.

Basel – zuweilen gerne ein bisschen dem Provinziellen zugekehrt, ist während der Art der Bugatti Veyron unter den Städten dieser Welt, die Birkin-Bag und der Koi-Karpfen. Ein *melting pot* von Macht, Kulturen, Sprachen, Düften, Moderichtungen, auch von hochgestochenen Kulturintellektualismus – jeder badet im Sog der Ausstellung und sieht sich als wertvollen Teil davon. Und für einmal geht das ganz in Ordnung. Die Durchmischung von Lokalkolorit und kosmopolitischer Strahlkraft bringt die Stadt zum Vibrieren – es ist ein wenig wie die Spannung an der Fasnacht.

Pereiras Geweih

Opernspektakel in Zürich; Memoiren einer Insiderin.
 Von Hildegard Schwaninger



«Aida» unter freiem Himmel: Direktübertragung auf dem Sechseläutenplatz.

Andreas Homoki hat seine dritte Saison als Intendant des Zürcher Opernhauses erfolgreich hinter sich gebracht. 10 000 Menschen sollen es gewesen sein, die Samstagabend am Sechseläutenplatz die Direktübertragung von «Aida» aus dem Opernhaus auf Grossleinwand verfolgten. Vollbesetztes Haus auch für «I Capuleti e i Montecchi» von **Vincenzo Bellini**. Auf der Bühne zwei Prachtsweiber, die ukrainische Sopranistin **Olga Kulchynska** als Giulietta und **Joyce DiDonato**, die Mezzosopranistin aus Kansas, als Romeo.

An der Premierenfeier zeigte sich **Elena Mosuc**, die einst Zürcher Publikumsliebling war und gerade an der Mailänder Scala für ihre Paraderolle der Lucia in «Lucia di Lammermoor» stehende Ovationen bekam. Frau Hebeisen, wie Mosuc heisst, seit sie den Juristen und Zünfter (Stadtzunft) **Christoph Hebeisen** geheiratet hat, ist der lebende Beweis, dass Glaube und Wille Berge versetzen können. Sie weiss, dass ein Opernstar jung, schlank und schön sein muss. Also ist sie jung, schlank und schön. Sie sieht besser aus denn je; wie sie das macht, bleibt ihr Geheimnis. Am 30. September zeigt sie im Bernhard-Theater ein Fado-Programm. Sie singt jetzt auch Fado, den portugiesischen Schicksalsgesang.

Um Regisseur **Christof Loy**, einen verdammt gut aussehenden Mann, der mit seinem Ehemann da war, sorgte sich seine Agentin **Rita**

Schütz. Die Managerin, die mit ihrer Firma Artists Management Zürich das Dreissig-Jahre-Jubiläum feiern durfte, sieht mittlerweile selber aus wie eine Operndiva. Jedenfalls auf dem Titelbild ihrer soeben erschienenen Memoiren «Zufall ist das Pseudonym Gottes».

Rita Schütz hat Weltstars wie **Nina Stemme** oder Nachwuchsstars wie **Pavol Breslik** betreut. Andreas Homoki kommt in dem Buch nicht vor, seine Operndirektorin **Sophie de Lint**, die drei Jahre in der Agentur von Schütz gearbeitet hat, wird erwähnt. Dafür gibt es ein



Prachtsweib: Olga Kulchynska als Giulietta.

Wiedersehen mit **Agnes Baltsa** («Ein Ego, gross wie ein Scheunentor») – Schütz und Baltsa waren engste Freundinnen, haben sich dann hoffnungslos zerstritten; mit dem Tenor **Francisco**

Araiza, den Schütz in seinen Glanzzeiten managte; mit **Frederic Kalt**, der in Zürich den Otello sang und dann – ganz tragisch – seine Stimme verlor und heute, wie vor seiner Karriere, in Utah als Krankenpfleger arbeitet.

Das Buch ist leider schlampig redigiert, strotzt vor Fehlern. Nicht einmal das Todesdatum von **Herbert von Karajan** stimmt, und was ist eine «wallische Sängerin»? (Gemeint ist die walisische Sängerin **Gwyneth Jones**.) Hier war eine der Ex-Frauen von **Helmut Dietl** am Werk. Schütz, die das Buch im Eigenverlag herausbrachte, ärgert sich über Komma- und andere Fehler. Das Buch hat fast historischen Wert. Rita Schütz, die als Sekretärin der längst vergessenen Zürcher Opernintendanten **Herbert Graf**, **Hermann Juch** und **Otto Herbst** erstmals Opernluft schnupperte, hat noch Bühnengrössen wie **Otto Klemperer** («verbale Ausraster») und **Tito Gobbi** («ein Schwarm von mir») erlebt.

Interessant wird es, wenn es um **Alexander Pereira** geht. Die erste Begegnung liegt weit zurück, als er sie am Telefon zusammenstauchte. Die zweite war ähnlich unangenehm: Er liess sie eine halbe Stunde auf der Vorzimmerbank warten, ehe er sie, ständig gähmend, empfing, weshalb sie nach zehn Minuten sein Büro verliess mit der Bemerkung, sie wolle ihm nicht weiter seine Zeit stehlen. Die Beziehung erwärmte sich, als **Irena Bozic** zu Schütz in die Agentur kam, wo sie mehrere Jahre arbeitete. Irena Bozic, das ist die hübsche Kroatian, die –



Die Vertraute: Rita Schütz.

bevor ein brasilianisches Erotikmodel in Pereiras Leben trat – jahrelang die Intendantenloge zierte. Die Pereira-Freundin und ihre Chefin wurden Freundinnen, reisten gemeinsam nach Hawaii zur Hochzeit der Sopranistin **Catherine Naglestad**. Schütz wurde zur Vertrauten: Sie erfuhr als Erste von der heimlichen Liebesgeschichte zwischen Bozic und dem belgischen Bassbariton **José van Dam**. Die beiden sind heute glücklich verheiratet. Pereira hat sich bei der Trennung wie ein Kavalier benommen. Sein Abschiedsauftritt am Opernhaus: Er stand als Falstaff auf der Bühne, ein riesiges Geweih auf dem Intendantenhaupt.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Endliche Liebe

Die Hochzeitsplanerin Naomi Thomas, 32, und der Verkaufsmanager Graham Thomas, 35, heirateten, nachdem sie von ihrer schweren Krebserkrankung erfuhr.



«Wir bleiben stark»: Ehepaar Thomas.

Naomi: Die Diagnose Brustkrebs war ein Schock. Ich war 26 Jahre alt, hatte endlich die Liebe meines Lebens gefunden und befasste mich mit der glücklichen Zukunft: Haus, Kinder, ein langes gemeinsames Leben.

Graham: Sechs Tage vor der Diagnose hatte ich um Naomis Hand angehalten. Ich konnte zuerst nicht fassen, was danach geschah, wir waren noch so jung. Naomi sagte, sie gebe mich aufgrund dieser Katastrophe frei, aber ich wollte nicht. Nach dem schweren operativen Eingriff, der Chemotherapie und der Bestrahlung hiess es, meine Frau sei krebsfrei. Weil sie sich so sehr ein Kind wünschte, verzichtete sie auf weitere Behandlungen. Wir waren beide überglücklich, als sie schwanger wurde.

Naomi: Doch dann quälten mich extreme Rückenschmerzen. Meine Leute sagten, das sei normal bei einer Schwangerschaft, aber ich wusste: Es ist etwas anderes. Die Schmerzen waren atemraubend. Sechs Tage nach der Geburt unseres Sohnes erlitt ich einen schweren Zusammenbruch. Dann erhielt ich die neue Diagnose. Auf dem Rückgrat hatte sich ein Ei-grosser Tumor gebildet, der bereits in diverse Organe gestreut hatte. Das war vor vier Jahren. Die Ärzte sagten, die Überlebenschancen lägen in solchen Fällen im Durchschnitt bei fünf Jahren, und auch wenn morgen eine Wunderwaffe gegen den Krebs gefunden würde, sei es zu spät für mich. Wir brachen beide in Tränen aus. Graham hielt seither alle Versprechen, liess mich nie hängen und hat mir gezeigt, dass wahre Liebe wirklich existiert.

Graham: Wir bleiben stark, für uns und für unseren Sohn. Meine Frau wird Devon nicht aufwachsen sehen, was uns beiden das Herz bricht. Trotzdem geht das Leben auch mit einer schweren Krankheit weiter: Ich bewundere Naomi unendlich für die Kraft, die sie im Alltag gefunden hat. Sie konzentriert sich strikte auf das, was noch möglich ist, und versucht, das Unabänderbare zu akzeptieren.

Naomi: Ich möchte leben wie jeder andere Mensch, und gleichzeitig kann ich sagen, dass mich die Krankheit verändert hat. Die Prioritäten sind anders, es ist mir ein Bedürfnis, anderen in einer ähnlichen Situation zu helfen. Die Idee, als Hochzeitsplanerin für Brautpaare, von denen eine Person unheilbar krank ist, Geld zu sammeln und den Anlass zu organisieren, hatte ich bereits zu einem früheren Zeitpunkt. Damals, als ich realisierte, wie schwierig die Umsetzung dieses Wunsches in einer emotional und finanziell extrem belasteten Situation sein kann.

Graham: Vor drei Jahren haben wir geheiratet. Unser Hochzeitsfest war ein Hoffnungsschimmer oder einfach ein wunderbarer Tag, an dem viele Wünsche in Erfüllung gingen. Das Schönste war, dass all unsere Freunde den Event organisierten und mitfinanzierten. In der Zwischenzeit organisiert die Charity-Organisation meiner Frau zehn solcher Anlässe pro Jahr, die durchschnittlich 25 000 Pfund kosten, und ja, viele Bräute und Bräutigame sind in der Zwischenzeit leider verstorben.

Naomi: Auf die ersten Aufrufe haben sich allein in England Hunderte von betroffenen Paaren gemeldet. Es sollen perfekte Hochzeiten sein, bei denen es an nichts fehlt. Das ist mir bisher gelungen, und die Freude der Paare, wenn ich ihnen mit der Unterstützung unserer Gönner und Gönnerinnen einen solchen Traum erfüllen konnte, gibt mir Kraft, um weiterzumachen.

www.weddingwishingwell.org.uk
Protokoll: Franziska K. Müller

Kynismós

Von Andreas Thiel —
Auf den Hund gekommen.

Thiel: Wir sind doch zusammen zur Schule gegangen. Was machst du denn heute so?

Experte: Ich bin Statistiker.

Thiel: Das heisst, du verallgemeinerst Unwissen.

Experte: Nein, ich berate den Bundesrat.

Thiel: Dann solltest du ihm unbedingt abraten.

Experte: Wovon?

Thiel: Von allem, was er macht.

Experte: Ich berate den Bundesrat nicht direkt, sondern berate ihn bei der Auswahl seiner Berater. Und was hast du seit der Schulzeit so gemacht?

Thiel: Ich bin gescheitert geworden.

Experte: Das klingt gut.

Thiel: Oh, das klingt nach mehr, als es ist, denn ich war sehr dumm. Aber jetzt bin ich Experte für unmögliche Zusammenhänge. Ich habe zum Beispiel den Zusammenhang zwischen Alkohol und Astrophysik entdeckt: Wenn man genügend trinkt, sieht man plötzlich, wie sich die Welt dreht.

Experte: Du bist immer noch der gleiche Zyniker.

Thiel: Kommt Zynismus nicht von Kynismós, was so viel wie «Hundigkeit» bedeutet und jene Strömung der griechischen Philosophie war, welche der Bedürfnislosigkeit frönte und den ethischen Skeptizismus pflegte?

Experte: Ja, Diogenes war Kyniker.

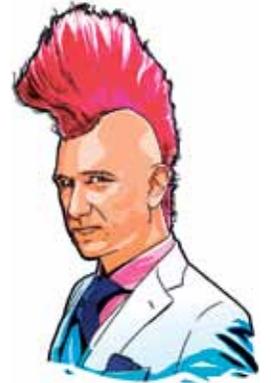
Thiel: Der lebte doch in einem Fass und sagte zu Alexander dem Grossen: «Geh mir aus der Sonne.» Mein Hund hingegen, wenn er «Fass» hört, bleibt er im Schatten liegen. Er ist eindeutig der bessere Zyniker als ich.

Experte: Du redest immer noch so rätselhaft wie früher.

Thiel: Ja, mir ist leider auch immer noch vieles unklar. Klare Momente habe ich eigentlich nur dann, wenn ich etwas tue, was mir absolut richtig erscheint.

Experte: Und wann hast du das Gefühl, das absolut Richtige zu tun?

Thiel: Eigentlich bloss, wenn ich abwasche oder staubsauge.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Konkurrenz aus dem Hinterland

Von Peter Rüedi



Gelegentlich ist schwer verständlich, was die Beliebtheit einer Weingegend ausmacht. Im Fall des Arrondissements Bergerac im Département Dordogne ist das Schattendasein der darin enthaltenen dreizehn Appellationen besonders paradox, liegt es doch mitten im Périgord. Das ist, wenn nicht das Herz Frankreichs, doch zweifellos dessen Magen, nicht nur dank der schwarzen Trüffeln der Wallfahrtsort aller Feinschmecker, die einmal leben wollen wie Gott in Frankreich. Andererseits ist es auch verständlich: Es liegt zu nah an der Zone, durch welche die Dordogne weiter westlich dem Meer zufliesst, dem Bordelais. Dessen einflussreiche Produzenten und vor allem Händler unternahmen während Jahrhunderten alles, die Konkurrenz aus dem Hinterland, dem «Haut Pays», mieszureden. Nicht genug: Rund ein Drittel der Bergerac-Weine waren süss (am bekanntesten die von Monbazillac), und die verloren ab 1950 zunehmend ihr Publikum. Aus all dem ergibt sich allerdings der Umkehrschluss: Hier, in Gottes eigenem Aquitanien, wo die Flüsse grün und breit und träge durch die sanften Hügel fließen, lassen sich nach einer önologischen Renaissance wahre Trouvaillen machen, für den neugierigen Weinliebhaber, der nicht nur der Preise wegen gern gegen den Strom trinkt. Sagte sich auch Karl-Friedrich Scheufele, CEO des Luxuslabels Chopard und Weinfan. Als er sich nach einem Château umsah, wollte er nicht einfach eine grosse Etikette posten. Er fand südlich von Bergerac den Besitz Monestier La Tour, ein Schloss mit mittelalterlichen Fundamenten, einer Renaissance-Fassade und 25 Hektaren Reben; die zu entwickeln, wurde sein Projekt. Der rote Côtes de Bergerac Château Monestier La Tour ist eine Cuvée aus Merlot, Cabernet Franc und etwas Malbec, ein mächtiger, eigenwilliger und subtiler Wein (reife schwarze Frucht, etwas Tabak, Kaffee, Kakao). Die zwölf Monate in zum Teil neuem Holz stehen ihm gut an. Allerdings würde ich den 2011er zwei, drei Stunden lüften. Dann wird er eine veritable Entdeckung. Mehr als eine Klasse über seinem Preis.

Château Monestier La Tour: Côtes de Bergerac 2011.
14,5 %. Le Caveau de Bacchus. Fr. 21.-. www.bacchus.ch

New York, mittags

Im famosen «The Mark» serviert der erfolgreiche Gastronome Jean-Georges Vongerichten luxuriöse Einfachheit. Von David Schnapp



Luxuriöse Einfachheit: Jean-Georges Vongerichtens «The Mark».

The Mark Hotel» an der Madison Avenue in Manhattan ist, was die gehobene Seite New Yorks angeht, ein sehr typisches Haus. Hier treffen sich zum Lunch gut und teuer gekleidete Damen oder Geschäftsmänner, die Zeit und Lust haben, «The Mark Cheeseburger» mit Schwarze-Trüffel-Dressing und Brie für 31 Dollar zu essen. Autor dieses luxuriös-einfachen Gerichts ist der gebürtige Elsässer Jean-Georges Vongerichten, geboren in der Nähe von Strassburg, später Schüler des legendären Paul Haeberlin und mittlerweile ein Kulinarik-Star in den USA mit einem Drei-Sterne-Restaurant und zusätzlichen zehn Lokalen in New York sowie weiteren in den USA, in Schanghai, auf den Bahamas, auf Saint-Barthélemy, in Japan, Mexiko und Paris. Ein Mann mit einem Geschmack, der vielen entspricht.

Vor einigen Jahren ass ich in Vongerichtens – ein toller Name übrigens für einen Koch – Spitzenlokal im «Trump Hotel», es war ein eindrückliches Schauspiel einer auf Leistung getrimmten Hochleistungsküche. Diesmal war mir nach einem gradlinigen Lunch in Vongerichtens Geschmackswelt, die französische, asiatische und natürlich amerikanische Einflüsse verknüpft. Ich bestellte «knuspriges Sushi»: Auf Krokant-Reisrollen lagen Stücke von Lachs, Thunfisch und Avocado und darunter eine Creme aus karamellierter Sojasauce – sehr fein.

Statt für den Burger entschied ich mich für das Steak, ein gut 300 Gramm schweres Rindsfilet, medium-rare bestellt und selbstverständlich medium-rare geliefert. Darunter einige grüne Spargeln mit gutem Biss und darauf ein Shiitake-Pilzragout, mit etwas Ingwer angeschärft, was ein gut funktionierendes Duo ergab. Luxuriöse Einfachheit schliesslich auch zum Dessert: ein Kuchen aus Crêpes und einer Meyer-Lemon-Creme. Diese besondere Zitrone ist ausserhalb Chinas, wo sie herkommt, und den USA, wo sie eine gewisse Beliebtheit genießt, nur schwer zu bekommen. Die Meyer-Zitronen haben eine leichte Mandarinennote und sind perfekt für ein erfrischendes Dessert wie dieses.

Nach dem Lunch im energiegeladenen «The Mark Restaurant» war ich kalibriert für meinen Aufenthalt in New York (s. Auto, S. 65). Und für Besucher mit Ansprüchen ist das Hotel eine empfehlenswerte Adresse, *by the way*. Zu den Besonderheiten der geschmackvoll eingerichteten Zimmer gehört eine umfangreiche Minibar mit Schubladen voller Getränke und Snacks – falls einem mal nicht nach Restaurant zumute sein sollte.

The Mark Restaurant by Jean-Georges
25 East 77th Street, New York, NY 10075
Tel. +1 212 606 3030
www.themarkhotel.com
Täglich geöffnet



Auto

Die Wälder Amerikas

Der neue Jaguar F-Type mit Allradantrieb und eine Landpartie, die in New York beginnt. *Von David Schnapp*

Rund 45 Minuten dauert es, dann haben wir vom New Yorker Stadtteil Soho aus schier endloses Grün erreicht. Der Anlass der Reise ist die Vorstellung der neuesten Variante des Jaguar F-Type: Nun gibt es den grossartigen, zweiseitigen Sportwagen auch mit Allradantrieb. Damit hat der britische Automobilhersteller eine wichtige Lücke im Angebot geschlossen. Unser Ziel sind die beruhigenden Landschaften der Staaten New York, Pennsylvania, Connecticut, Massachusetts und New Hampshire.

Es regnet ab und an, da kann es nicht schaden, wenn die 550 PS und 680 Nm Drehmoment des

Jaguar F-Type R AWD über alle vier Räder auf die Strasse gebracht werden. Denn die amerikanischen Landstrassen sind zwar überraschend idyllisch, aber nicht immer von herausragender Qualität. Der F-Type röhrt, bollert und donnert aus den Endrohren, die Musik, die der V8-Kompressor macht, ist laut und männlich und passt ganz gut in diese Gegend, wo einsame Häuser am Waldrand stehen, eine Kinderschaukel und ein Ford F-150 Pick-up vor der Tür.

Als wäre es Nils Holgersson

Das Haus am Waldrand wiederholt sich hier hundertfach, als Symbol vielleicht für die Freiheit, die man im Landidyll sucht, wenn man den zivilisatorischen Segnungen der Grossstadt nichts abgewinnen kann. Der Gedanke kommt auf, dass recht viele Amerikaner – bildlich gesprochen – im Wald leben. Wir fahren durch den Delaware State Forest, auf kleinen Schautafeln werden Ray Tonkin oder Kelly Gaughan als District Attorney zur Wahl angeboten, es gibt hier sogar Velowege und die freundlichen Hinweise, man solle doch die Strasse bitte mit Fahrradfahrern teilen.

Wer da draussen Abfall auf öffentlichem Grund liegenlässt, wird mit hohen Strafen gebüsst, die Wegränder sind wohl auch deshalb sauberer als an jeder durchschnittlichen Strasse in Italien. «Keep Pennsylvania Beautiful» lesen wir irgendwann, und die Radiostation Classic Vinyl spielt Janis Joplin's Klassiker «Me and Bobby McGee»: «Freedom's just another word for nothin' left to lose» (Freiheit ist nur ein Ausdruck dafür, dass du nichts mehr zu verlieren hast).

Die bloss sanft geschwungenen Überlandrouten sind zwar für den F-Type eher eine Unterforderung – er könnte weit mehr. Diese Fähigkeiten besichtigen wir dann bei einem kurzen Ausflug auf die Rennstrecke. Dort überzeugt der F-Type R AWD mit maximalem Grip und heckbetontem Einlenkverhalten.

Zurück auf die öffentliche Strasse, wo man die Rennstrecke besser schnell wieder vergisst, der Arm des Verkehrsgesetzes ist lang. Das lässt einem Raum für den Blick ins Grüne: Selten ist uns so viel Natur in so konzentrierter Form begegnet. Eichhörnchen und Rehe kreuzen unseren Weg, auch ein toter kleiner Bär ist am Strassenrand zu beklagen, auf einem Sportplatz ist gerade eine Schar Wildgänse zwischengelandet. Diese Fahrt übers amerikanische Land nimmt bisweilen unwirkliche Züge an. Als wäre man Teil von Selma Lagerlöfs fantastischem Märchen «Die wunderbare Reise des kleinen Nils Holgersson mit den Wildgänsen» geworden.

Jaguar F-Type R AWD Coupé

Leistung: 550 PS, Hubraum: 5000 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 300 km/h
Preis: Fr. 141 500.–





«Kein Ellenbogen-Mensch»: Schauspielerin und Ladenbesitzerin Schneeбели.

MvH trifft

Sabina Schneeбели

Von Mark van Huisseling — Sie wurde beschrieben als Schweizer Jennifer Aniston – warum führt sie jetzt einen Laden in Meilen?

Deine Agentur hat mitgeteilt, dass du jetzt zusätzlich einen Laden führst – das klingt, als wärst du bloss noch halbprofessionell, zur Hälfte Schauspielerin ...» (Es handelt sich bei dem Laden mit Namen Epilog um einen sogenannten Concept-Store in Meilen; sie verkauft darin Rosen, Modeschmuck, Accessoires et cetera, www.epilog-laden.ch) «Nein, das ist Quatsch. Ich werd' einfach Anfragen [Rollen] noch genauer anschauen. Und vielleicht das eine oder andere mehr absagen. Aber wenn ich etwas mache, mache ich es zu hundert Prozent und professionell, ich mache nicht Dorftheater, nur weil ich ein Lädli habe. Ich find' meine Situation, zusätzlich etwas Eigenständiges aufgestellt zu haben, komfortabel. Das gefällt mir, nicht mehr in dieser Abhängigkeit zu sein. Ich habe gut gearbeitet, war privilegiert. Trotzdem, wir sind in der Schweiz, und die Filmindustrie ist so klein, dass man immer am Kämpfen ist.» – «Als Au-

ssenstehender hat man den Eindruck, du gehst fast leichtfertig um mit deiner Karriere, hast zum Beispiel deine Rolle im «Tatort» aufgegeben ...» – «Nein, das war nicht leichtfertig, aber ich mach einfach, nach dreissig Jahren in dem Beruf, nicht mehr alles kompromisslos. Wenn meine Figur im «Tatort» keine Weiterentwicklung hat, fängt mich das an zu langweilen, auch wenn der «Tatort» einen gewissen Kultstatus genießt.»

Sabina Schneeбели ist eine Schweizer Schauspielerin. Sie erlangte breitere Bekanntheit vor allem durch die Fernsehserien «Die Direktorin» und «Lüthi und Blanc», steht bei Wikipedia. Ausserdem spielte sie grosse Rollen in Schweizer Kinofilmen, zum Beispiel in «Ernstfall in Havanna» oder «Das Geheimnis von Murk». Schneeбели, aus Buchs im Kanton Zürich, besuchte eine Schauspielschule und liess sich zur Tänzerin ausbilden; sie war verheiratet mit dem deutschen Schauspieler

Bernhard Bettermann, mit ihm hat sie zwei erwachsene Söhne.

«Sind grade in deiner Alterskategorie wenig Jobs vorhanden – nicht mehr die junge Liebhaberin, noch nicht die Grossmutter ...» – «So ein bisschen *zwütschgedure*. Es gibt nicht viele Geschichten, die geschrieben werden für Frauen in meinem Alter. Obwohl ich finde, es sei ein spannendes Alter. Man muss sich nur Schauspielerinnen anschauen: Alle machen möglichst alles, damit sie möglichst lang jung und attraktiv wirken und im Geschäft bleiben ...» – «Ein Berufsleben dauert lange, nicht wahr?» – «Ja, sag nichts. Und es wiederholt sich, jedenfalls innerhalb des Bereichs, in dem ich arbeite, in der Schweiz.» – «Rückblickend tendiert man dazu, zu sagen, man habe alles geplant – und der Plan sei aufgegangen ... Hast du deine Laufbahn geplant?» – «Nein, mir wurde vieles zugetragen. Ich wollte einfach kreativ sein, ich wollte tanzen, spielen, zum Film, auf die Bühne ... Aber ich bin kein Ellbogenmensch mit einem ganz genauen Ziel vor Augen – es hat sich ergeben.»

«Dein Ex-Mann ist Schauspieler, dein neuer Partner hat nichts damit zu tun, er ist Gartenbau-Unternehmer. Was ist besser für eine Beziehung?» – «Auf der einen Seite hat es sicher Vorteile, wenn beide Schauspieler sind, man hat Verständnis [für die Lage des anderen]; man weiss, wovon man redet. Ich werde immer wieder das Gleiche gefragt von Leuten, die den Beruf nicht kennen: «Du musst fremde Leute küssen, hast Bettszenen – wie ist denn das? Und deinen Freund, stört ihn das nicht?» So Sachen musst du mit einem Partner, der auch in dem Beruf ist, nicht besprechen. Der weiss genau: Das sind die schlimmsten Szenen, das ist das Unerotischste überhaupt. Oder er weiss, dass man in eine andere Welt abtaucht, wenn man einen Film macht, und erst Wochen später wieder daraus herauskommt. Aber ich merk' jetzt, dass ich das erfrischend finde, einen Partner zu haben, der eben genau mit all dem nichts zu tun hat. Auch für mich, um einmal Abstand zu bekommen. Und dass ich auch einmal Einblicke in eine andere Welt bekomme; es ist nicht nur immer das, was ich mache – eben das Schauspielerleben –, so wahnsinnig interessant.»

«Was wirst du als Nächstes tun?» – «Also im Moment bin ich im Laden, wir haben viele Pläne, die wir umsetzen wollen. Und dann hab ich aber auch ein, zwei Bücher, Stücke daheim liegen, die ich dringend lesen sollte. Ein Kurzfilm ist auch auf dem Tisch, den ich mir überlege ... Dann werd' ich abschätzen: «Ist es mir wert, das zu machen?» Aber das spürt man schon, wenn man es [das Drehbuch] liest.»

Ihr liebstes Restaurant: «Das «Antiquario» – die Triangoli bestellen, die sind der Hammer.» «Antiquario da Marco», Freiestrasse 213, Zürich, Tel. 044 381 46 46

	1	2	3	4	5	6		7	8		9		10
	11							12		13			
14					15								
16								17					
18								19					
			20		21		22			23	24	25	
		26		27					28				
29	30		31			32		33			34		
35				36		37				38			
	39							40					41
42								43					
	44					45							

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sie mag der Aufklärung dienen

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Schafkopf, und was die Deutschen daraus machten. 5 Aus Lesers Sicht steht das Magazin wöchentlich im Fokus. 11 Er löst sich schliesslich in Luft auf. 12 Gemeinsamkeit von Domenico Scarlatti und Enrico Caruso. 14 Ist die Luft raus, fährt man darauf. 15 Sie steht zwischen Norma und Salerno und singt. 16 Insel für Träumer, irgendwo zwischen Afrika und Karibik. 17 Mit Facebook wird man das Gegenteil davon. 18 Eine besonders Händlern eigene Gepflogenheit. 19 Ein Herr, fraglos, dieser Brite. 20 Entweder ist der Verbrecher so, oder dann der Stoiker. 23 Doppelt gemoppelt: ausnahmslos zu Ende gegangen. 27 Die Renate ist in Frankreich eine alte Bekannte. 28 Was wie Tierhaut aussieht, ist ein Markenartikel. 29 Für uns sind sie einfach Amerikaner, Franzosen stehen sie nahe. 32 Die göttliche Gerechtigkeit hatte im Alten Reich einen Namen. 34 Wie wir Morbus Koch auch kennen. 35 Es gibt immer . . . und . . . 37 Was sich als Wurst präsentiert, hat oft auch mit ihr zu tun. 39 Die Werkzeuge dienen auch für ebensolche Tätigkeit. 40 Diese Kuh ist besonders bei Kindern beliebt. 42 Für Hitchcock war Spannung Kaugummi dafür. 43 Die Flüssigkeit als Reinemacher (hier mit z). 44 Sie ist Voraussetzung für späteres dionysisches Vergnügen. 45 Was auch Hexen haben und besonders gerne machen.

Senkrecht — 1 Nur wenn man, ganz französisch, damit fortfährt, tragen ihn Männer. 2 Zantedeschia: die Verwandte des Aronstabs. 3 Das Fortgehen ist so gesehen ganz schön theatralisch. 4 Ob Walzer, Salsa oder Rock'n'Roll, er findet einfach alle toll. 6 Niemand hat mehr als zwei, doch die mögen wir. 7 Getriebenheit ist ihr nicht fremd. 8 Ort im rumänischen Norden, für Deutsche auch Sienerburg. 9 Hölzern oder bernerisch rockig. 10 Sie füllt ein Loch. 13 Wir danken's ihm, denn bei Wind und Regen hält er standhaft dagegen. 14 Ausrutscher, bei dem manch einer auf die Nase fällt. 15 Das kroatische Feriendorf ist über Medulin erreichbar. 19 So eine Art OECD aus dem fernen Osten. 21 Sind sie besinnlich, ist einem eher nicht danach zumute. 22 Der Kurs bringt viele auf Kurs. 24 Schier wunderbar: unsichtbar und doch vorhanden. 25 Ein Trieb, der gerade auch im Frühling spriest, wie wir wissen. 26 Herzige Tierchen, so zwischen Mäuschen und Eichhörnchen. 28 Hier muss eine reichen, um uns hoch gestellt zu fühlen. 30 Das Schlampenbuch – keineswegs von einer Schlampel! 31 Historischer Atlas der Schweiz: mit auch sein Werk. 33 Mal betrifft er Pflanzen, mal Gebäude. 36 Hier, so Starkoch Jamie Oliver, kochen wir New Cuisine. 38 Bewegend, was Edith Piaf einst bereut hat. 41 Nah und sogar intim, aber dadurch halt auch eingengt.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 422

5	Z	O	S	T	E	N	S	A	L	Z	E	
A	G	I	L	E	A	L	O	E	L	A	I	B
G	L	O	E	I	I	N	L	T	T	A	N	N
E	I	N	S	T	I	N	E	S	D	A	N	N
F	B	E	A	T	A	L	I	E				
R	E	F	O	R	M	H	D	A	N	S	F	
E	R	O	S	T	R	E	S	E	N	T	S	U
M	R	R	E	A	L	P	G	R	E	T	A	
I	M	S	T	N	E	P	A	L	A	R	I	D
S	A	T	I	E	D	N	I	C	O	L	E	
E	D	E	L	S	T	E	I	N	L	U	E	I
E	R	L	E	R	N	O	L	T	E			

Waagrecht — 3 OSTEN 7 SALZE 12 AGILE (Satellit und it. f. flink) 15 ALOE 16 LAIB 17 GEOEFFNET 18 TANNE 19 EINST 20 INES 22 DANN 23 BEAT (ist ein Rhythmus und Richners Vorname) 25 ALI 27 REFORM 30 DANS (dt. Künstler, franz. f. in) 33 EROS 34 TRESEN 37 TSU (TonSUr) 39 REALP 40 GRETA (Filmtitel, G. Garbo) 42 IMST (mist = engl. Lehnwort) 45 NEPAL 47 ARID 48 SATIE (Musiker, *Parade* Ballett) 50 NICOLE 51 EDELSTEINE 52 UELI (der Knecht = Roman, Maurer = Bundesrat) 53 (P) ERLE 54 (Nick) NOLTE (Parker: Filmtitel)

Senkrecht — 1 SAGE 2 ZION 3 OEFTER 4 TANIT 5 ELEN (poet. f. Elch) 6 NOTE 8 ALADIN 9 LANA (anal) 10 ZINNE 11 EBEN 13 GEIFER 14 LESBOS 21 SADE 24 AMTEN 26 LANG (-lang, virtuoser chin. Pianist) 27 REMISE 28 FORSTER 29 HELP 31 STERLET 32 FUAD 35 RAEDER 36 SPANN 38 STIELE 41 RAOUL (franz. f. Ralf) 43 MADE 44 TILL (Eulenspiegel) 46 (Ju-) LIEN (-ne) 49 ESE

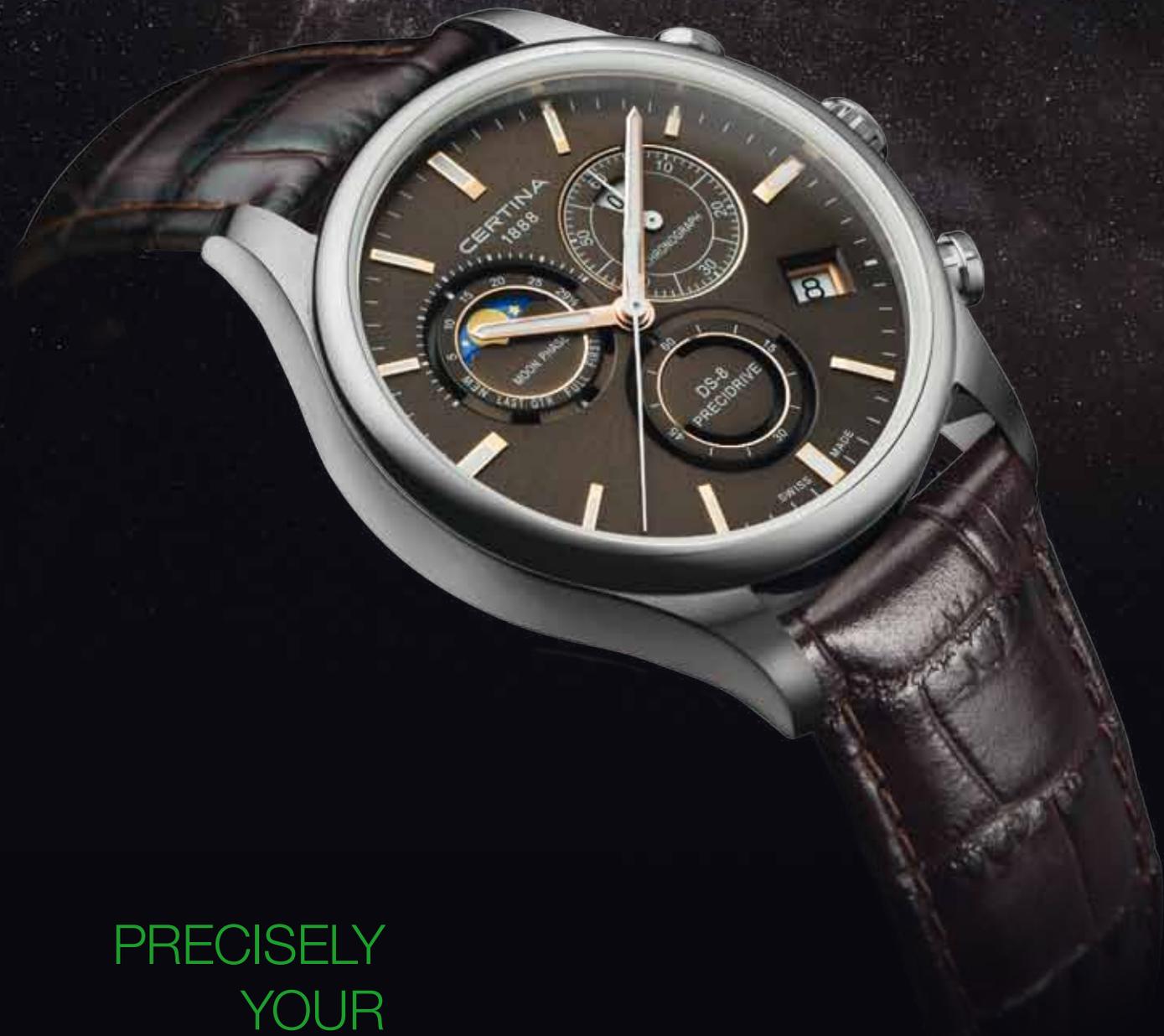
Lösungswort — ZITTERPARTIE

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

CERTINA

SWISS WATCHES SINCE 1888



PRECISELY
YOUR
MOMENT

DS-8 MOON PHASE

12-STUNDEN PRECIDRIVE™ CHRONOGRAPH

WWW.CERTINA.COM

